

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr: Betrag für die sechsgelappte Kolonne...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. September 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine innerlich verlogene Veranstaltung.

Der „Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses“ erblickt in der Abwehr...

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Ereignisse häufen, und infolge der immerhin doch nur beschränkten Fassungskraft...

Im Winter 1902 trat der in Berlin sitzende Ausschuss für Arbeitervertreterwahlen...

Der „erste deutsche Arbeiterkongress“ fand statt vom 26. bis zum 28. Oktober 1903 in Frankfurt a. M.

Auf dem Kongress wurden Beschlüsse gefaßt bezüglich des Koalitionsrechts, der Arbeitskammern...

Im Oktober 1907 wiederholte sich das Schauspiel des „deutschen Arbeiterkongresses“...

Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die eine glückliche Zukunft sichern...

Wiederum wurden auf dem Kongress eine Anzahl sozialpolitischer Forderungen gestellt...

Das war das Urteil von Leuten, die an dem Kongress als Vertreter namhafter Organisationen teilgenommen hatten...

Sind Sie einverstanden mit einer Kundgebung gegen Sozialdemokratie und Massenstreik bei Kriegsausbruch...

Am nächsten Tage, dem 6. September, folgte dann an die Vorsitzenden der Organisationen dieses Schreiben:

Inliegend senden wir eine Erklärung, von der die berechtigten Vorstände der Organisationen des deutschen Arbeiterkongresses...

Schriftführer des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses.

Man begreift die Eile der Herren Behrens, Giesberts, Schiffer und Stegerwald...

Die Wahl in Düsseldorf.

Nach der vorläufigen amtlichen Feststellung sind die von uns gestern wiedergegebenen Zahlen noch in etwas zu korrigieren.

Table with election results: Dr. Friedrich (S.) 29 291 (20 259) Stimmen, Haberland (Soz.) 34 073 (25 389) etc.

Danach hat die sozialdemokratische Stimmzahl sich gegenüber 1907 um 8700 Stimmen vermehrt...

Die Wahlziffern beweisen, daß der Sozialdemokratie nur wenig mehr als 1000 Stimmen fehlten...

Das Ergebnis der Stichwahl wird von der Stellungnahme der Nationalliberalen abhängen...

Die Haltung der Nationalliberalen wird im wesentlichen von den Schachermachern abhängen...

Das Zentrum hat in Rheinland und Westfalen bisher alle Verhandlungsversuche...

Nationalen und Liberalen Kreise angewiesen. Hoffentlich versteht es die Lehre der gestrigen Wahl und läßt sich rechtzeitig mit den nationalen Vereinigungen dieser Städte in Verhandlungen ein. Dann wäre es möglich, nicht nur dem Zentrum Köln, Düsseldorf, Aachen und Essen zu sichern, sondern den Nationalliberalen Duisburg, Dortmund und Bochum wiederzugewinnen. Sollte die Düsseldorf-Wahl eine solche Wirkung haben, so würde ihr Ergebnis nicht allzusehr zu bedauern sein.

Die „nationale“ oder „antinationale“ Haltung der Nationalliberalen wird also von einem ganz ordinären Wahlschacher abhängen. Die Sozialdemokratie wird deshalb alles anbieten müssen, um durch die nachdrücklichste Agitation von den 82 000 Nichtwählern sozial Stimmen für sich zu gewinnen, daß auch ein nationalliberal-ultramontanes Teufelsmischel ihr den Sieg nicht entreißen kann.

Klerikale Ablehnungsversuche.

Dem sich heute als hypernational und patriotisch gebenden Zentrum ist es recht unbequem, daß Webel in seiner Jenaer Rede über die nächsten Reichstagswahlen an die Tatsache erinnert hat, daß noch vor wenigen Jahren das Zentrum kein Bedenken getragen hat, mit der Sozialdemokratie Wahlbündnisse zu schließen und daß an einem solchen Wahlbündnis in Bayern sogar der heutige Erzbischof von München, damals Domkapitular von Speyer, Dr. Bettinger, teilgenommen hat. Denn hat das Zentrum nicht nur gelegentlich in der Stichwahl für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt, sondern ganz förmlich ein Wahlbündnis mit der sozialdemokratischen Partei in Bayern geschlossen, dann kann es heute nicht aus der Unterfütterung sozialdemokratischer Kandidaten durch Liberale eine Art nationales Verbündeten, eine Verlegung aller patriotischen Pflichten konstruieren. Und ferner kann doch die „landesverräterische Gesinnung“, die „bewußte Demoralisierung der Volksmassen“ durch die Sozialdemokratie nicht so weit her sein, wenn noch vor wenigen Jahren anerkannte Zentrumsführer unter Zustimmung und Mitwirkung eines hohen katholischen Kirchenfürsten keinen Anstand nahmen, mit dem „roten Umsturz“ als gleichberechtigte Partei zu verhandeln und Wahlabkommen zu treffen.

Die Zentrumspresse hat denn auch zunächst auf Webels Konstatierung verlegen geschwiegen; doch schnell fand sie ihre alte Unberücksamtheit wieder und bezeichnete, indem sie sich an einige rein äußerliche Nebensachen klammerte, Webels Darstellung als ein albernes Märchen. Aber die verschiedenen Zentrumspresseblätter hatten in der Eile ihrer Abstreitung nicht genügend Zeit gefunden, sich vorher über den Text ihrer Dementis zu verständigen, und so gab das eine Blatt zu, was das andere energisch bestritt. Das Resultat ist, daß Webels Darstellung von der eigenen Presse des Zentrums völlig bestätigt wird — bis auf die Nebenfrage, daß schließlich nach verschiedenen Vorverhandlungen das eigentliche Wahlbündnis nicht im Dom zu Speyer, bei den Kaisergräbern, sondern im Landtagsgebäude zu München abgeschlossen worden ist.

Zu diese eigenartige auf Verstärkungen hinauslaufenden Ablehnungsversuche der Zentrumspresse einige Beispiele, die deutlich zeigen, was die Dementis der frommen klerikalen Blätter wert sind.

Die „Germania“ schrieb gestern (Nr. 215):
Das „Ammenmärchen von der Zusammenkunft unterhalb der Kaisergräber“ in der Kaisergruft im Dom zu Speyer — wobei Webel die obligaten „Totenschädel“ und die „gekreuzten Schwerter“ zu erwähnen vorgeht — ist durchaus kein Novum, wie jetzt die sozialistische und liberale Presse glauben machen möchte. Früher wurde unseres Erinnerns von liberaler Seite verhandelt, im Bomberger Dom sei der Pakt geschlossen worden. Nun wissen die Pfälzer und Münchener Genossen es sehr genau, daß weder in der Kaisergruft zu Speyer, noch in Bomberger Dom die Besprechung stattfand. Webels Phantasie hat wieder einmal recht ausgeschweift. Infolgedessen wäre es eine Anstandspflicht dieser Herren gewesen, auch dem politischen Gegner gegenüber, derartige Märchen zu revidieren. Denn ganz gewiß hat Webel nicht im Sinne des verstorbenen H. J. Erhardt gehandelt, wenn er so sprach, da Erhardt ein korrekter Mann war, der niemals ein solches Märchen erfunden hätte. Wer also Webel die Gefährlichkeit von der „Kaisergruft“ mitgeteilt hat, machte sich, wir wollen uns sehr gelinde ausdrücken, einer unverzeihlichen Liebertreibung schuldig.

Offener schrieb zu gleicher Zeit der Aachener „Vollstrecker“:

Ganz besondere Bedeutung hatte seine Abrechnung mit der Sozialdemokratie und dem Jenaer Parteitag, wo der Abgeordnete Webel wieder das Märchen von dem im Schatten der Kaisergräber des Speyerer Doms unter dem Beistand des jetzigen Erzbischofs von München abgeschlossenen Wahlbündnis aufstufte. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Jaeger hat mit dieser Fabel bereits ausgeräumt. Zu der Sache selbst sei hier von einem damals beteiligten folgende Erklärung abgegeben:

1. Die fraglichen Besprechungen fanden, ohne daß der damalige Domkapitular Dr. Bettinger daran beteiligt war, in erster Linie mit dem nunmehr verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ehrhardt im Saalbau zu Neustadt a. D. Hardt statt.

2. Es handelte sich nicht um ein Bündnis mit der Sozialdemokratie, sondern um ein ad hoc geschlossenes Uebereinkommen zu dem Zweck, dem bayerischen Landtage eine Mehrheit zu sichern, welche für das von liberaler Seite abgelehnte, freirechtliche Wahlrecht votierte.

Die gegenseitigen Aussagen sind unklar und von Sachkenntnis oder Bödemiligkeit diktiert. Was sagt übrigens Webel und die Sozialdemokratie zu der bestimmten und nicht anfechtbaren Enthüllung des Abgeordneten Dr. Webel, daß die Sozialdemokratie 1906/1907 dem Zentrum generell ein Wahlbündnis angeboten habe?

Hatte die „Germania“ noch so getan, als sei die ganze Darstellung Webels ein Ammenmärchen, so gesteht der Aachener „Vollstrecker“ offen zu, daß ein Wahlbündnis abgeschlossen worden ist, nur nennt er dieses Bündnis ein „Uebereinkommen“; und ferner bestritt er, daß der damalige Domkapitular Dr. Bettinger daran beteiligt war. Doch auch diese letztere Ablehnung hat nicht lange vorgehalten, denn in ihrer heutigen Ausgabe (Nr. 216, zweites Blatt) bringt die „Germania“ eine zweite Verlegung des Sachverhalts aus München, in der nicht nur zugegeben wird, daß Dr. Bettinger als Vorsitzender des Wahlausschusses in Speyer an der Abmachung teilgenommen hat, sondern sogar daran teilzunehmen mußte, wenn er sich nicht vom „ganzen Klerus der Pfalz“ isolieren wollte. Mit anderen Worten: auch dieser ganze Klerus war mit dem Wahlbündnis einverstanden.

Wörtlich heißt es nämlich in der „Germania“:
„Der verstorbenen Sozialistenführer Ehrhardt hat einmal, wie er selber mitgeteilt hat, in einer launigen Stunde dem Abgeordneten Webel weis gemacht, das Bündnis für die zwei Landtagswahlkreise Weibbrunn-Birmasens und Speyer-Ludwigs haben im Jahre 1899 zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in der Domkapitular zu Speyer abgeschlossen worden. Auf dieses Märchen fiel Webel herein, und er hat es jetzt in Jena wieder erzählt. Diesmal hat er neu hinzugefügt, es sei in der Kaisergruft

von dem Domkapitular Bettinger, dem jetzigen Erzbischof von München, abgeschlossen worden. Die Wirklichkeit ist, daß Abg. v. Volkmar, der auf einer Agitationstour nach Speyer kam, vom Domkapitular Dr. Zimmermann, der ein vorzüglicher Kenner der Entwicklung des Dombauwerkes ist, im Speyerer Dom herumgeführt wurde. Daß jenes Bündnis nicht in Speyer, sondern im Landtagsgebäude zu München zwischen dem Sozialistenführer Ehrhardt und dem Abg. Dr. Jaeger vereinbart worden ist, hat Dr. Jaeger schon längst öffentlich festgestellt. Das Bündnis in München im Jahre 1899 ist unabhängig von dem pfälzischen Vorgang abgeschlossen worden. Die Gruppierung von 1906 wurde von Fraktion zu Fraktion abgeschlossen und erstreckte sich auf einige zweifelhafte Wahlkreise. Sie war notwendig, um eine Regierungsvorlage, nämlich das Wahlgesetz durchzubringen. Niemand, der an diesen Vorgängen mitwirkte, hat dabei etwas zu verbergen oder zu beschönigen, auch Erzbischof Dr. v. Bettinger nicht, der als Vorsitzender des Wahlausschusses in Speyer selbstverständlich seinen Anteil an der Sache hatte. Hätte er es nicht getan, so hätte er sich vom katholischen Volk und vom ganzen Klerus der Pfalz isoliert. Das Zusammengehen war nur ein rein taktisches, wobei die grundsätzlichen klaffenden Gegensätze keinen Augenblick zurücktraten. Es wurde im Gegenteil von beiden Seiten betont, daß nach Schwächung des Liberalismus der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erst recht mit voller Schärfe geführt werde.

Alles Wesentliche stimmt also!

Die Marokkoaffäre.

Der Beginn des Marokkoabenteuers stand im Zeichen der Profitinteressen großer Eisenindustrieller; die Beendigung steht in dem Zeichen der Schonung der Börseninteressen.

Seit der Börsenpanik am Ende der vorigen Woche haben die deutschen Offiziere nicht genug in Optimismus schwelgen können. Tag für Tag hieß es, daß die Einigung in Aussicht stehe. Da wirkten die gestern veröffentlichten halbamtlichen Notizen, die das Vorhandensein „prinzipieller“ Differenzen betonten, auf einen Teil des Börsenpublikums sehr beunruhigend. Die Banken wurden mit Verkaufsaufträgen beauftragt, eine neue Börsenpanik stand in Aussicht. Nur die Intervention der Banken konnte einen Kurssturz verhindern. Da begaben sich die Direktoren der Deutschen Bank, der Berliner Handelsgesellschaft, der Nationalbank und andere Vertreter der Hochfinanz in das Auswärtige Amt, Auskunft heischend über den Stand der Verhandlungen. Und siehe da: was dem deutschen Volke verlagert geblieben ist, den Vertretern des Bankkapitals wagte man es nicht zu weigern. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, gab den Bankgewaltigen folgende Erklärung ab:
„Die Marokkofrage wird in zwei bis drei Tagen in günstigem Sinne erledigt sein.“

Also nichts mehr von Unmachgiebigkeit und prinzipiellen Differenzen! Alles wird geordnet werden, aber sorgt dafür, daß die Kurse nicht wieder stürzen! Die Direktoren ließen sich das nicht zweimal sagen, sie gingen hin, verbreiteten die gute Botschaft, intervenierten und die Börse nahm einen günstigen Verlauf. Zur weiteren Beruhigung ist auch die ganze offiziöse Presse wieder mobil gemacht worden und sie triefst förmlich vor Optimismus und Zuversicht.

Wir können's zufrieden sein und wollen nur hoffen, daß das Auswärtige Amt richtig informiert hat. Und zufrieden können wir auch damit sein, daß dem deutschen Volke demonstriert wird, welchen Einfluß die Börse und die hohe Finanz auf die Leitung unserer auswärtigen Politik hat.

Bemerkenswert ist, daß auch in Paris ein baldiger Abschluß vorausgesetzt wird. Der der Regierung nahe stehende „Petit Parisien“ meint, die französisch-deutschen Verhandlungen hätten seit Montag abend einen bedeutenden Schritt vorwärts getan, und die beiderseitigen Ansichten hätten sich genähert; der Abstand zwischen ihnen habe sich beinahe ausgefüllt. Die noch in Schwärze befindlichen Artikel hätten nur nebensächliche Bedeutung, keiner sei wichtig genug, um einen Bruch der Verhandlung oder auch nur eine Spannung zwischen beiden Ländern hervorzurufen zu können.

Der „Matin“ beschäftigt sich ausführlich mit den zwischen den beiden Standpunkten noch vorhandenen Differenzen und schließt: Man kann mit Vertrauen dem baldigen Abschluß der Verhandlungen über Marokko entgegensehen. Die beiden Regierungen beginnen dann sofort die Regelung der territorialen Kompensationen im Kongo, die Frankreich Deutschland versprochen hat. In den zuständigen Kreisen scheint man der Ansicht zu sein, daß die Verhandlungen über die Frage nicht lange Zeit in Anspruch nehmen werden.

Die Profitmacher in der Marokkoaffäre.

Paris, 18. September. (Fig. Ver.) Die „Humanité“ beendet heute ihre Mitteilungen über die Kriebskräfte und Interessen, die in der letzten Phase des Marokkopolitiks zur Geltung gekommen sind. Sofort als der „Panther“ vor Agadir erschienen war, wurden die vorher von Caillaux unter der Hand gepflogenen, von Tardieu empfohlenen Verhandlungen, die auf eine Abmachung zu zweien abzielten, offiziell aufgenommen. Da das englische Veto den Gabon als Kompensationsobjekt ausschloß, forderte Deutschland weiter Baghirmi und die Region des Schari-Nilab, aber Frankreich bot den mittleren Kongo an, wo die R'Goto Sangha ihren Sitz hat. Es handelte sich darum, den R'Goto Sangha und der Foresterie Entschädigungen zuzuschicken. Die deutsche Regierung wußte, wie der Hase lief, und konnte so ruhig ihre Forderungen erhöhen. Dies führte zu einem inneren Konflikt im Ministerium, wobei Selbes und Delcassé Caillaux entgegen traten. Caillaux wurde daran verhindert, wie Rouvier 1905, über den Kopf seines Ministers des Auswärtigen hinweg zu verhandeln. Die Entschädigungen werden aber gezahlt werden müssen, wenn die Rechte der Gesellschaften im Abtretungsvertrag nicht ausdrücklich aufrechterhalten werden. Da dies aber den Spekulant von der Forstgesellschaft nur willkommen wäre, haben sie in einem Kolonialblatt schon pathetisch erklären lassen, daß ihr Verwaltungsrat sich weigern werde, unter deutscher Flagge sein Gewerbe fortzusetzen.

Daß auf dem diplomatischen Schachbrett, das den Völkern so streng geheim gehalten wird, kapitalistische Spekulant und Schmarotzer ihre langen Finger spielen lassen, ist kein Geheimnis. Die von der „Humanité“ veröffentlichten Details aber verdienen jedenfalls Beachtung, wenngleich manche Details des Artikels eine nicht gerade vertrauenerweckende Berwundung mit der von „L'Esprit“, dem stark nationalitätlich angehauchten finanziellen Mitarbeiter der „Humanité“, gelegentlich versuchten Stimmungsmache für Delcassé aufweisen.

Eine Friedenskundgebung der Gewerkschaften.

Paris, 19. September. (Fig. Ver.) Der Gewerkschaftsverband des Seine-Departements organisiert für den kommenden Sonntag

eine öffentliche Massenkundgebung, die sich gegen die Kriegsbege, die Reaktionspolitik im Innern und die Lebensmittelteuerung richten soll. Die Demonstration soll einen durchaus friedlichen Charakter tragen. Vertrauensmänner sollen die Jäger der einzelnen Gewerkschaften, die sich mit Standarten zu einem gemeinsamen Meeting begeben sollen, geleiten. Versuchen der Polizei, die Jäger aufzulösen, soll kein Widerstand entgegengesetzt werden. — Wird die Regierung auch unter diesen Umständen an die üblichen Strategien des Volksempfindens appellieren? Es ist wohl kaum etwas anderes zu erwarten, denn die Scharfmacherei ist jetzt Trumpf und über ihr weht die Patriotenfahne.

Außerdem ruft der Vorstand der Arbeitskonföderation für den 1. Oktober nach Paris eine Konferenz der Arbeitsschöffen und Gewerkschaftsverbände ein. Die Tagesordnung lautet: Maßregeln zur Ausführung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse über die Haltung des Proletariats im Kriegsfall.

Außerdem soll über die Propaganda gegen die Teuerung und die Reaktionspolitik der Regierung beraten werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September 1911.

Romische Moralprophetie.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt in Nr. 200 vom 19. September zu den Stichwahlbedingungen von Jena:

„In der Tagespresse scheint sich eine ausgiebige Erörterung der vermehrten und verschärften Bedingungen ankommen zu wollen, welche der Jenaer Parteitag für die Gewährung roter Stichwahlhilfe beschloßen hat. Wir haben keinen Anlaß, uns an dieser Debatte zu beteiligen, weil wir unseren Standpunkt derartigen Zumutungen gegenüber wiederholt mit aller Deutlichkeit dargelegt und betont haben, daß ein Reichstagskandidat sich von seiner Partei und seiner Interessengruppe Vorschriften hinsichtlich seiner parlamentarischen Entschlüsse machen lassen dürfe. Ein irgendetwas gebundenes Mandat steht nicht nur mit dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung in Widerspruch, sondern es ist auch mit der Ehre und mit der Vertrauensstellung des Abgeordneten, wie mit dem Ansehen des Parlamentes schlechterdings unvereinbar. Die Ansichten eines Mandatsbewerbers zu hören, auch seine Anschauungen in bestimmten Fragen besonders zu extrahieren, bietet sich in den Wahlvereinsammlungen durchaus hinreichende Gelegenheit. Wenn das nicht genügt, von dem ist anzunehmen, daß er entweder der einfachen, öffentlich abgegebenen Erklärung des betreffenden Kandidaten nicht traut, oder daß er ihm aus formalisierten Zusicherungen später einen Strich drehen will. Wir müssen es daher, wie schon aus anderweitigen Anlässen, so auch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl nachdrücklich als eine Forderung der politischen Sittlichkeit wie der persönlichen Würde bezeichnen, daß die Kandidaten, welche um das Vertrauen der Wählerschaft werben, es grundsätzlich von sich weisen, anderen Parteien gegenüber schriftliche oder mündliche Abmachungen einzugehen oder sich auch nur auf Verhandlungen in dieser Hinsicht einzulassen.“

Es bleibt natürlich den Nationalliberalen unbenommen, aber die sozialdemokratische Stichwahlparole zu denken, wie sie wollen. Es wird sich auch sicherlich niemand in unseren Reihen darüber aufregen, wenn nationalliberale Kandidaten die sozialdemokratischen Bedingungen ablehnen; im Gegenteil: den sozialdemokratischen Wählern würde es schwer genug werden, für Nationalliberale zu stimmen. Unbedingt aber muß die nationalliberale Fraktion in Konsequenz der Kundgebung ihrer Korrespondenz den Abg. Thoma ausschließen, der, um sozialdemokratische Wahlhilfe zu erlangen, lindernde Erklärungen über seine Haltung zu gewissen Fragen abgab und dadurch gegen die „politische Sittlichkeit“ und „persönliche Würde eines Abgeordneten“ verstieß.

Wie man's in Sachsen macht.

Vor kurzem war in Lugau ein sozialdemokratisches Schulvorstandsmitglied deshalb ausgeschlossen worden, weil er Dissident war. Auf eine Beschwerde hin entschied das Kultusministerium, der bloßen Dissidenteneigenschaft wegen dürfe ein Schulvorstandsmitglied seines Amtes nicht enthoben werden. Eine solche Maßnahme könne nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn das betreffende Schulvorstandsmitglied sich so verhalte, daß ein Ausschluss unbedingt nötig werde.

Aber die Bezirkschulinspektion ließ sich durch einen Mißerfolg nicht abhären. Ging es nicht mit der Dissidenteneigenschaft, versuchte man es auf andere Weise. Der betreffende Genosse hatte in einer Versammlung wegen der Volksschulreform den Schuldirektor von Lugau ebenso kräftig wie treffend abgefertigt, weil er als Debattemoderator die bewundernswürdige Weisheit verzapft hatte, der Krieg von 1870 sei entstanden, weil der liebe Gott das französische Kaiserhaus wegen seiner Verderbtheit habe bestrafen wollen und die Deutschen seien ausziehen gewesen, das Strafgericht zu vollziehen. Der Abfertigung, die unser Genosse dem also erleuchteten Schuldirektor hatte zuteil werden lassen, erinnerte man sich, als man mit dem ersten Ausschlußversuch bei dem Kultusministerium abgebligt war. Die Bezirkschulinspektion fand denn auch, daß unser Genosse in jener Versammlung in höchst abfälliger Weise über den christlichen Glauben gesprochen habe und verfügte aufs neue die Ausschließung aus dem Schulvorstand. Natürlich wird auch gegen diesen neuen Akt einseitigster Radikalität wieder der Beschwerdeweg betreten werden.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl.

Die Vertrauensmänner der Zentrumspartei des Wahlkreises Dortmund-Börde haben nach langem Hängen in der Person des Kaufmanns August Diehoff-Dortmund einen Reichstagskandidaten aufgestellt. Bei der letzten Reichstagswahl kandidierte bekanntlich für das Zentrum der Arbeiterführer Effert. Der Umstand, daß das Zentrum seinen Wählern im Wahlkreise Dortmund-Börde, die fast ausschließlich aus Arbeitern bestehen, einen so vornehmen Kaufmann präsentiert, muß als Konzeption an die Nationalliberalen gedeutet werden. Die letzteren haben früher wenigstens abgelehnt, in einer eventuellen Stichwahl für einen ultramontanen Arbeiterkandidaten einzutreten. Von einer Wiederaufstellung des hiesigen früheren Kandidaten Lensing hat man offenbar deshalb Abstand genommen, weil Lensing selbst in den Reihen der frommen Zentrumselemente sehr unbeliebt ist, wosingegen Diehoff auch geschäftliche Beziehungen zu liberalen Kreisen unterhält. Diehoff ist auch seit Jahren Stadtverordneter in Dortmund. Man geht übrigens wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Kandidatur Diehoff eine Kompensation für die nationalliberale Arbeiterkandidatur Getzmann's Bochum bedeutet. Wenigstens haben die Führer des Zentrums-Gewerksvereins mehrfach erklärt, Getzmann gegen unseren Gewohnen Otto Due bei einer eventuellen Stichwahl zu unterstützen. Bei der letzten Wahl im Jahre 1907 entfielen auf die Sozialdemokratie 88 849 Stimmen, auf die Nationalliberalen 25 741 und auf das Zentrum 22 246. Die Kandidatur Diehoff dürfte demnach für den Wahlkreis Dortmund nichts anderes als eine Durchfallskandidatur bedeuten; jedenfalls werden unsere Dortmunder Genossen dafür sorgen.

Die „geistigen Waffen“ der Kriegervereine.

Es ist unglücklich, mit welsch verächtlichen Mitteln die Sozialdemokratie von den Kriegervereinen bekämpft wird. Da befindet sich im Jahrbuch 1911 des Deutschen Kriegerbundes der Brief eines Vaters über die Lehrlings- und Gesellenjahre seines Sohnes Karl. Der Vater schildert, wie er seinen Sohn zu erziehen und ihn dann einem Meister in die Lehre gegeben habe. Hier hätte sein Sohn aber dieses erdulden müssen. Die Gesellen und älteren Lehrlinge hätten ihn roh behandelt. Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Nach einiger Zeit führte ich beim Meister darüber Bescheid. Verlegen krachte er sich hinter den Ohren und bekannte sein Unvermögen, die Sache zu ändern. Die Leute ließen sich einfach nichts sagen. Würde er die Gesellen über ihr Verhalten ernstlich zur Rede stellen, hätte dies nur der Verhöhnung zu dienen. „Ja, haben Sie denn in Ihrer eigenen Werkstatt nichts mehr zu sagen, wer ist denn da eigentlich Herr im Hause?“ so fragte ich erlöhnt den Meister. „Sie kennen eben die Verhältnisse nicht, die bei uns herrschen“, erwiderte dieser. „Die eigentlichen Herren im Geschäft, das sind heutzutage die Arbeiter. Der Unternehmer ist gerade gut genug dazu, Arbeit zu beschaffen, Entwürfe herzustellen, Anleitung zu ihrer Ausführung zu geben, sowie für pünktliche Auszahlung des Lohnes zu sorgen. Dabei bekommt man oft Stümper und Niederjahne ins Haus, die mehr verderben, als sie gut machen. Aber weitersehen dürfen sie einen solchen Tag nichts nicht so ohne weiteres, sonst haben Sie die Organisation am Hals. (1) Unter solchen Umständen läßt man es bleiben, den Leuten viel dazuzureden.“

Was nun meinen Karl anbetrifft, so fand er sich wider Erwarten nach und nach in die Verhältnisse seiner Werkstatt hinein, aber zu unserem Verwundern veränderte sich derartige, folgenreiche Wut in ein paar Jahren zu einem vollendeten Kämmerling, der seine Mutter ärgerte und die abschaulichsten Ausdrücke zu gebrauchen sich schämte, auch in meiner Gegenwart kaum zurückhielt. Vom Sparen war keine Rede mehr, desto mehr vom Trinken und Zigarettenrauchen. Als er ausgebildet hatte, trat er in eine Fabrik über und ist nun Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft und des sozialdemokratischen Vereins. . . . Sein Verdienst wandert in die Wirtschaften und nicht zum kleinsten Teil in die verschiedenen Kassen seiner Gewerkschaft und Partei. . . .

Ich habe in früheren Jahren der Sozialdemokratie gegenübergestanden, wie viele andere, die sie zum Teil als den berechtigtesten Ausdruck der Unzufriedenheit mit manchen fehlerhaften Einrichtungen unseres Staats- und Gesellschaftslebens betrachteten; heute habe ich diese Partei von ganzem Herzen und verfolge sie als die Verderberin unseres Volkes, als die Verfälscherin unserer Jugend, zur Abkehr von allem, was das Leben lebenswert macht. Was ich aus dem Munde meines eigenen Kindes über die Lehren hören mußte, die es in sozialdemokratischen Kreisen in sich aufgenommen hatte, daß sie es verrotzt, alle Ideale betraden und in jedem Bestrebten, ja in seinem eigenen Brotgeber nur Ausbeuter zu erblicken gelehrt haben, das hat mich zum grimmigen Gegner der Sozialdemokratie gemacht, zum Gegner aber auch derjenigen, welche als Anhänger grundverfehrter volkswirtschaftlicher und menschenfreundlicher Lehren diese Giftpflanze großziehen geholfen haben. Meine Haare beginnen erst grau zu werden, aber ich würde alle die Jahre hingeben, die mir unser Herrgott vielleicht noch schenken wird, könnte ich mein Kind aus den Klauen der Sozialdemokratie retten.“

Das ist die Stoff, mit der man die Kriegervereine füttert. So werden wir bekämpft! Auch die Freisinnigen bekommen ihre Sätze. Dabei sollen die Kriegervereine „unpolitisch“ sein, und zu Angriffen auf die bürgerlichen Parteien soll es innerhalb der Kriegervereine nicht kommen. Aber hier sieht man, daß man sich nicht im entferntesten daran hält. Das Schönste ist, daß diesen Kalender der „liberalen“ Magistrate von Königsberg in der städtischen Krankenanstalt den Kranken zum Lesen gibt!

Lübeker Wahlrecht.

Zu der bereits gestern mitgeteilten Ablehnung des von unseren Lübeder Genossen in der Bürgerchaft gestellten Antrages auf Erweiterung des Wahlrechts wird uns aus Lübeck geschrieben:

Die Lübeder Bürgerchaft hatte sich am Montag mit einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu beschäftigen, die verlangte, daß für die Wahlen zur Bürgerchaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Lübedischen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts vom vollendeten zwanzigsten Lebensjahre an eingeführt wird. Das bestehende Wahlrecht weist derartige Ungehörlichkeiten auf, daß seine Änderung eine unbedingte Notwendigkeit ist. Zunächst ist das Wahlrecht an das Bürgerrecht gebunden, und dieses können nur Leute erwerben, die mindestens fünf Jahre hintereinander in Lübeck gewohnt und alljährlich Steuern bezahlt haben. Durch diese fiese Kastenzeit sind die besonders den Arbeiterkreisen angehörenden fluktuierenden Elemente von vornherein vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Die lübischen Bürger wiederum sind in vier Klassen eingeteilt. In den städtischen Wahlbezirken wählen diejenigen, die ein jährliches Einkommen von über 2000 M. versteuern, in der ersten Klasse, die übrigen minderbemittelten Bürger in der zweiten-Wahlklasse. Für das Landgebiet ist die Einteilung ähnlich, nur daß neben dem Einkommen auch der Grundbesitz berücksichtigt ist. Dort können alle Bürger in der dritten Klasse wählen, die entweder mehr als 2000 M. versteuern oder einen Landbesitz von mindestens 3 Hektar für eigene Rechnung bewirtschaften. Die übrigen ländlichen Bürger gehören der vierten Wahlklasse an. Die schlecht dies nach dem Geldbeutel abgestufte Wahlrecht ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß bei der letzten Bürgerchaftswahl im Jahre 1909 in der ersten und dritten Wahlklasse zusammen 2963 Wähler vorhanden waren, die 35 Vertreter zu wählen hatten, während von den 6877 Wählern der zweiten und vierten Klasse nur ganze 6 Bürgerchaftsmitglieder zu wählen waren. Die Bürgerchaft wird alle zwei Jahre zu einem Drittel durch Wahlen erneuert, woraus sich ergibt, daß von der verhältnismäßig geringen Zahl der wohlhabenden Bürger insgesamt 106, die minderbemittelten 16 von den 120 Mandaten zur Gesetzgebenden Körperschaft des lübischen Freistaates ertingen können. Ein Zustand, der geradezu nach Änderung schreit. Von unseren Rednern, den Genossen Dr. Salomer und Stellung wurde der Wählerrechtsänderungsantrag in wirkungsvoller Weise begründet und vertreten. In nicht zerfallter Weise legte, daß die Sozialdemokratie nicht positiv mitarbeiten wolle. Mit heisender Ironie wurde betont und nachgewiesen, daß eine Bürgerchaft, die auf Grund eines so schiefen Wahlrechts gewählt sei, ihre eigene Würde dem Senat gegenüber nicht wahren könne. Zu dieser Begründung, die eine mächtige Anklage des herrschenden Systems in sich schloß, schwiegen die Erwählten des Geldacks von den Liberalen bis zu den Agrariern im trauten Chor. Nur einer, der vom fassam bekannten Reichsverband mit aufgestellte Reichstagskandidat der bürgerlichen Parteien Postlecker Klein öffnete den Mund, aber nicht um eine Verbesserung des bestehenden Wahlrechts zu befürworten, sondern um auf die Sozialdemokratie und deren Wahlrechtsantrag zu schimpfen. Seine besondere Wut und deren Wahlrechtsantrag zu schimpfen. Seine besondere Wut erregte die gebrochene Verhöhnung des Wahlrechts vom 20. Lebensjahre an. Was er da sagte, nur für junge Leute, die in diesem Alter den Thron bestiegen haben, was das ja schon vorgekommen ist, natürlich nicht berechnet. Die bilden schließlich für Klein, der sich

zur liberalen Partei rechnet eine Ausnahme. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Für ihn stimmte nur unsere Fraktion, dagegen der ganze reaktionäre Flügel aller Schattierungen. Wenn die Herren, denen unser Antrag gerade vor den Wahlen sehr un bequem kam, glauben, nun sei die Wahlrechtsfrage für Lübeck erledigt, so werden sie sich gewaltig irren, wie sie bald bemerken werden.

Kadavergehörig.

Ein empörender Fall beschäftigte das Dresdener Kriegsgericht, vor dem sich wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft der Kanonier Gude vom Artillerie-Regiment Nr. 28 verantworten mußte. Die Mannschaften erhielten eines Tages den Befehl, in den Vormittagsstunden ihre Sachen in Ordnung zu bringen. Als der Unteroffizier Oesterreich — ein blutjunger Vorgesetzter — bemerkte, daß G. mit seinen Sachen fertig war, erteilte er diesem den Befehl, seine (des Unteroffiziers) Zeltsachen zu waschen! Da sich der Vorgesetzte sehr gern Arbeiten von Mannschaften verrichten ließ und der Angeklagte schon einmal sechs Wochen lang für ihn gebüht hatte, wofür er ganze vierzig Pfennige erhielt, war G. ärgerlich, daß er nun schon wieder eine Arbeit ausführen sollte, die dem Unteroffizier selbst zuzum. Der Angeklagte glaubte, zur Ausführung dieser rein privaten Verrichtung nicht verpflichtet zu sein und äußerte: „Ich wasche die Zeltsachen nicht!“ Der Unteroffizier hatte diese Worte gehört und befahl darauf: „Nun waschen Sie die Zeltsachen erst recht!“ Gude ließ aber alle „Befehle“ in der Annahme, er sei zur Ausführung nicht verpflichtet, unberücksichtigt.

Auf die Meldung des Unteroffiziers erhielt der Soldat eine Anklage. Vor Gericht wendete der Angeklagte ein, er habe die Anordnung des Unteroffiziers als keine dienstlichen Befehle aufgefaßt. Der Begriff „versammelte Mannschaft“ fiel ohne weiteres, weil festgestellt wurde, daß das Sachverhältnis gar kein Dienst war. Bemerkenswert ist, wie der Anklagevertreter das Verhalten Gudes auslegte. Er tat so, als wenn durch diesen belanglosen Vorfall die ganze Disziplin erschüttert worden wäre und nannte das Verhalten Gudes disziplinwidrig, dreist und frech — ein bölliges Versagen des Gehorsams — Strich! An sich wäre, so meinte er, eine Gefängnisstrafe angebracht, aber strenger Arrest sei wirksamer! Er wollte die höchst zulässige Strafe ausgeworfen wissen. Das Gericht erkannte auf die harte Strafe von 14 Tagen strengen Arrest! Also 14 Tage Schwarz bei Wasser und Brot, weil sich der Soldat weigerte, einem Vorgesetzten privaten Dienst zu leisten!

Die revolutionäre Bewegung in Spanien.

Die Politik des Kabinetts Canalejas führt zu schweren Konsequenzen. Herr Canalejas hat seine liberalen Anläufe rasch aufgegeben und sieht heute da, wo Maura stand, als ihn die blutige Revolution von Barcelona hinwegsetzte. Auch jetzt hat sich die aus der Not geborene Auslandsbewegung der Arbeiter zu einer revolutionären Erhebung gesteigert, die ihre Spitze gegen das verrottete System richtet, das das unglückliche Land zugrunde richtet. Die Regierung hat vor den Alerikalen kapituliert, alle versprochenen Reformen unausgeführt gelassen und die feigende Opposition abzulenken gesucht von den Vorgängen im Innern, indem sie in Marokko eine abenteuerliche Eroberungspolitik begann. Jetzt sucht die lange schon vorhandene Gärung sich gewalttätig durchzusetzen.

Ein genaues Bild von den wirklichen Vorgängen läßt sich aus den Meldungen freilich nicht entnehmen. Die Depeschenzensur waltet ihres Amtes und die offiziellen Nachrichten suchen die Lage möglichst günstig für die Regierung darzustellen. Immerhin lassen sie erkennen, daß die revolutionäre Bewegung das ganze Land erfasst hat und daß es der Regierung trotz des brutalsten Vorgehens nicht gelungen ist, die Empörung niederschlagen.

Die Kommune.

Madrid, 19. September. Nach Erklärungen des Ministerpräsidenten Canalejas hat sich die Lage in der Provinz Valencia verschlimmert. Die Kommune ist in Karthago und Alceira ausgerufen worden. Alceira ist in der Gewalt der Revolutionäre; das Rathaus und zwei öffentliche Gebäude sind niedergebrannt worden. Die Revolutionäre versuchten ein Nonnenkloster in Brand zu stecken und sprengten eine Brücke mit Dynamit in die Luft. Die Eisenbahn ist abgeschnitten. Truppen sind abgefordert worden. Das fremde Element in der Leitung der Bewegung ist in der Provinz Valencia ganz besonders festgestellt worden.

Angedachte Besserung.

Madrid, 20. September. Ministerpräsident Canalejas erklärte gestern einigen Berichterstattern, daß die Lage sich im allgemeinen gebessert habe, obwohl die Gegend von Valencia noch immer von einer zwei- oder dreitausend Mann starken Menge beunruhigt werde, die sich bemühe, die öffentliche Ordnung zu stören. Viele der Unruhestifter seien jedoch ohne Waffen. Alceira sei in der Gewalt der Truppen, Caragente werde abends von den Soldaten eingenommen werden.

In Barcelona, Saragossa und Valencia herrscht Ruhe. — Die Vorstehenden mehrerer Arbeitervereinigungen haben beim Generalkapital gegen die anarchischen Umtriebe Stellung genommen und erklärt, ihre Mitglieder seien bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Bilbao verkehrten Straßenbahnen und sonstige Fuhrwerke wieder zahlreicher; der Eisenbahnverkehr vollzieht sich ordnungsgemäß. Fortgesetzt werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Gegen eine Schar von etwa 300 Ausländern, die sich der Verhaftung eines ihrer Führer widersetzen wollten, ging die Polizei mit der Schußwaffe vor.

Neue Kurufen.

Madrid, 20. September. Die letzten Meldungen aus der Provinz besagen, daß in Barcelona, Bilbao, Sevilla, Saragossa und Valencia Ruhe herrscht, doch dauern die Verhaftungen überall fort. Der Streik findet in Huelva Widerstand. Aus mehreren Gemeinden in den Provinzen Victoria und Valencia werden Unruhen gemeldet. In einem Teil der Bevölkerung in Jativa und Caragente zeigt sich eine neue revolutionäre Bewegung. Öffentliche Gebäude werden in Brand gesetzt und Schienenwege zerstört.

Ruhe in Madrid.

Madrid, 20. September. Heute früh um 9 Uhr herrschte überall Ruhe. Dreihundert Personen sind verhaftet worden, unter ihnen der Vizepräsident des allgemeinen Arbeiterverbandes. Der Verkehr ist normal. Die Fabriken, Geschäftshäuser, Klöster und öffentlichen Gebäude werden von Truppen bewacht.

Oesterreich.

Teuerungs demonstrieren in Böhmen. Prag, 19. September. Nach 9 Uhr abends zogen gestern städtische Angehörige in großer Zahl nach einer Versammlung, in welcher über die Teuerung referiert wurde, zur Sofieninsel. Auf dem Wege dahin wurde gegen die Regierung und gegen die Agrarier demonstriert. Bei dem Landestheater trat den Demonstranten Wache entgegen und zerstörte sie. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Zizlaw zogen circa 2000 Demonstranten für das Rathaus und veranstalteten hier eine fürmliche Kundgebung gegen die Teuerung.

Auch die sozialdemokratischen Eisenbahner veranstalteten eine Demonstration gegen die Lebensmittelteuerung und zogen in der Stärke von circa 600 Mann, laut demonstrierend, über den Benezelsplatz.

Eine Debatte über die Demonstrationen.

Wien, 20. September. Im niederösterreichischen Landtag, der heute zu einer kurzen Session zusammentrat, fanden die Ereignisse des letzten Sonntags einen erregten Widerhall. Namens der christlich-sozialen Mehrheit brachte der Abgeordnete Steiner einen Dringlichkeitsantrag ein, wonach der durch die Ausschreitungen verursachte Schaden mittels eines staatlichen Notstandscredits vergütet werden solle. Steiner griff in seiner Rede die sozialdemokratische Partei an, die hinter den Ereignissen vom Sonntag stände. Im weiteren Verlaufe der Debatte protestierte der sozialdemokratische Abgeordnete Schumacher gegen die Steiner'sche Behauptung und erklärte, kein Sozialdemokrat habe Schulen angezündet oder Barrikaden gebaut. Es seien Ausschreitungen halbwüchsiger Burschen gewesen. Der neue Statthalter von Wien wies die Behauptung des Antragstellers, daß die Regierung die Ausschreitungen habe benutzen wollen, um politische Zwecke zu verfolgen, als unzulässig und unbegründet zurück und erklärte, Militär und Wache hätten, ohne zu weit gegangen zu sein, das Menschenmögliche getan. Daß es in Ostarrich zu solchen Ausschreitungen kommen werde, sei nicht vorausgesehen gewesen. Keinesfalls seien solche Ausschreitungen ein Mittel, die Teuerungsfrage zu lösen oder die Regierung aufzurütteln, die alles tun werde, um helfend einzugreifen.

Teuerungsdemonstrieren in Währen.

Brünn, 20. September. Vorgestern und gestern ist es in Zwittau im Verlaufe der Teuerungsdemonstrationen zu größeren Ausschreitungen gekommen. Dem Reichsratsabgeordneten Albrecht, mehreren Bädern und Fleischern wurden die Fenster eingeschlagen. Gestern mittag versuchte eine Gruppe Arbeiter einen bei den Ausschreitungen am Montag Verhafteten aus dem Gefängnis zu befreien, was jedoch mißlang. Fünf Personen wurden festgenommen.

Schweden.

Der Zug nach links.

Die Wahlergebnisse zeigen immer deutlicher, daß die Sozialdemokratie eine weit größere Zahl von Mandaten erobern wird, als man erwartet hatte, daß die Liberalen gleichfalls gute Fortschritte machen und daß die Leittragenden die Konservativen sind. Bis Ende der verfloffenen Woche waren genau 100 von den 230 Mandaten der Zweiten Kammer besetzt, und davon hatten die Sozialdemokraten 22, die Liberalen 40 und die Konservativen 38 erhalten. Die Wahlkreise, um die es sich hier handelt, sind in der Hauptsache ländliche, die bisher größtenteils den Konservativen gehörten. Die Sozialdemokratie hatte in diesen Kreisen bisher nur 7 Vertreter, die Liberalen 31, die Konservativen aber 55. Unsere Genossen haben also 15 Mandate neu erobert und 7 alte Mandate behauptet. Sozialdemokratische Stimmen wurden in den betreffenden Wahlkreisen rund 62 000 abgegeben, liberale 104 000, konservative 100 000. In den übrigen Wahlkreisen, wo teils die Auszählung der Stimmen noch nicht beendet ist, teils die Wahl selbst noch bevorsteht, wird voraussichtlich der Fortschritt der Sozialdemokratie und die Niederlage der Reaktion noch viel stärker zutage treten.

Die Arbeiterschaft Stockholms veranstaltete am Sonntag einen gewaltigen Demonstrationsszug. Die daran anschließende Massenversammlung war Generalmusterung ihres Wählerheeres ab. Die Wahlen finden hier am Freitag statt.

Rußland.

Zum Attentat auf Stolypin.

Petersburg, 20. September. Wie die Blätter melden, sind gestern nacht in Aiew einige Juden von Gesindel überfallen und verletzt worden. „Nowoje Wremja“ teilt mit, der Schutzbienst in Aiew während der Festtage sei nicht dem Generalgouverneur, sondern dem Polizeichef Kuzlow übertragen worden, obwohl der Generalgouverneur um die Uebertragung angefragt hatte. Kuzlows und zwei andere Polizeioffiziere hätten dann die Zulassung Bagrows zum Theater selbständig verfügt, ohne dem Polizeichef davon Meldung zu erstatten.

Ein Teil der aus Anlaß des Attentats verhafteten Personen wurde wieder freigelassen. Doch sind weitere Verhaftungen erfolgt. Es herrscht großer Andrang auf den Bahnhöfen, hundert von Gefangenen und Auslandsdäpfe liegen vor. Die Pogrom-Agitation von Mitgliedern des estnischen Bundes bleibt erfolglos. Die Unfallsakte wurde Bagrow heute überreicht und lautet auf verhängten Mord, wenn festgestellt wird, daß Stolypin an Folgen gestorben ist, die ärztliche Mittel verhindern konnten, dagegen auf Mord, wenn die Sektion feststellt, daß der Tod infolge der Verwundung eingetreten ist.

Reaktionäre Ausschächtung.

Petersburger, 19. September. Heute fand eine stark besuchte Versammlung der Vertreter der vier national-monarchistischen Organisationen statt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die geringste Konzeption der russischen Gesellschaft an die Revolution und an nicht-russische Volksstämme die größte Feindschaft wäre. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Eine Abweichung von den russischen Nationalprinzipien hiehe gegenwärtig den Terror aufmuntern.

Aus der Partei.

Sechs sozialdemokratische Zeitungen

wird Württemberg am 1. Oktober dieses Jahres aufweisen. Bis 1908 besaß die Partei in Württemberg nur ein einziges täglich erscheinendes Organ, die „Schwäb. Tagwacht“ in Stuttgart. Ein neues für ländliche Kreise berechnetes Wochenblatt, der „Schwäb. Volksfreund“, im Jahre 1899 gegründet, hatte Ende 1907 sein Erscheinen einstellen müssen. Anfang 1908 wurde dann von den Genossen in Heilbronn am Redar das „Redar-echo“ ins Leben gerufen. Ende 1910 folgten die Genossen von Göttingen, die sich in der „Freien Volkszeitung“ ein eigenes Organ schufen, das bisher in der Druckerei der „Schwäb. Tagwacht“ in Stuttgart hergestellt wurde und einen großen Teil des Satzes der „Tagwacht“ benutzte. Anfang nächster Woche wird die „Freie Volkszeitung“ in eigener Druckerei in Göttingen hergestellt werden. Die Genossen in Ehlingen sind seit Mai 1911 im Besitz eines eigenen Blattes, eines Kopfblasses der „Tagwacht“. Am 1. Oktober werden die Genossen in Ulm a. D. sich eines eigenen Blattes erfreuen können. Das neue Parteiorgan für Heutlingen wird gleichfalls am 1. Oktober erscheinen. Das Ehlinger, das Ulmer und das Reutlinger Organ werden in der „Tagwacht“-Druckerei hergestellt. Die Zahl der Leser der sozialdemokratischen Presse dürfte Anfang nächsten Jahres 50 000 erreichen. Bei der Reichstagswahl 1907 zählte die württembergische Parteipresse etwa halb soviel Leser.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Differenzen im Tariffchiedsgericht der Buchbinder Berlins.

Am Dienstag in einer zahlreich besuchten Versammlung der Buchbinder und Buchbinderarbeiten zur Sprache, die den großen Saal der Arminhallen füllte. Der Vertrauensmann **Wienke** berichtete über die Vorgänge im Berliner Tariffchiedsgericht und wies zunächst auf die außerordentlich hohe Bedeutung hin, die diese Einrichtung für die Durchführung des Tarifvertrages hat. Im Buchbinderberuf habe man gesehen, daß sich eine solche Einrichtung auch zur Anhebung der Arbeiterkraft verwenden lasse, und darum sei es um so mehr notwendig, der Tätigkeit des Tariffchiedsgerichts die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. Im Buchbinderberuf habe man bisher mit der Tätigkeit des Tariffchiedsgerichts zufrieden sein können, namentlich unter der Leitung des verstorbenen Buchbinderbesizers **Probst**, der ein anerkannter Wert unparteiischer Vorsitzender gewesen sei. Bis her war es so, daß immer ein Prinzipal den Vorsitz führte, nach den Bestimmungen des neuen Tarifvertrages hat jedoch abwechselnd einmal ein Prinzipalvertreter, das andere Mal ein Gehilfenvertreter die Sitzung zu leiten. Mit dem Nachfolger des Herrn **Probst** im Amte des Tariffchiedsgerichtsvorsitzenden, dem Geschäftsführer **Jenner** von der Firma **Sperling**, wäre man im allgemeinen auch auskommen, jedoch eigne sich dieser offenbar weniger zum Vorsitzenden als sein Vorgänger. Seit der Einführung des neuen Tarifvertrages sei jedoch das Verfahren im Tariffchiedsgericht ein ganz eigenartliches, da fast alle Klagen der Arbeiter mit Stimmengleichheit abgelehnt würden und somit dem Tarifamt in Leipzig überwiesen werden müßten. Das sei wesentlich auf die Haltung des Vorsitzenden zurückzuführen, der sich wohl auch durch die Vorgänge in seiner eigenen Werkstatt beeinflussen lasse. Es seien bei **Sperling** seit Einführung des neuen Tarifs wiederholt Tariffbrüche vorgekommen, namentlich derart, daß man bei Arbeiten, für die bislang immer etwas höhere Preise bezahlt wurden, plötzlich den Minimalpreis des Tarifs einführen wollte, obwohl doch ausdrücklich festgelegt ist, daß bei solchen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Tarif nicht verschlechtert werden dürfen. Außerdem ging man auch gegen einen Preiser, der 5 Jahre lang dort tätig ist, mit Maßregelung vor, wogegen sich aber die Arbeitersektion einmütig zur Wehr setzte, so daß die Maßregelung rückgängig gemacht werden mußte. Von den 25 Klagen von Arbeitnehmern, die das Tariffchiedsgericht in den letzten Wochen beschäftigten, rührten zwei Drittel aus der Werkstatt von **Sperling**. Da die Arbeiter, ehe sie beim Tariffchiedsgericht klagen, immer erst das Gutachten ihrer Tariffkommission einholen, muß man wohl annehmen, daß die Klagen jedenfalls nicht unbegründet sind. In der letzten Sitzung, wo man sich mit der Beratung über einen Nachtrag zum Tarif befaßte, kam es zu Differenzen zwischen den Vertretern beider Parteien. Man war mit der Angelegenheit eigentlich schon fertig, als Herr **Jenner** verspätet eintraf und in ziemlich provokatorischer Weise erklärte, daß er mit einer der im Nachtrag aufgeführten Positionen nicht einverstanden sein könne. Der Gehilfenvertreter **Wienke** bemerkte darauf, daß das Vorgehen des Herrn **Jenner** einfach als Rüge bezeichnet werden müsse. Leber dieses Wort fühlten sich die Prinzipale schwer beleidigt, und da **Wienke** die Äußerung nicht zurücknehmen wollte, verließen sie die Sitzung. Auf Wunsch der Prinzipale hat sich nun mit diesem Vorgang eine gemeinsame Sitzung der Prinzipalvertreter und des Ortsverbandes der Buchbinder beschäftigt, aber, obwohl **Wienke** ausdrücklich erklärte, daß ihm die Absicht einer persönlichen Beleidigung des Herrn **Jenner** durchaus ferngelegen habe, konnten sich die Prinzipale scheinbar gar nicht über das Wort Rüge beruhigen. Sie haben nun ihre Ämter im Tariffchiedsgericht niedergelegt, so daß dieses zurzeit nicht in Tätigkeit treten kann. Auch die Arbeitnehmervertreter im Tariffchiedsgericht haben ihre Ämter niedergelegt und bis auf zwei die Wiederwahl entschieden abgelehnt. Es mußte also jetzt eine Neuwahl vorgenommen werden.

Die Versammlung erklärte sich ohne irgendwelche Einwendungen mit der Haltung ihrer Tariffchiedsgerichtsvorsteher einverstanden. Sodann wurden durch Stimmzettel die Neuwahlen vorgenommen und gewählt wurden: **Lucie Krzymin**, **Falzerin**, **Otto Wienke**, **Deden**, und **Fertigmacher**, **Albin Reischer**, **Beschneider**, **Adolf Wilhelm**, **Heiter**, **Paul Riger**, **Vorrichter** und **Proschürer**; die Wahl des sechsten Vertreters wurde vorläufig vertagt. Als Ersatzleute wurden gewählt: **Rinna Schreier**, **Falzerin**, **W. Müller**, **Beschneider** und **Emil Kühne**, **Heiter**. Schließlich machte **Wienke** noch einige Mitteilungen über den Nachtrag zum Tarifvertrag, der aus Verhandlungen der gemeinsamen Beratungskommission in Leipzig hervorgegangen ist und nun im Druck erscheinen wird. Durch diesen Nachtrag werden einige Irrtümer, die sich seinerzeit bei der etwas übereiligen Durchberatung des Tarifvertrages eingeschlichen hatten, richtiggestellt.

Gewerkschaftliche Zerplitterungsbestrebungen der Fahrstuhlführer.

Das siegreiche Vordringen der freien Gewerkschaftsbewegung ruft auf allen Gebieten Gegenströmungen hervor. Harmonievereine oder gelbe Gewerkschaften entstehen, die in der Arbeiterbewegung eine Zerplitterung der Kräfte hervorzubringen versuchen, und ist es hier für die Arbeiter selbst notwendig, auf der Hut zu sein. Die Fahrstuhlführer und Portiers haben z. B. mit folgenden Organisationen zu rechnen: Da versucht sich der Deutsche Portierverband als Zentralverband und noch auf den Anschein zu geben, als ob es sich um eine Organisation handelt, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Das ist nicht der Fall. Genannter Verband ist auch nicht der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen. Er ist gegen den Streik, weil er mit den Hauspolizisten und deren Stellvertretern liebäugelt, die als Arbeitgeber hier in Frage kommen. Arbeitermäßigend wirkt aber sein Treiben dann noch deshalb, weil er trotz einer gewerkschaftlichen Resolution gegen private Fahrstuhlführerschulen sich selbst eine solche zugelegt hat und weiterführt. Hier wird durch Inzertate in der Klappschere für diese Fahrstuhlführerschule Kellame gemacht, nur, um später Mitglieder einzuführen, während die Schule nicht auf der Höhe steht und auch nicht stehen kann.

Die Erfolge der Partei- und Gewerkschaftsorganisation drängen, jeden Portier und Fahrstuhlführer vor dieser Zerlegung zu warnen und dieselben auf unsere Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, aufmerksam zu machen.

Die Branchenleitung der Fahrstuhlführer und Portiers des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Achtung, Töpler! Die Sperre über die Firma **Gröb u. Graf** hat sich erledigt; die restierenden Löhne sind beglichen.

Zum Streik der Hausdiener, Radfahrer usw. bei der Firma **Karl Stiller**, Schuhwarenhaus, Jerusalemstr. 39/40, ist zu berichten, daß keine Veränderungen eingetreten sind. Es ist kein einziger von den zur Arbeitsunterbrechung Gezwungenen abtrünnig geworden. Als besonderer Scharfmacher fungiert der Expedient **Wolf**. Dieser Herr **Wolf** war vor dem Streik selbst nicht mit den Einrichtungen im Hause **Stiller** zufrieden, hat er den Hausdienern doch selbst wiederholt gesagt: „Organisiert Euch doch, schließt Euch fest zusammen, erst dann wird es möglich sein, für Euch bessere Verhältnisse im Hause **Stiller** zu schaffen!“ So der Expedient **Wolf** vor dem Streik! Und heute? Jetzt nimmt der Herr eine Stellung gegen die Hausdiener ein, wie es der ärgste Scharfmacher nicht anders könnte.

Die von der Firma **Stiller** angeworbenen Arbeitswilligen sind alles andere, nur keine Hausdiener. Vor dem Streik war die Firma **Stiller** bei der Auswahl der Hausdiener sehr vorsichtig. Die kaufmännischen Angestellten, Dekorateur usw. betrachten sich immer noch als die Rettungengel der Firma **Stiller**, indem

sie die Arbeiten der sich im Streik befindlichen Hausdiener verrichten.

Zuzug von Hausdienern usw. ist strengstens fernzuhalten. Hoch die Solidarität!

Deutscher Transportarbeiterverband.

Achtung, Eisenmöbelpolierer, Tapezierer! Die in den Eisenmöbel- und Bettstellfabriken beschäftigten Sattler und Tapezierer stehen in eine Lohnbewegung. In verschiedenen Betrieben ist es bereits zur Arbeitseinstellung gekommen. Sämtliche Betriebe sind bis auf weiteres für Sattler, Tapezierer und Polierer gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeulier.

Achtung, Fleischergehilfen! Bei der Firma **G. Schmidt**, Zimmerstraße 57, haben gestern sämtliche Gehilfen die Arbeit niedergelegt, da sich die Firma weigert, eine 14tägige Arbeitszeit, Anerkennung des kostenlosen Arbeitsnachweises und Logis außer dem Haus zu gewähren. Alle Versuche, die Differenzen im guten zu regeln, sind gescheitert. — Zuzug ist fernzuhalten.

Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Kupferschmiede! In der „Berliner Volkszeitung“ vom 20. September werden unorganisierte Kupferschmiede für einen Wochenlohn von 51 M. gesucht. Die der Zentralvorstand des Kupferschmiede-Verbandes feststellen konnte, handelte es sich um das verächtliche Arbeitswilligen-Bermittlungsbureau von **Kazmarek**. Die gesuchten Kupferschmiede sollen nach Breslau geschickt werden, wo die organisierten Kollegen schon seit Anfang August im Streik stehen. Dieser Hinweis dürfte genügen, keinen Kupferschmied zum Vertreter an seinen Klassen-genossen werden zu lassen.

Deutsches Reich.

Die Einigung in Erfurt.

Wolffs Telegraphenbureau meldet aus Erfurt unter dem 20. d. Mts.: Die hiesigen Arbeitgeber in der Metallindustrie haben sich heute mit den Ausgeperrten und Streikenden geeinigt, so daß morgen in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Diebstahl beim Vergarbeiterverband.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurde in den Kassenraum des Zentralvorstandes des Vergarbeiterverbandes in Potsdam ein Einbruch verübt. Die vorgefundenen Merkmale wiesen im ersten Moment auf einen Einbruch von fremder Seite hin. Im Laufe des Montag stellte sich jedoch heraus, daß der Täter in dem bisherigen Hilfskassenbeamten **Krey** zu suchen sei. **Krey** ist flüchtig. Aus dem Kassenraum sind zwei kleinere Geldkassettens ihres Inhalts beraubt worden. Weiter hat sich herausgestellt, daß **Krey** durch gefälschte Unterschriften erhebliche Beträge bei einer Bank und beim Schekamt erhoben hat. Diese Manipulationen waren nur dadurch möglich, daß **Krey** die Abwesenheit des Hauptkassierers **Horn** ausgenutzt hat. Die Gesamthöhe der veruntreuten Summe beträgt etwa 25 000 M. Gerüchte, in denen viel höhere Summen angegeben werden, sind nicht zutreffend. — **Krey** galt allenthalben als höchst vertrauenswürdig. Bemerkenswert ist noch, daß man dem Täter auf der Spur ist, und daß der Vorstand des Vergarbeiterverbandes alle Schritte getan hat, um des Täters habhaft zu werden.

Lohnforderungen der Staatsarbeiter in Bremen.

Seit dem Jahre 1908 stehen die bremischen Staatsarbeiter in einem steten Lohnkampf. Die „liberalen“ Behörden wußten sich immer davon zu denken, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgreifend und einheitlich zu regeln; es werden noch Löhne von 3,70 und 3,90 M. bezahlt. Im vorigen Jahre wurden den Arbeitern Zulagen von 15–30 Pf. pro Tag bewilligt, aber diese sind durch die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise längst wieder wettgemacht. Die Arbeiter fordern deshalb Lohnerhöhungen von 10–20 Proz. Für Überstunden werden entsprechende Zuschläge verlangt. In den Betrieben, in denen Tag und Nacht gearbeitet wird, soll der Wochentag, in den übrigen der Reinstundentag eingeführt werden. Sommerurlaub soll allen Arbeitern gewährt werden, und zwar nach dem ersten Jahre drei Tage, und dann mit jedem Jahre um zwei Tage steigend bis zu zwei Wochen. Von den 2000 bremischen Staatsarbeitern sind jetzt über 1700 im Zentralverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert.

Sämtliche **Breslauer Isolierer** sind in den Ausstand getreten, da die von den Unternehmern gemachten Angebote fast durchweg eine Verschlechterung des früheren Zustandes bedeuten. — Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Warnung vor Zuzug gebeten.

Ausland.

Der Eisenbahnerstreik in Irland.

London, 10. September 1911.

Der Ernst der Lage wird am besten durch die Meldung gekennzeichnet, daß der Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahngestellten gestern Abend von London nach Dublin überflog, wo er bis zur Beendigung des Streiks bleiben wird. Dieser Streik der irischen Eisenbahner beendete wieder einmal aufs Klarste das große Solidaritätsgefühl, das die Arbeiterschaft Großbritanniens und Irlands seit einigen Monaten befehl. Es handelt sich dabei nicht um allgemeine materielle Forderungen, sondern um die Wahrung der Manneswürde der Arbeiter, denen zugemutet wird, durch den Transport von Streikbrechergütern die Sache ihrer Kameraden, die in einem Dubliner Holzgeschäft streiken, zu schädigen. Gestern verlangte eine Massenversammlung der Dubliner Eisenbahner die Proklamierung des Streiks auf allen irischen Bahnen. Die in dieser Versammlung einstimmig angenommene Resolution lautete:

„Diese Versammlung der Angestellten aller in diesem Streite in Betracht kommenden Eisenbahnen erklärt nach ruhiger und sorgfältiger Erwägung der Tatbestände, daß wir ungeschert der großen Opfer, die uns bevorstehen, nicht einwilligen lassen, Arbeit zu verrichten, die wir auf Befehl der Eisenbahndirektoren verrichten sollen, und die degradierend für unsere Manneswürde ist; da auf morgen eine besondere Sitzung in Dublin anberaumt worden ist, fordern wir den Vorstand auf, einen Beschluß zu fassen, der es uns ermöglicht, unsere Rechte als freie Menschen zu schützen, und ersuchen ihn, den Rest der Kollegen aufzufordern, in den Streik zu treten, um uns beizustehen.“

Der Streik hat sein Zentrum in Dublin, wo vier Eisenbahnsysteme zusammenlaufen. Eine der Bahnen, die Dubliner und Südbahnen, hat die Forderung ihrer Angestellten bewilligt und ist deshalb nicht vom Streik betroffen. Die drei anderen Bahnen bestehen darauf, daß ihre Angestellten alle Güter ohne Unterschied befördern sollen. Der Verkehr auf der Großen Süd- und Westbahn ist fast vollständig zum Stillstand gebracht worden. Auf der Mittelländischen Großen Westbahn von Irland befaßt sich der Streik immer mehr aus. Besonders erfolgreich ist der Streik in den großen Städten wie Dublin, Cork (wo die Eisenbahner auch Lohnforderungen erhoben haben), Limerick und Waterford. Die Lebensmittelausfuhr nach England ist fast ganz zum Stillstand gebracht worden; die Streikposten bewachen die Kais, wo die Eisenbahndampfer anlegen, besonders genau. Die Dubliner Infanterieregimenter, die sich gerade im Manöver befinden, werden mit Eile nach der Stadt zurückgezogen. Ein bemerkenswerter Umstand ist, daß diejenigen Angestellten der Großen Süd- und Westbahn, die sich an dem letzten allgemeinen Streik nicht beteiligten, diesmal geschlossen die Arbeit niedergelegt haben.

London, 20. September. Die Post- und Personendampfer von Irland kommen in Holyhead sehr spät an. Der Verkehr wird sonst aufrechterhalten. Von Frachtschiffen ist seit Sonnabend in Holyhead nur ein einziger Dampfer mit Nahrungsmitteln von Dublin eingetroffen.

London, 20. September. (B. L. B.) Der Ausfall der Eisenbahner in Irland trägt fortgesetzt einen ernsten Charakter. Nur zwei Züge sind heute von Dublin nach dem Südwesten Irlands abgegangen. Alle Signalbediensteten der großen Südbahn in Cork sind in den Ausfall getreten. Nur wenige Züge verkehren und ohne Signale. Eine Anzahl von Provinzstädten beginnt Mangel an Lebensmitteln, insbesondere an Butter, zu leiden.

Die englischen Eisenbahngesellschaften teilen mit, daß sie für den Bahndienst über die Landungshäfen in Irland hinaus keine Garantie übernehmen können.

Versammlungen.

Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

forderte eine vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufene Versammlung der Handelshilfsarbeiter, die gestern Abend im großen Saal der Arminhallen tagte. Bis in den äußersten Winkel war der Saal gefüllt. Ein sichtbarer Beweis dafür, daß das Verlangen nach einer Sonntagsruhe, die diese Bezeichnung wirklich verdient, in den Kreisen der zunächst beteiligten Arbeiter allgemein verbreitet ist. — Der Referent **Genosse Eichhorn** vertrat die grundsätzliche Forderung: Einführung der ungeschulten Sonntagsruhe durch Reichsgesetz. Nur so könne dem Zustande ein Ende gemacht werden, der es jeder einzelnen Gemeinde überläßt, nach eigenem Ermessen die Sonntagsarbeit zu regeln, wobei natürlich die Wünsche der Unternehmer berücksichtigt werden zum Schaden der Arbeiter und Angestellten im Handelsgewerbe. Die in diesem Gewerbe Beschäftigten haben das gleiche Recht auf Sonntagsruhe wie die Industriearbeiter. Solange diese grundsätzliche Forderung unerfüllt bleibe, müsse auf die Gemeindebehörden eingewirkt werden, um eine Verbesserung der Sonntagsruhe zu erlangen. — Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. — In der Diskussion wurden zahlreiche Fälle von Uebertretungen der geltenden Sonntagsruhebestimmungen angeführt. — Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung protestiert ganz energisch gegen die Verschleppung der bereits im Frühjahr dieses Jahres in Aussicht genommenen Erweiterung der Sonntagsruhe durch die Berliner Stadtverwaltung. — Die Versammelten erblicken in dieser Zurückhaltung des Berliner Magistrats, welche darauf zurückzuführen ist, daß einzelne kleine Vorortgemeinden sich bisher dem hier in Betracht kommenden im Februar gefassten Beschluß nicht angeschlossen haben, eine unbegründete Aengstlichkeit, dies um so mehr, als die in Aussicht genommene Erweiterung so minimal und unzureichend ist, daß sie ohne Gefahr irgend welcher Konkurrenz der Vorortgemeinden der Berliner Geschäftswelt gegenüber durchgeführt werden konnte. — Die Versammelten sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Reichshauptstadt Berlin gegenüber anderen Großstädten Deutschlands in bezug auf die Erweiterung der Sonntagsruhe zurücksteht, sie richten daher an den Magistrat von Berlin das dringende Ersuchen, wenigstens den im Februar gefassten Beschluß ohne Rücksicht auf die Vorortgemeinden sofort zur Durchführung zu bringen.“

Letzte Nachrichten.

Wegen eines gewaltigen Dachstuhlbrandes

wurde am Mittwoch Abend die Berliner Feuerwehr fünfmal hintereinander nach der Ecke der Großen Hamburger Straße 37 und Sophienstraße alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des alten Vorderhauses um 1/4 Uhr in ganzer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden, denn mächtige Feuergeraden schlugen aus allen Dachluken und Fenstern zum dunklen Himmel empor, diesen weithin hell erleuchtend. In eine Rettung des Dachstuhls war gar nicht mehr zu denken. So schnell war der Brand vorgeschritten, daß zunächst an den Schutz der anstoßenden Häuser gedacht werden mußte. Erst nach mehrstündiger Lösch-tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Ausgenommen ist der Brand angeblich in einer Wäscheküche. Ob Brandstiftung vorliegt, wie Hausbewohner vermuten, muß die Untersuchung ergeben.

Infolge einer neuen Brandstiftung wurde die Feuerwehr gestern Abend nach der Fürstenbergstraße 8 alarmiert. Es brannte der Fußboden vor einer Stubentür u. a. Die Ermittlungen, die sofort angestellt wurden, ergaben, daß ohne Zweifel vorsätzliche Brandstiftung vorlag. — Gleichzeitig wurde die Feuerwehr nach der Wilhelmstraße 66a alarmiert, wo im Hotel Royal durch Kurzschluß Feuer entstanden war. Der Feuerwehr gelang es, die Gefahr schnell zu beseitigen.

Eine stürmische Kammer Sitzung.

Haag, 20. September. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung der Kammer rief der Antrag der Sozialisten, die Thronrede zur Eröffnung der Generalstaaten durch eine Adresse zu beantworten, eine lebhafte Erörterung hervor. **Lohmann** (christlich-historische Partei) beantragte, den Antrag der Sozialisten nicht zu erörtern, weil die Kammer auf die Thronrede niemals antwortet, wenn die Königin nicht in Person die Generalstaaten eröffnet. Der Präsident schlug vor, die Debatte zu vertagen. Der Antrag **Lohmann** wurde mit den Stimmen der Rechten gegen die der Linken angenommen. Darauf gab der Führer der Sozialisten, **Trölsch**, die Erklärung ab, er betrachte das Ergebnis der Abstimmung als eine Nichtachtung der sozialistischen Partei und ihrer Mitglieder. Dieser Beschluß stelle die Selbstbeherrschung der Sozialisten auf eine harte Probe. Es ist zweifelhaft, fuhr er fort, ob wir uns bei der Staatsberatung beherrschen können, wenn der Rechten alles daran liegt, den Etat durchzubringen; Schande über ihren Beschluß, dreimal Schande. Er ist verächtlich. Sie haben uns gereizt. Sie werden uns kennen lernen. Die Sozialisten riefen der Rechten zu! Pharisäer, Dummköpfe! Der Präsident schloß die Sitzung unter großer Bewegung, Beifallklatschen und Pfeifen auf den Tribünen.

Krieg im Frieden.

London, 20. September. (B. L. B.) Während des Preisschießens des dritten Liniengeschwaders zerbrach das Verschlussstück eines Geschüßes auf dem Kreuzer „Gloire“. Ein Mann wurde getötet und fünfzehn verwundet.

Automobilunfall.

Berleberg, 20. September. (B. L. B.) Ein Automobilunglück, bei dem der Inhaber des bekannten Restaurants „Bauernschänke“ in der Jägerstraße in Berlin, **Meyer** und dessen Frau, sowie der Chauffeur verletzt wurden, ereignete sich heute nachmittags zwei Kilometer vor Berleberg auf der Berlin-Hamburger Chaussee. Infolge Federbruches überschlug sich das Auto. Herr und Frau Meyer wurden schwer verletzt in das Berleberger Krankenhaus gebracht, während der Chauffeur mit leichten Verletzungen davon kam.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Parteipresse über den Jenaer Parteitag.

In der „Neuen Zeit“

Schreibt Karl Kautsky:

Der Jenaer Parteitag hat gehalten, was er versprochen. Er hat eine Einmütigkeit der Partei bekundet, wie sie schon lange nicht dagewesen. In den beiden Lebensfragen, der Kriegsfrage wie der Wahlfrage, haben sich keine ernsthaften Differenzen ergeben. Mit vollster Geschlossenheit zieht die Partei in den Wahlkampf, kämpft sie für die Erhaltung des Weltfriedens.

Das durfte von vornherein erwartet werden. Was aber unerwartet kam und was in sonderbarem Gegensatz zu dieser tatsächlichen Einmütigkeit stand, war die große Gereiztheit, die stellenweise bei der Behandlung einiger Differenzen mehr technischer, gar nicht prinzipieller Natur zutage trat, namentlich bei der Erörterung der Frage, ob der Parteivorstand in der Entfesselung der Agitation gegen die Kriegsgefahr rechtzeitig auf dem Platze gewesen sei.

Besonders heiß wurde darum gestritten, ob der Parteivorstand mit Recht dem Zusammentritt des Internationalen Bureau Mitte Juli entgegengegriffen habe.

Die Verantwortung dieser Frage hängt in erster Linie davon ab, welche Aufgaben man dem Internationalen Bureau bei dem Ausbrechen einer Kriegsgefahr zuweist. Es ist vielleicht nicht überflüssig, darüber einige Worte zu verlieren, da ja diese Gefahr noch nicht vorüber ist und leicht wieder auf werden kann.

Bei der Bekämpfung des Krieges und der Kriegsgefahr sind zwei Momente wohl zu unterscheiden, die politische Aktion der Partei gegen bestimmte Handlungen der Regierung, die den Krieg herbeiführen können oder wollen, und die Agitation gegen die Kriegsgefahr in der Bevölkerung.

Welche Aktionen unsere Partei unternimmt, um die Regierung zu hindern, den Krieg zu erklären, und welche Haltung sie einnimmt, nachdem der Krieg erklärt ist, das hängt von zahlreichen Umständen ab, die sich nicht voraussagen lassen und die von unserer Partei nicht willkürlich verhindert oder herbeigeführt werden können. Unsere Aktionen werden notwendigerweise andere sein dort, wo die Masse des Volkes aufs leidenschaftlichste den Krieg verlangt, und wieder andere dort, wo sie ihn aufs leidenschaftlichste verurteilt, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch eintritt, der ganze gesellschaftliche Apparat aus den Fugen geht.

In dem ersteren Falle werden wir außer Protesten in der Parteipresse und von den Tribünen der Volksversammlungen und Parlamente gegen den Krieg und zugunsten des Friedens nicht viel machen können. Im zweiten Falle wird es unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, der entfesselten Volksleidenschaft Wege und Ziele zu eröffnen, die sie fruchtbringend gestalten.

Die Art unseres Verhaltens wird aber auch abhängen von der Haltung der Regierung, von dem Objekt, um das der Krieg entbrannt ist.

Unsere Haltung im vorhinem festzulegen, ist da ganz unmöglich. Eine Sitzung des Internationalen Bureau könnte daran nichts ändern.

Kun hat man gemeint, das Bureau solle eine Verständigung nicht darüber herbeiführen, was im gegebenen Falle zu geschehen habe, sondern darüber, welche Aktionsmittel gegen den Krieg den verschiedenen sozialistischen Parteien zur Verfügung ständen. Aber das wäre ja eine rein theoretische Untersuchung, die nichts Neues zutage fördern könnte. Es müßten in der Tat ganz sonderbare Parteien sein, die über ihre Aktionsmittel erst dann anfangen nachzudenken, wenn die Gelegenheit zur Aktion naht. Haben sie das nicht früher schon getan, jetzt ist es zu spät.

Gandelt es sich um politische Aktionen gegen die Regierung und zur Verhinderung des Krieges, so kann das Internationale Bureau dabei kaum viel tun; es wird nicht viele Aktionen dieser Art geben, die sich international für alle Länder in gleicher Weise festsetzen ließen. Bisher war ein Anlaß zu einer solchen Aktion nicht gegeben, und es ist in der Beziehung nichts veräumt worden.

Anderes steht es mit der Agitation gegen die Kriegsgefahr in der Bevölkerung. Diese Agitation ist stets geboten, sobald jene Gefahr beginnt, wie immer die politischen Verhältnisse liegen mögen. Eine solche Agitation einzuleiten, steht uns jederzeit frei. Nichts zwingt uns hierbei, zu zögern, alles spricht im Gegenteil dafür, sie aufs rascheste und entschiedenste ins Werk zu setzen. Man darf der Vergiftung des Volkskörpers durch das Kriegsfieber keine Zeit geben, sich einzunisten.

Auf diesem Gebiete liegt aber der wichtigste Teil unseres Wirkens gegen den Krieg, derjenige, der am ehesten Erfolg ver-

heißt. Denn jede Regierung weiß heute genau, wozu furchtbares Wagnis für sie ein Krieg ist. Sie hat nur dann Aussicht, ihn zu überleben, wenn sie die Leidenschaft des Volkes hinter sich hat; wenn dieses vermeint, es handle sich um Tod und Leben der Nation, so daß es gewillt ist, jedes Opfer auf sich zu nehmen. Sie wird sich hüten, aus freien Stücken den Krieg zu erklären oder eine Politik zu treiben, die zum Krieg führt, wenn sie keine Aussicht hat, das Volk zu kriegerischem Enthusiasmus aufzuwecken.

Soweit wir imstande sind, den Krieg zu verhindern, geschieht es also am sichersten durch eine rasche und ausgiebige Agitation gegen die Kriegsgefahr. Blicke die erfolglos, wäre es unmöglich, die Masse des Volkes vor der Kriegsleidenschaft zu behüten und so die Regierung von der Kriegspolitik abzuhalten, dann verheißt, zunächst wenigstens, alle weiteren Aktionsmittel, die uns zur Verfügung stehen, keinen erheblichen Erfolg.

Die Agitation gegen die Kriegsgefahr wirkt aber, wie jede Agitation, am machtvollsten, wenn sie sich nicht zerplittert, sondern gleichzeitig allenthalben planmäßig einsetzt. Hier hätte das Internationale Bureau wohl Nützliches leisten können, wenn es schon Mitte Juli demonstrativ die Einigkeit der Proletariat aller von der Kriegsgefahr bedrohten Länder bekundet und eine gleichzeitige, machtvolle Friedensagitation in allen diesen Ländern einleitet hätte.

Hätte man die Aufgabe gegenüber der Kriegsgefahr des Internationalen Bureau in diesem Sinne, verlangt man von ihm nicht die Vereinbarung eines gemeinsamen Aktionsplans gegenüber bestimmten zum Kriege führenden Handlungen der Regierungen, sondern nur die Vereinbarung einer gemeinsamen Demonstration gegen die allgemeine Kriegsgefahr, dann könnte man es wohl für ein Verhängnis halten, daß das Bureau nicht in der zweiten Hälfte des Juli zu diesem Zwecke zusammenberufen wurde.

Die Kritiker des Parteivorstandes haben nicht erkennen lassen, zu welchem Zwecke sie den Zusammentritt des Internationalen Bureau wünschten. Auf jeden Fall ist diese Frage eine solche, über die man sehr wohl verschiedener Meinung sein kann, und man durfte um so eher erwarten, die Diskussion darüber würde ein leidenschaftliches Abwägen von Gründen werden, als ja unsere Partei auch diesmal wieder ihr bekanntes Schweineglatz hatte, die Ereignisse sich nicht überließen, sondern ins Stodden gerieten, so daß die Friedensagitation des Vorstandes nicht rechtzeitig einsetzte.

Wenn die Diskussion darüber nichts weniger als leidenschaftlos blieb, so wurde dies nicht durch Vorurteile auf dem Parteitag hervorgerufen, sondern war es die Folge der Art und Weise, wie ein Teil der Kritiker des Parteivorstandes seine Kritik schon vorher, namentlich in der „Leipziger Volkszeitung“, betrieben hatte.

Man kann Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb Mitglieder der gleichen Partei austauschen, in zwei Gruppen teilen. Die einen sind durch Verschiedenheiten des Standpunkts bedingt; sie sind grundsätzliche, die bei den mannigfachen Gelegenheiten immer wieder auftreten. Daneben gibt es aber auch gelegentliche Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Leuten gleichen Standpunkts austauschen, wenn sie vor komplizierte Erscheinungen gestellt werden und jeder an sie mit anderen Informationen, anderen Mitteln geistiger Schulung oder auch nur anderem Temperament herantritt.

Das Ausfechten der Meinungsverschiedenheiten der ersteren Gruppe führt leicht zu Gereiztheit und Erbitterung, denn es sind immer dieselben Leute, die einander da bei jeder Gelegenheit gegenseitlich gegenübertraten. Der Gegner von heute war der Gegner von gestern und wird der Gegner von morgen sein.

Ganz anders steht es mit dem Ausfechten der Meinungsverschiedenheiten der zweiten Gruppe. Sie beruhen ja nur auf subjektiven Verschiedenheiten für den besonderen Fall. Der Gegner von heute ist der Waffengefährte von gestern und wird der von morgen sein.

Die Austragung der Differenz wird da ein freundschaftlicher Austausch von Meinungen, ein bloßer Versuch, sich gegenseitig zu überzeugen. Das war zum Beispiel der Fall bei der Diskussion über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Ein Teil unserer jüngeren Marxisten, die in der Zeit des Kampfes mit dem Revisionismus ihre geistige Reife erlangt haben, scheint vergessen zu haben, daß nicht alle Meinungsverschiedenheiten unter uns den gleichen Charakter tragen. Weil wir in dem letzten Jahrzehnt so viel mit Differenzen zu tun hatten, die aus grundsätzlichen Verschiedenheiten entspringen, scheinen sie zu meinen, jede Differenz müsse einen solchen Charakter haben, und sie glauben es ihrem Marxismus und ihrer wissenschaftlichen Tiefe und Gründlichkeit schuldig zu sein, aus jeder Meinungsverschiedenheit einen tiefen, grundsätzlichen Gegensatz herauszubestimmen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Bremer Bürgerzeitung“ waren im Laufe des letzten Jahres mehrfach mit dem Parteivorstand, mit Wehring, mit mir, einmal, gelegentlich der Abrüstungsdebatte, auch mit Ledebour höchst unzufrieden gewesen.

regten und zu gewinnen. Wie in Amerika müßte bei uns die Auffassung Geltung finden, daß auch die Schenkung eines schönen Stückes freier Natur wohl geeignet ist, sich dankbare Herzen im Volk zu sichern.

Zur Bibliographie des kommunistischen Manifestes („N. Zeits.“ Nr. 215) gibt uns S. Kautsky die ergänzende Mitteilung, daß das Manifest auch in jüdischer Sprache erschien. Diese Uebersetzung wurde vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunde Rußlands herausgegeben und enthält neben den bekannten Vorreden von Marx und Engels eine spezielle für diese Ausgabe geschriebene Einleitung von Karl Kautsky. Die erste Auflage der jüdischen Uebersetzung erschien 1890 in Genf und wurde illegal nach Rußland transportiert. Die zweite Auflage erschien 1906 in Wilna legal. Einzelne Abschnitte des Manifestes — in freier Bearbeitung — erschienen in der New Yorker jüdischen sozialistischen „Zukunft“ bereits 1894 oder 1895.

Theater.

Neues Schauspielhaus. Lessings „Rathen“ ging wieder mal in neuer Einfüdierung über die Bühne. Was zunächst angenehm auffällt, sind die prächtigen Dekorationen nach Entwürfen von Svend Gade. Die Szene mit dem in seinen Wipfeln vom Sonnenlicht umglänzten Palmenhain ist einzig schön. Ueberdies hat es den Eindruck der Naturwahrheit. Vergleichen läßt man sich gern gefallen, vorausgesetzt, daß die Handlung des Dramas und die Kunst der Darsteller nicht vom Tagesreze erdrückt werden. Erstrecklicher Weise ist das Gegenteil der Fall. Ludwig Hartau Rathen darf sich selbst lassen. Neben ihm Helene Burger als Recha, Heinz Saliner als Tempelher und Verta Hausner (Doja). Der Dertwich (Erich Ziegler) war ein bißchen zappelig; der Klosterbruder (Joseph Commer) eine Art Lortziff; Sittich (Maria Mayer) etwas zu kalt und trocken; der Sultan (Otto Stöckel) zu schemenhaft — anfänglich wenigstens. Sonst aber war die Aufführung rund und die Mitglieder der freien Volksbühne können sich an dieser „Rathen“-Vorstellung, wenn da der gleiche Eifer herrscht, wahrhaft ergötzen.

Neues Theater. Hansi Riese, die ihr Gastspiel mit einer unerlaubt frivolen Wiener Posse eingeleitet hatte, trat am Dienstag wieder in zwei Einaktern des Viebig'schen Dramenzyklus „Der Kampf um den Mann“ und einer städtig hingeworfenen Halbweitschiff auf. Am lebensvollsten war sie als die Gefangenenausscherin Anbittsch in der „Zukunft“, dieser dülster naturalistischen Szene aus dem Interieur einer typischen Besserungsanstalt, deren mit christlichen Redensarten verbrämte Zwangsdruck bei den armen, kranken, von der Strafe ausgegriffenen Mädchen nur dumpfen Trost und Feindschaft sähen kann. Scheu und verschlossen läßt die blasse Christine, von der Anbittsch herbeigerufen, die Reden des wohlmeinenden Herrn Pastors und der beiden gepugten Wohlthätigen

Ob sie dabei im Rechte waren oder nicht, braucht hier nicht untersucht zu werden. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß diese Differenzen gleich auf theoretische Unklarheit, theoretisches Unvermögen, die neuen Dinge zu begreifen, Befangenheit in bürgerlicher Ideologie zurückzuführen wurden.

Eine derartige Art der Kritik bietet dem Kritiker für den Anfang sicher manche Vorteile und läßt ihn in bestem Lichte erstrahlen. Aber seine Triumphe sind sehr kurzlebig. Sollen gelegentliche Meinungsverschiedenheiten den Anschein tiefgründiger Differenzen erhalten, dann müssen Kleinigkeiten aufgebauscht, einzelne Aeußerungen gedreht und gezerrt werden, bis sie einen neuen Charakter erhalten.

Wie das wirkt, ist leicht zu begreifen. Wo freundschaftliche Verständigung oder doch Aussprache möglich wäre, wird Erbitterung gesät. Aber noch schlimmer, Leute, die zusammengehören, werden durch vorübergehende Differenzen dauernd auseinandergetrieben, sobald man solche Differenzen zu tiefgehenden aufbauscht. Je länger eine Gruppe von Kritikern diese Art Kritik betreibt, desto größer wird die Zahl der Befinnungslosen, von denen sie getrennt sind. Man isoliert sich immer mehr. Und wie weit dieser Prozeß bei der „Leipziger Volkszeitung“ und ihren Freunden schon vorgeschritten ist, das hat draußisch der jetzige Parteitag gezeigt.

Es wäre für unsere Sache von großem Vorteil, wenn das Jähneln der sieben Aufrechten von Leipzig und Bremen es verständlich, die Lehren dieses Parteitags zu beherzigen. Bisher sind allerdings die Aussichten dazu gering. Rosa Luxemburg bezeichnet es mit Genugtuung, daß Webel ihr gegenüber den Weisfall der Revisionisten erhielt. Das hätte wohl als eine bedenkliche Wandlung erscheinen können, wenn er nur den Weisfall der Revisionisten allein erhalten hätte. Aber er erhielt den der großen Mehrheit des Parteitags, und die Tatsache, die sie mit so großer Genugtuung konstatierte, war die, daß ihre kluge Taktik die äußerste Linie unserer Partei aus der Reichheit des Parteitags herausgedrängt hatte, ohne daß sich in den Anschauungen der Partei irgendein Wandel nach rechts vollzogen hätte.

Daß kein solcher Wandel eingetreten ist, das bezeugte in deutlicher Weise die Vorstandswahl, der wichtigste Akt, den der Jenaer Parteitag vorzunehmen hatte. Das Ergebnis hat gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Partei entschlossen ist, den bisherigen Kurs mit vollster Entschiedenheit und weiter zu verfolgen.

Nachdem dies wieder einmal aufs unzweideutigste festgestellt worden, wird wohl auch der rechte Flügel der Partei der Ueberzeugung sein, daß unter dieser Voraussetzung Genosse Haase der geeignetste Nachfolger Paul Singers sei.

Die Vorstandswahl bildete den einzigen Akt in Jena, bei dem es zu einer Kraftprobe zwischen dem rechten und linken Flügel kam. Bei allen anderen Entscheidungen wurde dieser Unterschied ausgeschaltet. Die Entscheidungen über die beiden Lebensfragen der Partei, die zur Verhandlung kamen, die Marokkofrage und die Wahlparole, wurden fogar einstimmig gefaßt, die erste ohne jegliche Diskussion, eine machtvolle Dokumentierung unserer Geschlossenheit.

Es gibt keine schwerere Belastungsprobe für eine oppositionelle Partei, als Kriegsgefahr und Krieg. Der Krieg von 1866 zertrümmerte die preussische Fortschrittspartei. Der Krieg von 1870 führte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, ja sogar innerhalb der leitenden Kreise der Eisenacher Richtung anfangs den ernstesten Zwiespalt herbei. Diesmal sehen wir nicht die geringste Verschiedenheit der Auffassung über die Richtung, in der wir zu marschieren hätten, höchstens Verschiedenheiten in der Auffassung des Tempos, in dem unser Aufmarsch zu vollziehen sei. Unsere Partei hat die Belastungsprobe der Kriegsgefahr glänzend bestanden. Geschlossener und einiger als je zieht sie in den Wahlkampf, unter der Führung unseres sturmerprobten Webel, den die Verhandlungen von Jena in voller, ungebrodener Energie und Kampfeslust zeigten.

So haben wir die besten Aussichten, die Gunst der gegenwärtigen Lage aufs ausgiebigste für unsere Sache auszunutzen und allen den schweren Kämpfen siegreich gewachsen zu sein, die unser harren.

„Münchener Post“:

... Mit unserem Protest gegen die marokkanische Blutpolitik alldeutsch schreiender und schreiender Judenbödinge wollte man uns treffen. Wir aber bewiesen der Welt wieder einmal, daß jede Regierung, die wirklich die Gesamtinteressen des Vaterlandes zu unserem Protest gegen die marokkanische Blutpolitik alldeutsch schreiender und schreiender Judenbödinge wollte man uns treffen. Wir aber bewiesen der Welt wieder einmal, daß jede Regierung, die wirklich die Gesamtinteressen des Vaterlandes zu fördern bestrebt ist, auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen kann. Als eine Note von Hoch- und Landesverrätern wurden wir wochenlang beschimpft, bald wird, wenn denn der Marokkhandel den einzig möglichen Ausgang nimmt, auf der An-

Verbindungen, die ihr nach der Entlassung eine Stelle auf dem Lande besorgen wollen, eine Zeitung über sich ergehen. Es klingt ihr wie Hohn in die Ohren. Sie soll Landarbeit tun? Sie, die sich auf ihren geschwollenen Hüften laun aufrecht hält? Sie kann, sie will nichts anderes werden, als was sie war, eh' man sie eingesperrt. Das Bild des Vorfahren, der sie draußen erwarten wird, steigt plötzlich vor ihr auf, ihre Nerven zittern in fiebernder Erregung. Sie droht, sie greift nach einem Messer, sie ruft ihn als Helfer und Befreier, bis der Wärter die Lobende überwältigt. Die Mischung resoluter, zuweilen bis zur Brutalität getriebener Verbitterung und teilnehmenden Verständnisses bei der Aufseherin, die diesen Armen menschlich noch immer so viel näher steht als die ahnungs- und gedankenlosen Damen mit ihrer offiziellen Dilettanten-Wohlthätigkeit, kam in der Darstellung der Riese aufs treffendste zum Ausdruck. — In dem kleinen Volksstück „Die Mutter“, der dramatischen Verarbeitung einer Episode aus Alota Viebig's bekanntem Roman „Das tägliche Brot“, gab sie das Dienstmädchen, das den Vater ihres unehelichen Kindes, den Sohn bessergestellter Krämerleute, aus Sorge um das Kind zur Heirat zwingt. Die Riese legte in die Rolle einen Reibton von Sühligkeit und Sentimentalität, der hier bestreudete. Vorzüglich führte Josefine Joseffy die in dem Stück selbst viel sorgfamer ausgestaltete Figur der alten Mutter Wiewald durch. Sprache und Skolozit waren, wie im ersten Stück, ins Wienerische übertragen. — Felix Salten's Plauderei „Schöne Seelen“, in welcher Hansi Riese eine alt und bequeme gewordene Skolozit zu agieren hatte, bot keine irgendwie schauspielerisch interessanteren Aufgaben.

Humor und Satire.

Frau Tozelli.

Wissen, ob sich das auch paßt, Wie du das schöne Innere Leben, Der Fürsten gänzlich preisgegeben, Den Zeitungen ermöglicht hast? Und wer dir schließlich dafür dankt, Erzählst du eifrig den Partnern, Daß man sich bei gekrönten Spielern So ähnlich wie bei Meyers zankt? Du hältst es noch für Sensation, Den Schmutz aus vulgo hohen Kreisen Ein bißchen unter's Volk zu schmeißen? Wir wissen aber alles schon.

Daß Fürsten manchmal Trotteln sind, Und hohe Frauen dumme Gänse, Und schöne Prinzen arme Häuse, Das ist nicht neu, mein liebes Kind! Peter Schlemihl („Simpl.“).

Kleines feuilleton.

Ueber Naturschutzparks machte Professor Dr. F. u. S. Tübingen auf dem letzten Kongreß für Denkmalpflege usw. folgende Ausführungen:

Das Streben des Menschen geht seit Jahrhunderten dahin, einzelne Teile der Natur von der Kultur auszuschließen und möglichst unverändert zu bewahren. Schon im Jahre 1509 wurde im Stanton Garus der Wannbezirk als Schutz der Tierwelt eingerichtet und dieses Schutzgebiet besteht ununterbrochen bis heute.

In Bayern wurde vor mehr als hundert Jahren vom Staate der prächtige Auwald bei Bamberg durch Ankauf gesichert und der Stadt zur Erhaltung frei überlassen. In den 1870er Jahren setzte in Amerika die Bewegung mit der Errichtung von fünf Nationalparks ein, denen später weitere folgten. Mitte der 1880er Jahre bildete sich ein Rettungsderein für das Siebengebirge, der es in ausgedehnter Weise verstand, alle staatlichen und kommunalen Stellen, sowie die ganze Bevölkerung für Gewährung reichlicher Mittel zum Ankauf des durch Steinbruchindustrie gefährdeten Gebietes zu gewinnen. Ihm wurden mehrere Lotterien und das Enteignungsrecht verliehen, so daß er eine legendäre Wirksamkeit erlangte und allmählich ein Naturschutzgebiet von mehr als sieben Quadratkilometer schaffen konnte. Seitdem sind in Deutschland, Oesterreich und anderen Kulturländern zahlreiche Naturschutzgebiete entstanden.

Diese Gebiete insgesamt zeigen eine große Verschiedenheit nach ihrer Natur, Größe und Art der Sicherung. Bei Naturschutzgebieten im eigentlichen Sinne denkt man an Gebiete mit ursprünglicher Pflanzen- und Tierwelt, jedoch ist es schwer, in Mitteleuropa überhaupt völlig unberührte Teile der Landschaft zu finden. Hauptächlich wird man sich darauf beschränken, das Gelände sich selbst zu überlassen und nicht mit Pflanzen und Tieren von auswärts zu bereichern. Bei den geschützten Gebieten handelt es sich bald um Wasserfälle, Moore und Wälder, bald um Heide- und Steppengebiete, bald um Reservate für die Vögel und für die übrige Tierwelt, bald um Schutzgebiete allgemeiner Natur. Die Ausdehnung kann nicht von vornherein nach bestimmten Maaßen festgelegt werden. Wie in Amerika die Größe der bekannten Nationalparks zwischen 10 und 8671 Quadratkilometer schwankt, wechselt sie auch bei uns zwischen 1 und mehr als 200 Hektar. Es mag bemerkt werden, daß manche deutschen Reservate, wie z. B. das Jeschlaubusch, größer sind als manche amerikanischen Nationalparks.

Alles in allem ergibt sich aber, daß man mit der Einrichtung von Naturschutzgebieten nicht schematisch vorgehen darf, sondern sie in jedem einzelnen Fall nach Lage der Verhältnisse besonders gestalten muß. Im allgemeinen ist dahin zu streben, für die lange bestehende Idee der Naturschutzgebiete immer weitere Kreise anzu-

Klagebank mit uns die Regierung und der Kaiser sitzen, und man wird uns den Schimpf einer „Regierungspartei“ anheften. Bereit sind durch Jena auch die Bemühungen des schwarz-blauen Blodes, die Sozialdemokratie wahlpolitisch zu isolieren.

Es ist wahr, die Sozialdemokratie hat, um die nächsten Aufgaben unbekannt durchzuführen zu können, an Selbstentfaltung das Neueste vollbracht. Unsere Stichwahlparole ist in den Ansprüchen an die Gegner tiefer heruntergegangen als jemals.

Frankfurter „Volkstimme“:

... Nicht in allem und jedem hat der Parteitag unsere völlige Zustimmung, und wie uns, so ergeht es gewiß Massen von Parteigenossen. Die Marokkodebatten und der dazu gehörige Beschluß haben keineswegs das Wesen der Sache ausgeschöpft.

Auf und während des Parteitages hat man Stimmen gehört, als sei es Beweis genug für die Verfehlungen des Parteivorstandes, daß ihm aus Süddeutschland so viel Unterstützung werde, während die Kritik gerade von jenen Genossen ausgehe, deren Ansicht sonst kräftig dazu half, dem Parteischiff seinen Kurs, und zwar im Sinne des bisherigen Vorstandes, zu geben.

„Schwäbische Tagwacht“ (Stuttgart):

... Mit einem Nachdruck, der nichts mehr zu wünschen übrig ließ, sind die mannigfachen Versuche, die Partei zu gewagten Experimenten zu verleiten, zurückgewiesen worden. Die etwaige Anwendung des Massenstreiks bleibt auf die Fälle beschränkt, die der erste Jenaer Kongreß vom Jahre 1905 vorgegeben hat. Die Sozialdemokratie ist ihrer Natur und ihren Aufgaben nach eine sozialrevolutionäre Bewegung, aber sie muß, gezwungen durch ihre Entwicklungsbedingungen, alle phantastische Revolutionäromantik ablehnen.

Seit geraumer Zeit arbeitet die Genossin Luxemburg gemeinsam mit einem kleinen Häuflein tatendurstiger Parteimitglieder gegen die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion vertretene Taktik. Kautsky, Mehring und wohl auch Bebel hätten ihre Mission erfüllt, hieß es, neue Kräfte müßten künftig der Partei neue Wege weisen. Mit erdrückender Mehrheit hat der Parteitag es abgelehnt, diese neuen Wege zu beschreiten.

„Bremer Bürgerzeitung“:

... Unter der Konstatierung einer sehr wichtigen Tatsache ging die Eröffnung des Parteitages vor sich: Bebel zerstörte die für manche Leute so schöne Illusion von der Möglichkeit der Abrüstung im Zeitalter des Imperialismus.

... Eine Partei, die es unternimmt, ihren Vorstand zu kritisieren, wie es in Jena Sozialdemokraten taten, muß Vertrauen erwecken, denn sie zeigt damit nur ihre demokratische Gesundheit. Darum führte auch durch diese Kritik die Geschäftsberichtsdebatte zu einem der Höhepunkte der Parteitagsverhandlungen. Weitere solche Höhepunkte waren die Referate Bebel's über die Marokkofrage und die Reichstagswahlen. Der Redner hat selbst zugegeben, daß seine Referate manches vermissen ließen und über das, was er für das Wichtigste hielt, darf man anderer Meinung wie er sein. Wir werden darauf zurückkommen und heute nur aussprechen, daß uns zu wenig Nachdruck darauf gelegt wurde, den Kapitalismus sowohl in der Frage der Kolonial- bezw. Marokkopolitik, wie in Hinsicht auf die Reichstagswahlen als den Generalsündenbock zu bezeichnen, den wir zu bekämpfen haben.

Die Mannheimer „Volkstimme“

... Ein prächtiger Aufmarsch der Vertreter der proletarischen Massen, 405 Teilnehmer, wohl die größte Zahl, die je auf einem deutschen Parteitag zu finden war. Beweis genug, daß allüberall im Deutschen Reich das Proletariat sich marschbereit macht zum bevorstehenden Reichstagswahlkampf.

... In der Marokkofrage machte die Gruppe der Hyperradikalen einen scharfen Vorstoß gegen den Parteivorstand, der angeblich zu faunselig gewesen sei und außerdem die internationale Solidarität Deutschlands nicht genügend habe zum Ausdruck kommen lassen. Die gründliche Abfuhr, die Rosa Luxemburg und ihre Gefolgschaft durch Bebel und eine Reihe von Diskussionsrednern erfuhren, war wohl verdient, und auch Genosse Dr. David traf den Nagel auf den Kopf, als er der verächtlichen Einschätzung der Süddeutschen durch Rosa Luxemburg mit dem Einwand begegnete, daß die deutschen Sozialdemokraten schließlich nicht alle aus der Heimat der Genossin Luxemburg stammen könnten.

Nicht besser erging es derselben hyperradikalen Gruppe mit ihrem Vorstoß in der Frage des Massenstreiks im Falle des Ausbruchs eines Krieges.

... Unliebsame Zwischenfälle brachte die Behandlung der württembergischen Differenzen auf dem Parteitag. ... Daß man ... dem Genossen Hübnerbrand, dem Vorsitzenden der württembergischen Landesorganisation, das Wort zur Entgegnung verweigerte, beweist, welch empörendes Vorurteil bei der Mehrzahl der norddeutschen Parteigenossen gegenüber dem Süddeutschen besteht, ein Vorurteil, das allerdings zum größten Teil auf das Konto der paar im Süden selbst wohnenden Quartreiter zu setzen ist, deren Tätigkeit fast ausschließlich in der Verleumdung der süddeutschen Bewegung in der norddeutschen Parteipresse besteht.

„Volkstreu“ - Karlsruhe.

... Selten ist den reaktionären Herrschäften so gründlich das Konzept verdoxnet worden, als durch den Verlauf und die Beschlüsse unseres diesjährigen Parteitages. Aber nicht nur die Reaktion ist nicht auf ihre Rechnung gekommen, sondern auch jene Gruppe der Parteigenossen, die sich als Hüter der allein echten Lehre unseres großen Meisters Karl Marx aufspickelt und die in Jena diesmal eine ganz besonders wichtige Rettungsfaktion vornehmen zu müssen glaubte.

Die Debatte über Parteivorstand und Marokkofrage auf dem Jenaer Parteitag ist in mehr als einer Richtung

von großem Interesse, denn sie hat eklatant bewiesen, daß die Partei sich auf die Taktik der Gruppe Luxemburg, Zetkin, Lenin, Ledebour usw. nicht einlassen und festlegen kann. Die Abrechnung, die in Jena gehalten wurde, gilt nicht nur der Taktlosigkeit der Genossin Luxemburg, sondern in erster Linie der von ihr vertretenen Richtung.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Parteitages standen die beiden glänzenden Referate unseres großen Führers Bebel über die Marokkofrage und die Reichstagswahlen. Sowohl vom politischen wie vom agitatorischen Standpunkt aus waren diese beiden Reden eine ungewöhnlich hervorragende Leistung. Insbesondere das Referat über die Marokkofrage hat weit über die Kreise der Partei hinaus große Beachtung und auch Anerkennung gefunden. Mit dieser Rede hat Genosse Bebel den Kriegshebern sowohl als den Verleumdern der Sozialdemokratie das Konzept gründlich verdoxnet. Die Versuche, gewisse Neuierungen über die Haltung der Sozialdemokratie beim Ausbruch eines Krieges, die mit der Haltung der Sozialdemokratie auf den internationalen Kongressen in Widerspruch stehen, als vaterlandsverräterische Pläne zu qualifizieren, sind durch die Rede des Genossen Bebel abgeklappt.

Die Rede Bebel's über die Marokkofrage wird uns gute Dienste leisten, um so mehr, als der Parteitag es ablehnte, die von der Gruppe Luxemburg-Zetkin zu der vorgeschlagenen Resolution beantragten Amendements zu akzeptieren.

In der „Volkswacht“ - Freiburg i. Br.

... Bei der Wahl des Vorsitzenden ergaben sich keine Differenzen. Ein Teil der Genossen, darunter fast alle Süddeutschen, waren der Meinung, daß Genosse Haase-Königsberg, der in Nürnberg und Magdeburg mit die schärfsten Resolutionen verfaßt, nicht der geeignete Mann sei, um in ähnlichen Situationen vorstehend zu wirken. Auch wollten diese Genossen die Kommission, welche die Reorganisation vorbereiten muß, nicht im vornherein binden. Dadurch aber, daß Genosse Haase als unbesoldeter Vorsitzender nach Berlin berufen wird, wird auch zugleich die Frage, ob wir für die Zukunft nicht besser einen besoldeten Vorsitzenden haben müssen, aus der Diskussion ausgeschlossen.

... Besonders in bezug auf die Marokkofrage war Klarheit notwendig. Verschiedene Neuierungen aus Parteiblättern und Versammlungen wurden von unseren Gegnern ausgeschlachtet und die Gesamtpartei dafür verantwortlich gemacht. Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko fordern wir, das mußte ausgesprochen werden. Notwendig war auch, daß das Generalstreiks-Gespenst vertrieben wurde. ... Bebel erklärte auch, daß wir nicht gegen jede Kolonialpolitik sind, aber gegen eine Politik, nach welcher die Eingeborenen ausgebeutet, geknechtet oder gar ausgerottet werden. Die Stellungnahme der Partei ist bei Wahrung aller internationalen Verpflichtungen keineswegs antinational; damit können die Gegner nicht kommen.

„Volkstblatt für Halle“.

... Da die Sozialdemokratie keine Sekte, sondern eine Massenpartei zur politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der kapitalistischen Herrschaftsform ist, so wird die praktische Arbeit immer ihre Lebensbedingung sein. Die strittige Frage bleibt nur die, ob wir durch unsere Stellungnahme zu den Augenblicksproblemen unserer sozialrevolutionären Endziel betruht und in welchem Maßtaste fördern. Und in dieser Beziehung war das Ergebnis des zweiten Jenaer Parteitages von wenig hervorragender Bedeutung.

Zur Marokkofrage selbst hielt Genosse Bebel ein instruktives Referat, das alles, was notwendig zu sagen war, praktisch zusammenfaßte. Die Sozialdemokratie ist bereit, mit allen Erfolg versprechenden Mitteln gegen den Krieg zu arbeiten, obgleich sie weiß, daß jetzt nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung die Parole der kapitalistischen Mächte ist. Da aber Bebel nicht in besonderer und drohender Weise die Aktionen des Proletariats herbeiführte, so gewann er den härtesten Beifall des rechten Flügels der Partei.

Auch über die Reichstagswahlen sprach Bebel. Sein Referat zeigte dieselben Züge zweckmäßiger Zusammenfassung aller praktischen Gesichtspunkte, so daß wir vollkommen einig in den Wahlkampf ziehen können. So scharf und schlagend die Tagesvorgänge beleuchtet wurden, so sehr war das Referat bedacht, alle großen Zukunftsgedanken nur — gleichsam zwischen den Zeilen — anzudeuten. Wir geben zu, daß das alles der heutigen praktischen Notwendigkeit entsprach und daß Bebel vollkommen der Augenblicksauffassung in der Partei gerecht wurde, aber das täuscht nicht darüber hinweg, daß das sozialrevolutionäre Endziel nicht scharf und bestimmt genug aus unserer Wahlkampfstellung hervorleuchtet. Wir sind voreerst wirklich auf dem Wege, eine große parlamentarische Reformpartei zu werden — solange, bis unsere Stärke die kapitalistischen Machtfaktoren bedroht und die Entscheidungskämpfe dem reinen Parlamentarismus einen anderen Platz anweisen werden. Inzwischen sind wir sehr bescheiden, wie unsere rein negativen Stichwahlforderungen an die bürgerlichen Parteien beweisen.

„Rheinische Zeitung“ (Köln):

... Der Parteitag hat unsere Erwartungen vollauf erfüllt. Einige Male in den ersten Tagen plähten die Geister etwas unermittelt aufeinander: der Bericht des Parteivorstandes brachte die voraussehende Debatte über die angeblichen marokkanischen Unterlassungssünden des Vorstandes, aber bei dieser Debatte machte die kleine Gruppe um Rosa Luxemburg um so schlechtere Geschäfte, als der Vorstand von vornherein von der Verteidigung zum Angriff überging und auf seiner Seite die gewaltige Autorität eines Bebel stand. So sehr gerieten die gestrengen Kritiker ins Gedränge, daß sie schließlich nicht einmal die hier und dort ausgeheckten Tadelresolutions der Straßprobe einer Abstimmung auszusuchen wagten. Den einen Vorteil hat die Aussprache vielleicht gehabt, daß sie wiederum auf gewisse anarchosindikalistische Unterstellungen aufmerksam machte, die hier und dort sich einschleichen und als wesentlichste Merkmale jenen romantischen Revolutionarismus zur Schau tragen, der die Partei abseits von der geraden Bahn zielstrebigem Streben und praktischer Arbeit in die Wirrnisse einer phantastischen Revolutionsmacherei führen möchte. Es ist eine Bewegung so ähnlich wie die der „Jungen“ kurz nach dem Fall des Sozialistengesetzes, und es brauchen nicht immer die übelsten Leute zu sein, die da ihrem Temperament und ihrer Kampfbegierigen Sehnsucht die Zügel schmeißen lassen — doch die Partei hat Obacht zu geben, daß ihr kein Schaden geschieht und das Millionenheer ihrer Anhänger nicht auf verhängnisvolle Irrwege geleitet wird. Glücklicherweise ist die Gefahr nicht groß, daß der Anarchosindikalismus französischer Färbung in Deutschland viel Boden gewinnen könnte; dafür bürgt auch schon unsere Gewerkschaftsbewegung. Der Parteitag hat aber auch noch bei einer anderen Gelegenheit alle Versuche einer populistischen Taktik scharf zurückgewiesen: das Referat Bebel's zur Marokkofrage hat mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit betont, daß die Idee einer Kriegserklärung mit einem Generalstreik zu begangen, grotesker Unsinn sei. Bebel konnte sich darauf berufen, daß schon die internationalen Kongresse, zuletzt der von Stuttgart, solche Ideen scharf abgewiesen und namentlich die deutschen Delegationen ihnen entschieden widersprochen hätten. Damit wird nun wohl dieser Phantasterei endgültig der Garaus gemacht sein.

Die kluge Besonnenheit des verantwortungsvollen Parteiführers zeigte unser prächtiger Alter auch bei allen anderen Gelegenheiten. Seine Rede über Marokko, eine temperamentvolle, furchtbare Anklage gegen den völkerverwundenden Militarismus und die kapitalistische Bestie, war doch beherrscht von einem staatsmännlich klugen Ton, der die Rede auf ein ungewöhnlich hohes Niveau hob und ihr große Beachtung weit über die Landesgrenzen hinaus sichert.

Der Jenaer Parteitag war der Parteitag des Wahlkampfes; seine erdrückende Mehrheit stand im Banne der gewaltigen Kämpfe der nächsten Monate.

... Die Gruppe Luxemburg-Ledebour-Dittmann hatte einen festigen Feldzug gegen die bisherige Parteileitung unternommen. Scheinbar drehte sich die ganze Manöver nur um Kleinigkeiten, um Maßnahmen des Parteivorstandes, die, selbst wenn man sie als nicht einwandfrei ansah, doch keinesfalls einen derartigen Aufwand von müder Kritik bedingen konnten. ... Aber die Kritiker glaubten, diese Geringschätzigkeiten zum günstigen Anlaß nehmen zu sollen, um ihre Abneigung gegen die „ganze Richtung“, in der der Parteivorstand mitamtet der übermächtigen Parteimehrheit die Politik betreibt, die Zügel schmeißen zu lassen, um womöglich die Partei von dem Wege abdrängen zu können, der ihr durch die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung des Deutschen Reiches im allgemeinen und der deutschen Arbeiterklasse im besonderen vorgezeichnet ist. ... Es war eine besonders hervorzuhebende Erscheinung des Parteitages, daß gerade auch Groß-Berlin es durchaus abgelehnt hat, sich dem Scheinradikalismus der Gruppe Luxemburg-Ledebour gefangen nehmen zu lassen. Scherzhast erklang darum das Wort, daß nun auch die Berliner „Versumpfung“ seien und zum „Revisionsismus“ übergingen. ... Auch die auf dem Parteitag vorgenommenen Neuwahlen für den Vorstand, die Wahl der Genossen Haase, Otto Braun und Scheidemann beweist, daß die Partei gewillt ist, in gleicher Marschrichtung wie bisher zu marschieren.

... Bebel's Reden waren ebenso von aufrüttelnder Wucht wie von kluger Würdigung der gegebenen politischen Situation. Von besonderer Wichtigkeit waren dabei einerseits seine Erklärungen über die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriegsfall und andererseits die von ihm und dem Parteivorstand vorgelegene und vom Parteitag einmütig angenommene Stichwahllosung. Mit Zug und Recht stieß Bebel die verleumderischen Redereien über die Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall, über Massenstreik und Hochverrat verächtlich beiseite.

Chemnitzer „Volkstimme“.

... Lehten Endes wurde jede Frage in Jena unter dem Gesichtswinkel der bevorstehenden Reichstagswahlen betrachtet. Dessen freuen wir uns. ... Kläglich ist die Treiberei gegen den Parteivorstand zusehender geworden. Jetzt möchten wir der Genossin Luxemburg und ihren Getreuen fast dafür danken, daß sie den Parteitag nötigten, sich mit ihnen zu beschäftigen. Diese Gruppe hat es auf Aufwand von Lungenkraft und bombastischen Worten nie fehlen lassen und dadurch über ihre Bedeutung manchen zu täuschen vermocht. Anders haben sie es nicht gemacht, als im Namen des gemäßigten Klassenbewußten Proletariats zu reden, das sie freilich nur in Versammlungen ab und zu von hoher Bühne herab zu sehen bekamen. Das hindert sie nicht, sich den Anschein zu geben, als seien sie dazu berufen, die Partei vor der Versumpfung zu bewahren. Schade, daß nicht zahlenmäßig festgestellt werden konnte, wie winzig die Schär ihrer Gefolgschaft in Jena war.

Ganz ausfallen wird natürlich die Treiberei nicht. Nur wird es weniger ernst genommen werden. Durch den Anschein von Wissenschaftlichkeit, der ihm gegeben wird, werden sich in Zukunft immer weniger Parteigenossen täuschen lassen.

Von allen Beschlüssen des Parteitages erscheint uns als verfehlt nur der in bezug auf die Abführung von Arbeitsverdienst am ersten Mai.

Getäuscht sind alle Erwartungen unserer Gegner, daß ihnen die Behandlung der Marokkofrage auf dem Parteitage Wasser auf die Mühlen liefern werde. Das Bebel'sche Referat läßt sich nicht zu einer nationalistischen Hege gegen die Sozialdemokratie ausschlagen. Es gibt nicht dem geringsten Zweifel darüber Raum, daß unsere Partei den Interessen der deutschen Volkswirtschaft durchaus gerecht wird, was freilich von jeder selbstverständlich war, da jede Venachlässigung von Deutschlands Handel und Industrie gegenüber denen anderer Länder die Arbeiterschaft schädigen würde. Klängen waren Bebel's Darlegungen über die Wirkungen einer Kriegserklärung und über die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zum Massenstreik bei Ausbruch eines Krieges. Unsere Gegner, die uns in den letzten Monaten gar zu gern wieder als die Vaterlandsverräter gebrandmarkt hätten, werden vergeblich oder gar nicht versuchen, Bebel's Schilderungen zu widerlegen.

Die Erfurter „Tribüne“

... Doch nicht alle unter uns schauen auf dieses Sechstageswerk und sprechen: daß es gut war. Schon vor dem Parteitag hat man in einigen unserer besten Blätter lesen können, daß die imperialistischen Strömungen, die sich im wogenden deutschen Volksmeer bemerkbar machen, auch vielen unserer Parteigenossen, und nicht den letzten, die Köpfe überlauten, und während und nach der Tagung von Jena ist dieser Vorwurf lauter und schärfer geworden.

Wir selber haben vor einigen Tagen gezeigt, daß uns in Bebel's Marokko-Referat nicht alles so schien, wie es hätte sein können, und daß wir jene Betrachtungen gern vermehrt hätten, in denen unser großer Führer mit dem Gedanken spielt, daß Deutschland in fernem Erdteilen dieselben Rechte beanspruchen darf, wie die anderen europäischen Nationen. Wir haben gezeigt, wie dieses Jugendurteil, logisch zu Ende geführt, in dieselben Bahnen hineinleiten muß, in denen sich die wilden Alldutschen so frei und leicht bewegen. Nichtsdestoweniger möchten wir nicht zugeben, daß man mit Recht sagen darf: nennenswerte Teile unserer Partei schritten, oder schritten schon, im Geiste des Imperialismus britischen Rufers. Und wenn sie drin wären, so würde der Geist, der noch immer in den proletarischen Massen lebt, und auch jener andere Geist, der unter den echten, den bürgerlichen Imperialisten Deutschlands wütet, dafür sorgen, daß wir sehr bald aus den Bahnen des Imperialismus wieder mit mehr oder minder sanfter Gewalt herausgeschleudert würden.

Und darum möchten wir die Befürchtungen wegen des Imperialismus im eigenen Hause nicht zu schwer nehmen. Wohl aber hat der Parteitag eine andere Gefahr gezeigt, und eine solche, der gegenüber nicht ohne weiteres und jederzeit darauf gerechnet werden kann, daß aus den Reihen der Sozialdemokratie selber die nötigen starken Gegengewichte geliefert werden dürften. Und zwar um deswillen nicht, weil diese Gefahr nicht scharf und unermittelt und allen merkbar in die Erscheinung tritt, sondern weil sie sich langsam, ganz langsam, wie ein schleimendes Gift, in den Parteipoker schiebt und oft erst dann nach außen zum Vorschein kommt, wenn es zu spät ist, Gegenmittel anzuwenden.

Wir meinen jenen übertriebenen Opportunismus, der zu scharf auf Gegenwarts-, auf Augenblickserfolge sieht und dabei leicht sozialdemokratische Prinzipien überfiehet. Die bevorstehenden Reichstagswahlen haben auf die Verhandlungen von Jena so scharfe Schatten vorangeworfen, daß — bewußt oder unbewußt — die erdrückende Mehrheit der Delegierten unter dem Banne des großen 1912er Ereignisses stand. Nur auf diese Weise ist es zu erklären, daß in manchen der wichtigsten Fragen eine rechte Diskussion überhaupt nicht zustande kam; denn auf dem rechten wie auf dem linken Flügel war man sich klar oder fühlte intuitiv, daß ein tiefes Eindringen in gewisse Probleme gar zu Klaffen der Risse zwischen den beiden Endpolen unserer Partei aufweisen könnte.

„Volkstblatt für Anhalt“.

... Charakteristisch war auf diesem Parteitage, daß die Umke in der Partei sich deutlich spaltete. Daß zum Beispiel der Parteisekretär der Provinz Brandenburg, Genosse Bels, energisch gegen Ledebour Front machte, fiel erheblich auf. Wir haben den Eindruck, daß sich die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Richtung in der Gesamtarbeiterbewegung von Groß-Berlin schon so stark zur Geltung bringt, daß der früher so außerordentlich scharfe Radikalismus der Berliner Genossen nicht mehr ungebrochen durchdringt, was angesichts der gewaltig erstarkten wirtschaftlichen Bewegung auch in Groß-Berlin nicht wunder nehmen kann.

Doch wollen wir keineswegs darüber triumphieren, daß die sogenannte revisionistische Richtung auf dem Jenaer Parteitag von 1911 gut abgeschnitten habe, uns liegt vielmehr daran, daß der Wille der Parteigenossen, auch allen ab

Weisenden Meinungen zum Trost einig zu sein, so klar und energisch hervorgetreten ist. . . .

„Böckwille“-Hannover. Wir begrüßen es, daß alle die auf dem Parteitage zutage getretenen Bestrebungen, die Partei in andere Bahnen zu drängen, von der Mehrheit des Parteitagess glatt zurückgewiesen worden sind. Die schärfste Zurückweisung erhielten sie durch den Genossen Bebel, der nicht nur mit der Genossin Rosa Luxemburg — dem „hohen Geist der Sozialdemokratie“ — und anderen gründlich Abrechnung hielt, sondern auch mit jenen, die mit der „sozialrevolutionären Massenaktion“ ein gefährliches Spiel treiben. . . .

„Braunschweiger Volksfreund“. Während der Massenstreik auf dem ersten Parteitage in Jena systematisch, gründlich und sachlich debattiert wurde, setzte man sich auf dem zweiten Parteitage in Jena über den Imperialismus gleichsam nur zwischen den Zeilen auseinander. Auch Bebel's Marokkorede wurde der Bedeutung des Imperialismus nicht gerecht. Sie trug einen vornehmlich parlamentarischen, tagespolitischen, diplomatischen Charakter. . . .

Das nimmt aber dem Imperialismus auch kein Jota von seiner Bedeutung. Es beweist nur, daß die Debatten der ersten Tage über den Vorstandsbericht völlig verfahren waren. Da wurde aus einer Indistinktion der Genossin Luxemburg, aus etwas Nebenächlichem etwas Hauptsächliches gemacht und mit der leider auf dem Parteitag unserer Verehrtesten seit so reich vertretenen moralischen Entrüstung dagegen losgezogen. Dann wurde der Parteivorstand, dem doch wahrhaftig kein moralischer Vorwurf gemacht worden war, wieder im moralischen Entrüstungstone reingewaschen. Gest es denn gar nicht ohne diese überflüssige moralische Entrüstung! . . .

Soziales.

Die deutsche Regierung für Verlängerung der Arbeitszeit!

Deutschland ist auf der Turiner Weltausstellung 1911 mit einem eigenen Palast vertreten, der 14 000 Quadratmeter groß ist. Außerdem ist die Maschinen-, Elektro- und Verkehrsindustrie mit weiteren 8000 Quadratmetern Rauminhalt vertreten, insgesamt mit 680 Ausstellern, über welche ein 300 Seiten starker offizieller Katalog orientiert, der unter Subvention der deutschen Regierung (mit 120 000 M.) herausgegeben ist. Diesem Katalog hat man ein längeres Vorwort vorangesetzt, in welchem der industrielle Aufschwung Deutschlands seit 1870 geschildert wird und welches die Ursachen zu dem glänzenden Aufstieg von Handel und Verkehr darlegt. Darin befinden sich einige interessante Stellen, die deshalb besonders bemerkenswert sind, weil sie den trassen Gegensatz bilden zu Anschauungen, die man amtlich und offiziell außerhalb der Ausstellung an den Tag legt. Da wird zunächst bei der Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat konstatiert, daß die Landwirtschaft vom Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens in hohem Maße profitiert habe — eine zweifellos richtige Ansicht, die freilich den Anteil und Genossen nicht paßt. Ferner heißt es dort, daß der Ernteertrag der Landwirtschaft seit 30 Jahren relativ und absolut gewaltig gestiegen sei und daß die Landwirte bereits heute aus dem Verkauf von Milch und Butter mehr Einnahmen haben, als aus dem gesamten Getreidebau.

Am interessantesten ist, was der Katalog über die Anteilnahme der Arbeiter an den Riesenschritten Deutschlands sagt. Es wird ausgeführt, wo überall der Arbeiter Gelegenheit hat, sich zu bilden und aufzuklären (wobei man freilich die Arbeiterorganisationen als Schulen der Arbeiter schamhaft verschweigt) und festgesetzt, daß damit der Industrie Deutschlands Arbeiter herangebildet wurden, „die zu den bestqualifiziertesten Arbeitsträften der Welt gehören“. Dauernden und unermesslichen Nutzen ziehe die Industrie aus dieser Art Volksbildung und auch aus allem, was Staat und Gesellschaft für die Volksbibliotheken, Lesehäuser, Volkshochschulen usw. tun. Dann kommt der amtliche Verfasser des Vorworts zu folgenden interessanten Schlussfolgerungen: . . . Alle diese Einrichtungen . . . ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität produziert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Verabreichung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat.“

Die Arbeiter werden sich dieses offene Geständnis gut merken müssen. Sie dürfen verlangen, daß die Regierung das, was sie hier den Besuchern der Ausstellung im fremden Lande als Produkt ihrer Erfahrung ausgibt, auch den eigenen Arbeitern im eigenen Lande gegenüber als berechtigt anerkennt. Die Regierung übersteigt sich selbst, wenn sie die Verlängerung der Arbeitszeit für patriotisch wertvoll hält und trotzdem die organisierten Arbeiter von der Erzielung der kürzeren Arbeitszeit mit dem Polizeihüpfel zurückgehalten jagt.

Lohnrückstellungen in der Damenkonfektion.

Bei Akkordlöhnen sucht oft ein Unternehmer den an sich schon bedenklich niedrigen vereinbarten Lohn noch durch Abzüge wegen Fehler zu drücken. Dieser Art der Lohnrückstellung arbeitet erfreulicher Weise das Innungsgericht erfolgreich entgegen. Auch am Dienstag kamen wieder einige solcher Streitfälle aus der Damenkonfektion zur Verhandlung.

Es beschäftigte das Schiedsgericht zum zweiten Male der Schneidermeister Kay, der dem bei ihm beschäftigten Gemeinen Schneider S. — M. vom Lohn für von ihm gefertigte Damenjackets gekürzt hat. Unter anderem will er für das Aendern des schlecht sitzenden Arzogens an einem Jackett, welches Käufer gefertigt, an einen andern Gehilfen 3,60 M. gezahlt haben. Der Arbeitslohn für das ganze Jackett beträgt aber nur 4,50 M. Das Schiedsgericht hatte dem Beklagten aufgegeben, den Gehilfen, welcher die Aenderung ausgeführt hat, als Zeugen zu stellen. Dem war der Beklagte nicht nachgekommen. Das Schiedsgericht verurteilte ihn zur Zahlung des geforderten Betrages, weil er für seine Behauptungen beweispflichtig geblieben ist und er außerdem für den von ihm für die Jacketts gezahlten Lohn nicht ersatzfähige Arbeit verlangen könne.

Die Kaiserin B. verlangte vom Inhaber einer Arbeitsstube für Damenkonfektion Franz Radtke den Betrag von 4,60 M., der ihr vom Lohn für gekürzte Damenmäntel gekürzt worden ist. Auch hier wendete der Beklagte mangelhafte Arbeit ein. Das Schiedsgericht, welches arbeitgeber- und arbeitnehmerseitig durch Prokureure beiegt war, kam nach Inaugenscheinnahme der mangelhaft gearbeiteten Mäntel und Prüfung des dafür ausgeworfenen Lohnsatzes ebenfalls zur Verurteilung des Beklagten. In der Begründung des Urteils wurde dem Beklagten gesagt, wenn er tadellose Arbeit verlangt hätte, er auch das Doppelte an Lohn für die Mäntel zahlen müßte.

Verträge gegen die guten Sitten vor dem Berliner Kaufmannsgericht.

Das Berliner Kaufmannsgericht hatte sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Verträgen zu befassen, die als gegen die guten Sitten verstoßend und deshalb ungültig erachtet wurden.

1. Verschiedene Versicherungsgesellschaften setzen in ihre Anstellungsverträge die Klausel, daß sie ihren Vorgesetzten (sogenannten Inspektoren) ein Mindesteinkommen von 100 Mark pro Monat garantieren, diese 100 Mark aber auf die verdienten Provisionen rechnen. Verdient ein Beamter monatlich mehr an Provision als 100 Mark, dann bekommt er den überschüssigen Teil gutgeschrieben. Wenn er aber weniger verdient, wird er hierfür belastet, und sollen die besseren Monate dieses Monats decken. In den meisten Fällen verdient der Beamte vielleicht in den ersten Monaten wohl eine Provision von 100 Mark, wenn er einen großen Bekannten- und Freundeskreis hat. Dann erfolgt die einmonatliche Rüchigung. Für diesen Monat ist aber laut Vertrag das garantierte Einkommen von 100 Mark ausbezahlt; der Angestellte ist laut Vertrag zwar verpflichtet, für die Gesellschaft zu arbeiten, das heißt Geschäfte abzuschließen, wie bisher, bekommt hierfür aber lediglich die Provision für die von ihm vermittelten Geschäfte. Ist es dem Angestellten bisher schon schwer gefallen, für seine Gesellschaft zu akquirieren, so wird dies im letzten Monat umso mehr der Fall sein.

Der Inspektor H., welcher bei der Versicherungsgesellschaft „Deutschland, Versicherungs-Vereinsgesellschaft“ angestellt war, klagte auf Aufhebung der Klausel, weil dieselbe gegen die guten Sitten verstoße. — Der Vertreter der Gesellschaft erklärte, die Klausel sei notwendig, weil erfahrungsgemäß die Angestellten während des Abrechnungsmonats die abgeschlossenen Geschäfte anderen Gesellschaften, bei denen sie dann später eintreten, übermitteln. — Von einem Zeiger aufgefordert, doch den Beweis in diesem Falle zu erbringen, lehnte er das mit dem Vermerken ab, das sei ihm nicht möglich, aber es sei ihm.

Die erste Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gab der Klage statt und verurteilte die Gesellschaft zur Zahlung von 100 Mark für den Abrechnungsmonat mit der Motivierung, daß, da der Kläger während seiner Tätigkeit das garantierte Mindesteinkommen von 100 M. kaum erreicht hat. Wenn man aber jemand zumute, seine Arbeitskraft voll in seine Dienste zu stellen, so müsse man dieselbe auch bezahlen. Der Kläger war ohne sein Verschulden in die Lage gekommen, nicht in mehr Geschäfte für die Gesellschaft abzuschließen, weil sein Bekanntenkreis erschöpft war. Bei dem geringen Verdienst aber, den er hatte, konnte er keine Ersparnisse machen, er hat also arbeiten müssen, wenn auch vergeblich, ohne Bezahlung hierfür zu erhalten. Aus diesen Gründen wurde der Vertrag als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet und die Gesellschaft zur Zahlung von 100 M. kostenpflichtig verurteilt.

2. Die Patentwertverwertungsfirma „Pana“ hatte mit einem Reisenden S., der in der Verhandlung als Kläger auftrat, einen Engagementsvertrag geschlossen, nach welchem er 100 M. Monatsgehalt und 1 Proz. Provision seines Umlages erhalten, dagegen aber sämtliche Spesen auf seiner Tasche tragen sollte. Außerdem mußte er sich verpflichten, mindestens 100 000 M. im Jahre umzusetzen. Bei dem Verkauf handelte es sich um einen 20 Pfennig-Artikel, einen Türschlüssel. Die besagte Firma sprach eines Tages die sofortige Entlassung aus, da der Reisende nicht entsprechend den vertraglich eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt hatte. — Das Kaufmannsgericht hielt die Entlassung für unbegründet. Es würde gegen die guten Sitten verstoßen, wollte man einen Reisenden, der von 100 M. Gehalt noch keine Spesen allein tragen soll, zu einem Mindestumsatz von 100 000 M. verpflichten wollte.

Aus Industrie und Handel.

Geldsorgen.

Teuerung, Kursstürze, Geldversteifung, das ist die Situation des Wirtschaftslebens. Am Dienstag hat die Reichsbank den Diskont um 1 Proz. auf 5 Proz. heraufgesetzt. Der Lombardzinsfuß beträgt nun 6 Proz. Gleichzeitig haben auch die verschiedenen Landesbanken eine Erhöhung des Zinssatzes vorgenommen. Inzwischen rechnet man in Bankkreisen mit gewaltigen Ansprüchen für die Ultimogulierung, denn sie bieten für Ultimogeld bis zu 5 1/2 Proz. Die Ausführungen, mit denen der Präsident der Reichsbank, Herr Savenstein, die Diskonterhöhung begründete, geben wir nachstehend wieder: Die Diskonterhöhung bedeutet bei der Lage des heimischen Geldmarktes wohl keine Überraschung. Sie war vorauszu sehen, da die Veränderung im Status der Reichsbank ungünstig und ein starkes Anziehen des Privatbankes eingetreten ist. Es ist eine erhebliche Mehrbelastung der Reichsbank schon im Status vom 15. September zu verzeichnen. Während im vorigen Jahre in der Zeit vom 7. bis 15. September eine Steigerung des Metallbestandes um zehn Millionen Mark eingetreten war, erfolgte in der diesjährigen Parallelzeit ein Rückgang um 17 Millionen Mark. Die Anlagen sind in diesem Jahre um 188 Millionen Mark gestiegen, dagegen im vorigen Jahre nur um 43 Millionen Mark. Trotz starker Ansammlung von Girogeldern ergab sich eine starke Mehrbelastung, so daß die ungedeckten Noten am 15. September dieses Jahres einen Zugang von 37 Millionen Mark zeigten, während sie in der gleichen Zeit des Vorjahres eine Abnahme von 45 Millionen Mark aufzuweisen hatten. Am Laufe dieses Jahres war die Summe der ungedeckten Noten stets günstiger als im Jahre 1910. Zum ersten Male hat die ungedeckte Notensumme den Betrag des Vorjahres am 15. September überstiegen, und zwar um 56 Millionen Mark. Die Anspannung des Status hat sich am 16. und am 18. September dieses Jahres noch fortgesetzt. Wenn man den Status vom 16. September dieses Jahres mit dem des 17. September des Vorjahres vergleicht, so ist, trotzdem es sich in diesem Jahre nur um einen, im Vorjahre um zwei Tage handelt, die Verschlechterung seit dem 15. September in diesem Jahre größer. Die Anlagen haben nach dem 15. September in diesem Jahre um 37 Millionen Mark (i. B. um 23 Millionen Mark) und die ungedeckten Noten um 4 Millionen Mark (1 Million Mark) zugenommen. Die steuerfreie Notenreserve stellt sich jetzt auf 110 Millionen Mark (92 Mill. Mark), wobei berücksichtigt werden muß, daß das Notenkontingent inzwischen um 78 Millionen Mark erhöht wurde. Die starken Ansprüche an den heimischen Geldmarkt, das Anziehen des Privatbankes bis über den Bankfuß hinaus, die hohen Devisenkurse und die Wahrscheinlichkeit, daß der Ultimo sehr große Ansprüche machen wird, haben dazu geführt, den Diskont von 4 auf 5 Proz. zu erhöhen. (Wegen Raummangels zurückgestellt.)

Die Kursbewegung der Brauereiklassen.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die diesjährige Hitzeperiode den Geschäftsgang der deutschen Brauereien in der günstigsten Weise beeinflußt hat. Die Erwartungen, die man betreffs der Geschäftsergebnisse des von den meisten Brauereien Ende September abzuschließenden Betriebsjahres 1911 hegt, sind daher auch ziemlich hohe. Das kommt recht deutlich in der Bewertung der Brauereiklassen an der Börse zum Ausdruck. Der Durchschnittskurs der zum Börsenhandel zugelassenen Brauereiwerte zeigt am Ultimo der ersten acht Monate der nachstehenden Jahre folgende Bewegung:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
1909	142,90	143,87	142,92	144,81	143,42	141,98	148,90	150,56
1910	152,83	152,06	155,40	156,83	161,81	158,93	157,42	159,83
1911	170,46	178,30	175,05	179,45	178,59	179,22	181,57	178,92

Von Ultimo Januar auf Ultimo Juli 1909 stieg der Durchschnittskurs um 5,4 Proz., im folgenden Jahre betrug die Zunahme 4,54 Proz. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres ergibt sich bereits eine Steigerung um 11,11 Proz. Von der Deroute im Monat August 1911 blieben auch die Brauereiklassen nicht ganz verschont. Immerhin muß der Rückgang um 2,65 Proz. noch als relativ niedrig bezeichnet werden.

Die Kursbewegung zeigt, daß allgemein mit einer Erhöhung der Dividende gerechnet wird. Im laufenden Jahre haben 126 Aktienbrauereien ihre Bilanzen für das letzte Geschäftsjahr so veröffentlicht, daß ein Vergleich der Dividendenergebnisse in den letzten beiden Jahren möglich ist. Diese Gesellschaften repräsentieren ein Aktienkapital von 131,85 Mill. Mark. Für das Geschäftsjahr 1910 wurden 5,1 Mill. Mark oder 3,9 Proz. Dividende verteilt. Das bedeutet gegen 1909 eine Steigerung der Durchschnittsdividende um 0,7 Proz. Der Durchschnittskurs erhöhte sich von Ultimo August 1909 auf Ultimo August 1910 um 8,82 Proz. Ende August 1911 stand er bereits auf 178,92 oder 19,54 Proz. höher als im Vorjahre. Es dürfte also mit einer Steigerung der Durchschnittsdividende um mindestens 1 Proz. zu rechnen sein.

Weitgehende Verschiebungen in der amerikanischen Landwirtschaft. Im größten Produktionsgebiete menschlicher Nahrungsmittel sind im letzten Jahrzehnt große Veränderungen vor sich gegangen. Die seit dem Herbst 1910 in der Veröffentlichung begriffenen und nunmehr abgeschlossenen Statistiken weisen folgende Zahlen auf:

	1910	1909
Anzahl der Farmen	6 840 857	5 787 872
Gesamtfläche in Acres	878 729 000	888 592 000
durchschnittliche Farmgröße	128	148
Gesamtwert nur des Landes: Doll. 23 836 770 000	13 058 908 000	15,57
durchschnittlicher Wert per Acre	Doll. 82,49	3 653 328
Farmeigentümer	9 288 705	2 024 064
Pächter	2 849 254	57 889
Verwalter	67 889	

Am auffälligsten an diesen Zahlen ist die ungeheure Preissteigerung des Landes (102 Proz.), welche es der ärmeren Bevölkerung immer schwerer macht, Landbesitzer zu werden. Die Folge ist, trotz der im letzten Jahrzehnt für die Landwirtschaft außerordentlich günstigen Verhältnisse, ein weiteres Anwachsen der Zahl der Pächter, der landwirtschaftlichen Lohnsklaven des Kapitalismus. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Pächter 85 Proz., im Jahre 1910 87 Proz. der Farmer.

Die überall auf der Erde in Erscheinung tretende Verkleinerung der landwirtschaftlichen Betriebe zeigt sich auch in America. Die Verminderung der durchschnittlichen Farmgröße ist im wesentlichen in den West- und Südstaaten; in den erdrienen betrug sie 22,5 Proz., in den letzteren 19,4 Proz., während die Verminderung in allen Staaten zusammengenommen allerdings nur 5,4 Proz. betrug.

Von den Farmeigentümern, solchen, die ihr Land selbst bewirtschaften, waren 69 1/2 Proz. frei von Hypotheken, während 83,3 Proz. Lasten auf ihrem Lande hatten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Wunsch als Vater des Gedankens.

Es war vorauszu sehen, daß nach Schluß des Parteitagess, der den bourgeois Kreisen, die Parteistreitigkeiten ersehnten, keineswegs nach Wunsch verlief, aberne Versprechungen folgen würden.

Nach dem Referat Klara Reifins über: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, erfolgte beinahe keine Diskussion, „um den tiefen Eindruck des Referates nicht abzuschwächen“. Dem Berichterstatter der „Welt am Montag“ blieb es vorbehalten, diesem Verzicht eine andere, seinen Wünschen passendere, Deutung zu geben, er schreibt: „Es waren unter diesen Frauen doch vielleicht manche, die der Ansicht der Führerin, daß es sich bei den nächsten Wahlen vor allem um den Kampf der Besitzlosen gegen die Besitzenden handle, nicht beistimmen, die, die dem rein ideologischen Gedankengang der alten ebrlichen Revolutionärin nicht folgen konnten. . . . Und von den Ausführungen Klara Reifins über die Frau und die Gemeindepolitik, durch die der rote Faden lief, sorgte vor allem Klara Reifins, daß Frauen aus dem Volk in die kommunalen Kreise einzutreten, schreibt der Berichterstatter: „Das waren Gegenwartsforderungen, Vorschläge, die die Genossinnen geradezu verpflichten mit den bürgerlichen Frauen zusammen zu arbeiten.“

Ganz ähnlich ertönt es aus dem „Freien Volk“. Sind es in der „Welt am Montag“ die leisen Unterströmungen, die ihr Berichterstatter allein beachten gelernt, so sind es in Dr. Dreißscheit's Blatt die nur vom R. D. Berichterstatter vernommenen leisen Untertöne des Revisionismus in den Kreisen der sozialistischen Frauen, die sich in Helene Grünbergs Debatte gegen die Theoretikerin Reifins, oder besser gesagt, gegen die „Gleichheit“ kundgeben. Im „Freien Volk“ hat die Zierliebende sogar die Empfehlung, als ob nur ein kleiner Teil der Anwesenden fähig und gewillt war, der Ideologie der alten Revolutionärin zu folgen. Genossin Reifins Referat erhält in diesem Bericht verschärft denselben Schlag wie in der „Welt am Montag“, nämlich die sozialistischen Frauen möchten mit den bürgerlichen zusammenarbeiten, recht viele Frauen aus beiden Lagern möchten denselben Weg betreten, usw.

Für Genossin Reifins, der erfolgreichen Herausgeberin der „Gleichheit“ (mit der sich keine der deutsch-bürgerlichen Frauenblätter an Vertiefung und Sachlichkeit messen kann), kann es eigentlich keine größere Anerkennung geben, als den unbestreitbaren Satz, mit dem die bürgerlichen Elemente sie verfolgen. Gar zu gern möchten diese die proletarische Frauenbewegung in den bürgerlichen Sumpf locken, sie in das Saleptan des Liberalismus nehmen, um so der Partei Verlegenheiten zu bereiten, deren Vorwärts und Aktionsfähigkeit lahmzulegen. In der „Gleichheit“ sehen sie das größte Hindernis für ihre liebsten Wünsche und Pläne, daher der heilige Wunsch, die „Gleichheit“ für — sie unschädlich zu machen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 21. Sept., abends 1/9 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosenstr. 3: Vortrag von Fel. Gertrud Hanna: „Die Einwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf unser Leben.“ Gäste willkommen.

Lesabende.

Mariendorfer. Donnerstag, den 21. Sept., abends 8 Uhr. Aus besonderen Gründen wird diesmal Punkt 8 Uhr angefangen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 19. September verstarb
unser Genosse, der Kürschner
Ernst Menzel
Weihenburger Str. 23.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. September,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des nördlichen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
231/2

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Kam-
mearbeiter
Wilhelm Budack
Hansburgstr. 23
im Alter von 56 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 21. September,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Halle des Auferstehungs-Kirchhofes
in Weihenburger, Lichtberger Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten
und Verwandten die traurige
Nachricht, dass mein lieber
Vater, unser krenfzorgender
Vater, der
Kürschnermeister
Ernst J. Menzel
nach stundenlangem Todes-
kampf am 19. September 1911,
morgens 4 1/2 Uhr, schwer
verstorben ist.
Um stilles Beileid bitten
Frau Luise Menzel.
Ernst A. Menzel als Sohn.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Sep-
tember, nachmittags pünktlich
4 Uhr, von der Leichenhalle
des nördlichen Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Sattler
Herm. Gabel
am 18. September an der Jucker-
krankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 22. September,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
123/7 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Unserem durch Unfall so plötzlich
bahingerafften Kollegen
Martin Drykoningen
werden wir ein ehrendes An-
gedenken bewahren.
Unterstützungsverein
der Aufzugsmonteure Berlins.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme und die vielen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Bruders, meines lieben Bräu-
tigams
Martin Drykoningen
sagen wir allen Verwandten und Be-
sammen, besonders dem Personal der
Firma Flohr, den Montateuren der
A. E. G., dem Verband Deutscher
Metallarbeiter, dem Personal und
Banuarbeitern der Firma Israel
unseren aufrichtigsten Dank.
Bruder Jakob Drykoningen.
Die Frau Anna Trammnitz.

Dankfagung.
Für die zahlreiche und liebevolle
Teilnahme bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes sage ich allen Be-
teiligten, insbesondere dem stützen
Wahlverein, dem Transportarbeiter-
Verband und dem Personal der
Firma Van Bienen u. Böhlein
meinen innigsten Dank.
7065
Witwe Hedwig Bethke.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich der Beerdigung
meiner leider allzusehr verstorbenen
lieben Frau
Hedwig Seidel
sage ich hierdurch allen Beteiligten
meinen herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinter-
bliebenen
Walter Seidel,
Beusselstraße 26.

Unserem Beichtvater und
Genossen 56962
Wilhelm Mahnkopf
zu seinem 57. Geburtstag ein
dreifach donnerndes Hoch!
Die Genossen der Bezirke
538/39.

Sie hat etwas
sehr reizvolles, die Mode von
1911-12. Entwürfe, für jeden
Geschmack passende Modelle ent-
hält das reich ausgestattete
Favorit-Modenalbum (nur 60 Pf.),
franko 70 Pf., Jugend-Modenalbum
60 Pf., franko 60 Pf., bei C. Müller,
Berlin, Spittelmarkt 5.

Volksgarten-Theater.
Säle für Vereine und Gewer-
schaften noch einige Sonnabende frei
bei fulantem Bedingungen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz.
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.
Achtung! 85 Partellen Achtung!
dicht Bahnhofs Köpenick, sollen
einzelu unter denkbar günstigen
Beding. schnellstens verkauft werden.
Kerker unter C. S. 7767 an Rudolf
Koffe, Berlin, Schiffbauerdamm 1. *

Stoffe
für Maß-Anzüge, Paletots, Uster,
Kostüme etc., Mtr. 4, 5, 6 M.
Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H.
Gertraudenstraße 20/21,
vis-à-vis der Petrikirche.

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. h. H., München.

Neuerscheinungen:
August Zeh:
Die Lösung des modernen Theaterproblems
durch das neue patentierte System des Architekten Aug. Zeh,
München.
Preis 50 Pf.
Die aktuelle Frage des Theaters der fünftausend wird durch den
Münchener Architekten glänzend beantwortet.

Dr. Hannes Pyszka:
Bergarbeiterbevölkerung und Fruchtbarkeit.
Eine Studie der Bevölkerungsbewegung der deutschen Bergarbeiter-
bevölkerung. Preis 3 M.
Der Verfasser gelangt auf Grund seiner sorgfälligen auf zahlreiche
statistische Tabellen gestützte Untersuchungen zu dem Nachweis, dass der
Bergmannsstand, im Gegensatz zu dem in neuerer Zeit durchweg
beobachteten Sinken der Fruchtbarkeit bei besserer Lebenshaltung die
Tendenz zu steigender Fruchtbarkeit ausweist.

Paul Kampffmeyer:
Weltanschauung und Sozialdemokratie.
Heft 1 der „Säbdeutschen Volksbücher“. 64 Seiten.
Preis 40 Pf.
Eine durchaus gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten philosphi-
schen und ethischen Fragen in ihren Beziehungen zur Sozialdemokratie.

L. Isenheim:
Streik.
Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampf.
In 6 Lieferungen a 30 Pf., in Leinen gebunden 2,50 M.,
Einbanddecke 75 Pf.
Der aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Verfasser schildert hier in
meisterhafter Weise die Kämpfe der zum Klassenbewusstsein erwachten
Arbeiter. Zahlreicher Bilderreichtum eines Münchener hervorragenden
Künstlers verleiht dem Werte noch besonderen Wert.

Rudolf Franz:
Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt
bearbeitet im Sinne des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie
mit zahlreichem Bilderreichtum von Reinh. Pfeiffer, München.
Preis 1 M.
Eine meisterhafte politische Satire der deutschen Scharmacher aller Grade
des durch seine Schrift: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin!“ be-
kannten Verfassers.
Alle Buchhandlungen und Reiposteure liefern obige Schriften
zu Originalpreisen.



**Prachtvoller
Blumen-Flor**
wird erzielt durch Düngen mit echtem
**Dr. Landmann's
Blumen-Dünger.**
Nachmännlich langjährig erprobt.
Votet 10 und 25 Pf. — Nachbefe 25 und 50 Pf.
1/2 Liter-Zeile 1 M. — 2 Liter-Zeile 3 M.
Nur echt in Original-Verpackung in allen ein-
jährigen Geschäften zu haben.
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.



**Möbeltischlerei
R. Harnack**
Tischlermeister
Stallschreiber-Strasse 57
(Moritzplatz).
**Komplette
Wohnungseinrichtungen.**
Enorme Auswahl! — Reelle Ware!
! Billigste Fabrikpreise. !
! Zahlungsvereinfachung. !
Verkauf nur Hof im Fabrikgebäude.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
Meiner werten Kundschaf und Nachbarschaft zur Kenntnis, dass
Unterzeichneter die Forderungen des Bäckerverbandes wieder be-
willigt hat. Die Differenzen sind demzufolge wieder beigelegt und
gilt der Betrieb als geregelt. 41/10
Bäckermeister Anschwitz, Rigdorf, Rogastr. 32.
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren Berlins.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Maschinenarbeiter Groß-Berlins!
Montag, den 25. September 1911, abends 8 Uhr:
Außerordentliche Branchen-Versammlung
in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21.
Tages-Ordnung:
1. Die erste Konferenz der Maschinenarbeiter Deutschlands
in München. 2. Wahl von vier Delegierten. 3. Bericht von
den letzten Generalversammlungen. 4. Wahl zweier Obleute.
88/90
Die Branchenkommission.

Konsumverein für Tegel und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Donnerstag, den 28. September 1911, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
in Trapps Festsälen, Tegel, Bahnhofsstr. 1.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des Aufsichtsrats. — 2. Genehmigung
der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. — 3. Genehmigung des Ver-
teilungsplans. — 4. Wahl eines Vorstandsmittgliedes und von zwei Auf-
sichtsratsmitgliedern. — 5. Neuregelung der Vorstandsgelder.
Eintritt nur gegen Legitimationsskarte.
Der Vorstand. **Der Aufsichtsrat.**
Max Lichtenberg. Hugo Köhler. H. Baradt.
Friedrich Hülle. 107/10

**Zentralverband der Handlungsgehilfen u.
Gehilfinnen Deutschlands — Bezirk Berlin.**
Telephon: VII. 1622. Geschäftsstelle: Neue Königstr. 36, v. L.

Die Mitgliederversammlung findet nicht
am 21. September statt, sondern
Mittwoch, den 27. September 1911, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58.
Vortrag des Musikdozenten Herrn Dr. Leopold Hirschberg:
„Das deutsche Volkslied“, mit Erläuterungen am Klavier
und durch Gesang.
Eintritt frei. 295/17 Gäste willkommen.

Achtung! Bewilligte Bäckerei Achtung!
Meiner geehrten Kundschaf und Nachbarschaft zur Kenntnis, dass
die Differenzen bei dem Bäckermeister Kosubek, Sparrstr. 10, zur
Zufriedenheit beigelegt sind. Bäckermeister Kosubek, Sparrstr. 10.
Der Vertrauensmann des Bäcker- und Konditoren-Verbandes.

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,

in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Wild und Geflügel
kauft man am besten und billigsten in der
Berliner Wild-Zentrale
Gontard-Ecke Panoramastraße.
Mirschfleisch von 30 Pf. an.

Möbel
liefert auf Teilzahlung
bequeme
bei kleinster Anzahlung in
bekanntester Güte
(mit größter Rücksicht bei Krank-
heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)
Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgange des Mittelalters
Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu
einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark

Zeitungsfur! *schlaf auf dir
erfrischigende
Parkung, eine
Goldarbeit nicht
fehlend*

Gesundheitstobak.
J. Goldfarb.
Preuss. Stargard.
D.R.W. Z. 10652.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobaka do zazywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

**Die reellsten und billigsten
Möbel**
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-
vorgütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-
fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger
Straße 5.

Augen auf!  **MAGGI'S Bouillon-Würfel** 
sind die besten!
Nur echt mit der Schutzmarke „Kreuzstern“.

Gerichts-Zeitung.

Eine halboffene Anklage gegen die Jugendorganisation

Beschäftigte am Mittwoch länger als vier Stunden das Schöffengericht Weihensee. Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes waren 22 Mitglieder der Freien Jugendorganisation Weihensee angeklagt. Die Anklage kam so zustande: Im Januar d. J. wollte die Polizei feststellen, ob der genannte Verein noch bestände. Zwei Gendarmen wurden mit dieser Feststellung betraut. Sie gingen nach dem Versammlungsort des Vereins und sahen durch das Fenster, daß eine Anzahl jugendlicher Personen anwesend waren und ein junger Mann Bewegungen machte, aus denen die Gendarmen schlossen, daß er einen Vortrag halte. Nun gingen die Beamten in das Lokal und schrieben die Namen der Anwesenden auf. Später folgten polizeiliche Vernehmungen der jungen Leute. Die Anklage geht von der Annahme aus, daß die Freie Jugendorganisation Weihensee ein politischer Verein sei. Den Vorstandsmitgliedern wird zur Last gelegt, daß sie Statuten und Vorstandsvorstand der Polizei nicht eingereicht und Personen unter 18 Jahren als Mitglieder aufgenommen haben. Die übrigen Angeklagten werden beschuldigt, als Personen unter 18 Jahren eine politische Versammlung besucht zu haben.

Vor Gericht konnte die Anklagebehörde auch nicht den geringsten Beweis dafür erbringen, daß die Freie Jugendorganisation ein politischer Verein sei. Das einzige „Beweismittel“ war die Vernehmung des Gendarmenwachtmeysters Müller, der aber nichts weiter angeben konnte als das, was wir bereits über die Feststellung der Teilnehmer an der Vereinsfeier gesagt haben. Da jede Spur eines Beweises für eine politische Betätigung des Vereins fehlte, so suchte sich der Vertreter der Anklagebehörde dadurch zu helfen, daß er die Verlesung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts durchsetzte, welches die Freie Jugendorganisation für Berlin und Umgegend als einen politischen Verein erklärt. Nach diesem Urteil — so war die Schlussfolgerung des Amtsanwalts — muß auch die Freie Jugendorganisation Weihensee als ein politischer Verein angesehen werden. Ja — so sagt der Amtsanwalt weiter — der Verein steht auch in Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei. Denn als die beiden Gendarmen an dem erwähnten Vereinsabend die anwesenden Personen festgestellt hatten, erschien der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins und stellte Fragen an die jugendlichen Personen, die ihm bereitwillig beantwortet wurden. Auch der Umstand, daß im April 1910 Einladungszettel zu einer öffentlichen Jugendversammlung in Weihensee von der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt waren, soll nach Annahme des Amtsanwalts für den politischen Charakter der Freien Jugendorganisation Weihensee sprechen. Das waren die „Beweise“, auf Grund deren der Amtsanwalt beantragte, die Vorstandsmitglieder mit je 10 beziehungsweise 15 Mark und die übrigen Angeklagten mit einem Beweise zu bestrafen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld,

beantragte die Freisprechung der Angeklagten, weil ihnen nicht das geringste nachgewiesen sei. Das Urteil gegen die Berliner Jugendorganisation könne nicht gegen die Weihensee Jugendorganisation ins Feld geführt werden, denn diese habe sich lange vor der Fällung des Oberverwaltungsgerichtsurteils als selbständiger Verein konstituiert. Wenn eine Verbindung des Vereins mit der sozialdemokratischen Partei daraus gefolgert werden sollte, daß die Angeklagten auf Fragen antworteten, die der Vorsitzende des Wahlvereins an sie stellte, dann könnte man auch schließen, der Verein habe in Verbindung mit der Polizei gestanden, da ja die Angeklagten ebenso bereitwillig auch die Fragen beantwortet haben, welche ihnen die Polizei vorlegte. Der beste Beweis für den unpolitischen Charakter des Vereins sei wohl der, daß die Polizei, obgleich ihr das Urteil des Oberverwaltungsgerichts bekannt war, sich nicht veranlaßt sah, gegen den Verein einzuschreiten.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten, da das vorgebrachte Beweismaterial nicht genüge, um eine politische Betätigung des Vereins darzutun, obwohl der dringende Verdacht bestehe, daß eine solche Tätigkeit stattgefunden habe.

Um Juwelen im Werte von 18 000 Mark

handelte es sich in einem Betrugsprozeß, der gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der aus der Strafkammer vorgeführte Goldwarenhändler Julius Hirsch. Der schon siebenmal wegen Betruges vorbestrafte Angeklagte verhielt zurzeit eine ihm wegen Hehlerei zubilligte Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren. Diese Verurteilung erfolgte, weil der Angeklagte von einer Kaufverpflichtung und einem Postbeamten lose Verlehen aufgelassen hatte, welche von einer Schauspielerin bei einem Automobilschaden am Kurfürstendamm verloren waren. Die verschwundenen Perlen, die einen Wert von zirka 30 000 M. repräsentierten, konnten bis auf fünf der Besitzerin zurückgegeben werden. — Bei der jetzigen auf Betrug im strafschärfenden Rückfalle lautenden Anklage handelt es sich um folgendes. Im August v. J. bestellte der Angeklagte bei drei Ringsfabriken in Schwäbisch-Gmünd Schmucksachen im Werte von zirka 18 000 M. Die Firma Eduard Aucher, welche eine Bestellung über Ringe im Werte von 12 740 M. erhielt, zog über den Angeklagten erst mehrere Auskünfte ein, die sämtlich sehr gut ausfielen, so daß die Firma keinerlei Bedenken trug, den Auftrag auszuführen. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte, der auf seinen Briefbogen die Angabe „Höfen, Uhrenten und Goldwaren, Engros und Export“ trug, die Schmucksachen sofort nach Empfang verschleudert haben. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, in betrügerischer Weise vorgegangen zu sein. — Die Strafkammer kam nach längerer Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte von Anfang an in betrügerischer Absicht vorgegangen sei. Mit Rücksicht auf die vielfachen Vorstrafen auf gleichem Gebiete erkannte das Gericht auf eine Inhaftstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Gefängnis beantragt.

Ein gefährlicher Rinderfreund

wurde am Dienstag auf mehrere Jahre unschädlich gemacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der Arbeiter Eduard Kelle der sechsten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen eines

schweren Verbrechens gegen die Sittlichkeit im Sinne des § 170,3 des Strafgesetzbuches zu verantworten. — Der Angeklagte ist wegen ganz gleicher Verbrechen schon mit drei Jahren und fünf Monaten Verurteilung dieser Strafe nochmals mit fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Eines Tages Ende Juni d. J. lud die Angeklagte die siebenjährige Schülerin H. und den gleichaltrigen Schüler B. an sich und verlockte beide in seine Wohnung, wo er sich in der schmutzigen Weise an ihnen verging. Die kleine H. erzählte bald darauf ihrem Vater, was mit ihr geschehen war. Der Angeklagte wurde verhaftet und legte den Polizeibeamten ein Geständnis ab, welches er vor Gericht aber zum Teil widerrief. Das Gericht erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Mainzer Unsitlichkeitschändereien.

Die Mainzer Polizeiaufführerin Frau Dr. Schapiro, deren trefflichen, herzengewarmen Bericht über ihre Tätigkeit wir kürzlich besprochen, hat durch ihre eifrige, opferfertige Tätigkeit sich die Nachsicht kurzschäftiger Leute zugezogen. Die Mainzer „Neuesten Nachrichten“ brachten eine Reihe gegen diese Frau und gegen den Polizeigenossen Verndt, zweiten Bürgermeister von Mainz, gerichteter Artikel. Die Spitze der Artikel geht dahin, der Bürgermeister sei heimlich ein Don Juan, öffentlich ein strenger Albo, Frau Dr. Schapiro handle aus sexuell-pathologischen Gründen, sei überreizt und habe auch Mädchen zu Spitzelzwecken verwendet. Vor dem Landgericht Mainz ist deshalb der Verleger der Mainzer „Neuesten Nachrichten“, Hirsch, wegen Verleumdung der Frau Dr. Schapiro und des Polizeigenossen Verndt angeklagt. Die Verhandlungen, zu denen über 100 Zeugen geladen sind, haben am Dienstag begonnen und werden voraussichtlich erst am Sonntag enden.

In der bisherigen Beweisaufnahme wurde die Tätigkeit der Frau Dr. Schapiro als eine durchaus segensreiche anerkannt. Für die Behauptung, daß sie aus sexuell-pathologischen Gründen sich mit Mädchen abgebe, ist auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht. Im Gegenteil: bewundernswert ist, wie Frau Dr. Schapiro, die Mutter von drei Kindern, ihr schwieriges Werk hat durchführen können. Soweit sie zur Entdeckung von Anstiftern zu Abtreiberinnen und Kuppelweibern mit einer Art Spitzelaufgabe betraute, hat sie im Auftrage ihres Vorgesetzten gehandelt. Nicht sie, sondern das von ihr noch nicht beseitigte System ist an Missetat schuld, die die notwendige Folge der Aufspürung von Verbrechen durch Spitzel sind. Auch gegen Verndt ist noch nichts Nachteiliges erwiesen. Die Beweisaufnahme gibt eine unendliche Menge Zeugnisse wieder, die von Leuten in Kurs gesetzt zu sein scheint, denen eine Hemmung in der Jagd nach unsittlicher Betätigung gegen den Strich geht. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden wir berichten.

„Ach, in Preußen bekommt man ja doch kein Recht.“

In dem unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen den Gewerkschaftsbeamten Behr (Nr. 220 vom 20. September) ist der Schummel, der seinen Kollegen von der Ausführung eines dienstlichen Auftrages abgehalten hatte, infolge eines durchgehenden Satzfehlers überall als „Wegner“ bezeichnet. Er heißt „Wagner“.

Polstermöbel Holzbohlen.
Nur nicht in synthetischen
Polstern mit Annipp-Bild;
minimale offene Risse lösen
Ausbrennung!
Lies Oxford muß's!

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Groß-Berlin. Bitte, diese Liste aufzubewahren! Groß-Berlin.
Liste derjenigen Fabrikanten, die den Lohnarif der Zigarrenarbeiter von Groß-Berlin bewilligt haben.
Parteilosen, Arbeiter, Interessenten, Raucher! Wer die Tabakarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen gewillt ist, beziehe seine Waren von nachstehenden Zigarrenfabrikanten. Hebt Solidarität!

Osten. *Otto Schirmer, Frankfurter Allee 7. *Wihl. Klein, Am Oberbaum 1. *Richard Schulze, Friedrichshagen Straße 23. W. Haucmann, Weidenweg Str. 8. R. Friede, Langestr. 29, IV. *Paul Wotsche, Andauerstr. 16. *Germann David, Weidenweg 3. *Helene Goldberg, Remeler Str. 34. *Paul Peterson, Weidenweg 83. *Germann Kafelow, Friedenstr. 74. *Franz Krüger, Volener Str. 25. *Job. Heiden, Weidenweg 29. *Franz Hof, Volener Str. 6. *Gustav Wöfel, Friedenstr. 83. *Max Verche, Alster Str. 44. *August Körlin, Rigauer Str. 46. *E. Tornow, Weidenweg 8. *Emanuel Garzmann, Stralauer Allee 31 b. *Johann Kiech, Remeler Str. 7. *Otto Koglin, Schreinerstr. 63. *Anton Fröhlich, Langestr. 56.	Südosten. *Fr. Marie Schubert, Romintener Straße 30. *B. Spentoch, Alster Str. 90. August Lesèvre, Adalbertstr. 18. *Ph. Vacher, Baumstr. 24. *Emil Gädler, Gornitzstr. 48. *Louis Fischer, Wiener Str. 57b. *Gustav Jillich, Forster Str. 8. *F. Lobbes, Adalbertstr. 58. *Robert Rehter, Mariannenstr. 37. *Jean Bruun, Brangellstr. 15. *Fris Lobbes, Adalbertstr. 58. *Wilhelm Friebe, Forster Str. 39. *Wihl. Stübner, Utenbahnstr. 33. *Robert Kämmer, Reichensberger Straße 157.	Nordwesten. *Richard Kiepert, Jungferstr. 29. *Otto Bornkessel, Waldstr. 39, III. *Robert Kern, Stromstr. 25. *Richard Schoppa, Fiedlerstr. 46, I. *H. Hagedorn, Senfstr. 33. *Rosenberg, Rosfelder Str. 21. Norden. *Deglow, Hochstr. 2a. *Paul Mazante, Panitzstr. 24. *Germann Kornecki, Wolfener Str. 23. *Geirich Kemper, Fiedlerstr. Straße 57. *H. Lindemann, Adalbertstr. 37. *Fris Sverber, Puppiner Str. 44. *Franz Procke, Puppiner Str. 21. *D. Morris, Bernauer Str. 18. *Germann Liebrecht, Weidenburger Straße 83. *Julius Nide, Saarländer Str. 7. *Wihl. Klein, Müllerstr. 194. *Paul Opiß, Lysener Str. 2.	Nordosten. *V. Rohrau, Grefenbagen Str. Nr. 16. *Karl Engelhardt, Schönhauser Allee 50a. *G. Bongardt, Kleinstr. 40. *J. Stahren, Kleinstr. 10. *F. Zimmermann, Treßdowstr. 13. *Herm. Kriedemann, Stargarder Straße 74. *Franz Feis, Triftstr. 4. *Paul Noa, Malplaquestr. 24, I. *Wilhelm Ruh, Antonstr. 2. *W. Köppler, Magstr. 13a. *August Schirmer, Adalbertstr. 2. *G. Gohien, Friedenwalder Str. 22. *Louis Hoffmann, Gauderstr. 5. *Robert Gert, Kolberger Str. 15. *Robert Grise, Wiesenstr. 19. *V. Gorinowa, Stolpische Str. 44. *Friedrich Nischenbrenner, Schle- mannstr. 4. *Ad. Kramer, Schwedter Str. 18/19. *Friedrich Schulz, Wiesenstr. 60a. *Albert Goppel, Humboldthain, gegenüber Namlerstraße.	Nordosten. *Otto Wetter, Hühnerstr. 32. *Jos. Krobisch, Bäcklingstr. 20. *Max Polch, Friedrichsberger Str. 10. *Jakob Neul, Barnimstr. 42. *Karl Müller, Hühnerstr. 38. *H. Dierbach, Wiesenstr. 25. *Th. Verndt, Grefenwalder Str. 207. *Gustav Pinner, Treßdowstr. 34. *Georg Bürger, Treßdowstr. 38. *Heinrich Oke, Reyer Str. 22. *Gustav Wolter, Marienburger Straße 32. *Gustav Richter, Landsberger Allee Nr. 145, D. st. *Gustav Dittendberg, Barnimstr. 15. *M. Mochow, Bernstr. 29. Zentrum. *A. Chaim, Mulackstr. 11, I. Vororte. *Max Belger, Lichtenberg, Klarstr. 43 *Albert Schumacher, Lichtenberg, Wartenbergstr. 63. *G. Trompa, Lichtenberg, Scharn- weberstr. 44. *Paul Harting, Lichtenberg, Rum- melsburger Str. 18. *Joh. Sobrowski, Rummelsburg, Großener Str. 17. *Oskar Majerkopf, Forstagen, Weiser Str. 35. *Wilhelm Schulze, Rixdorf, Stein- meierstr. 110. *Gustav Becker, Rixdorf, Jannstr. 29. *Albert Schuler, Rixdorf, Faldstr. 15 *F. Gierl, Rixdorf, Hermannstr. 236. *Wilhelm Klein, Wilmersdorf, Uhländstr. 128. *Paul Witt, Steglitz, Däppelstr. 5. *Rob. Stübner, Steglitz, Schloß- straße 115. *W. Lehmann, Reinholdsdorf, Ost, Zimmerstr. 5. *Wihl. Klein, Zegel, Berlin Str. 84 *Herm. Goldmann, Zegel, Berliner Straße 39 d. *Alb. Janke, Pantow, Wälfenstr. 38. *Jacob, Weihensee, Berliner Allee 179
---	--	---	--	--

Nachträglich eintreffende Bewilligungen werden den späteren Veröffentlichungen mit angefügt. — Plakate für Fabrikanten werden nur gegen Vorzeigung des unterzeichneten Tarifs im Bureau der Tabakarbeiter, Große Hamburger Str. 18/19, 2. Hof I, ausgehändigt. Obigen Tariffirmen zur Kenntnis, daß Plakate für die Händler, die Zigarren zu Tarifföhnen und nachweislich nur von Tariffirmen beziehen, den in Frage kommenden Fabrikanten täglich nachmittags von 1/3-5 Uhr von Unterzeichnetem ausgehändigt werden.
Der Vertrauensmann. A. Schulze, Große Hamburger Str. 18/19.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 21. Sept. 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr.
R. Oyerhaus. Romeo und Julia.
R. Schauspielhaus. Wallenstein Tod.
 Deutsches. Komlet.
 Gaverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Laubhühner 48/49.
 Lebende Tierbilder von nah und fern.

Neues R. Oyertheater. Ein Sommernachtsstraum.
 Kammerstücke. Ranzal.
 Neues Schauspielhaus. Geschlossen.
 Neues Operetten. Die schöne Helena.

Berliner. Summelstudenten.
 Lesung. Alles ums Geld.
 Lustspielhaus. Der Großfürst.
 Schiller. O. Der Geizige. Der eingebildete Kranke.

Schiller. Charlottenburg. Zopf und Schwert.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Kabale und Liebe.
Kleines. Der Leibgardist.
Neues. Die Mutter. Zuflucht.
 Schöne Seelen.

Westen. Die Dame in Rot.
 Komische Oper. Die feinsche Eufanie.
 Residenz. Ein Bolzer von Chopin.
 Thalia. Polnische Witzhaft.
 Königgrätzer Straße. Grete Heilmann.

Tranon. Nr. 1081.
 Quisen. Das Wintermärchen.
 Coloss. Der selige Holschinsky.
 Apollo. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Metropol. Die Nacht von Berlin.

Vanage. Spezialitäten.
 Reichshafen. Stettiner Säger.
 Königgrätzer-Kasino. Spezialitäten.
 Herrnsfeld. Das Kind der Drama.
 Schmerlose Behandlung.

Rose. Das Räthchen von Heilbronn.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Die Meisterlinge von Dürberg. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!

Moat. Der Mann im Monde.
Boigt. Der Prozeßhaß.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Helmat.

Antimes. Von Liebesabenteurer.
Neues Volkstheater. In Behandlung.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Hamburg und seine Schifffahrt. — Reise in der Schweiz. — Zellänge.

Schiller-Theater O. Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.
 Sonntag, abends 8 Uhr, s. 1. Male:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Summelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Gastspiel Wiesenthal.
Neues Theater.

8 Uhr. Gastspiel Hansi Niese:
Die Mutter. Eine Zuflucht.
Schöne Seelen.

Theater des Westens.
 8 Uhr: Die Dame in Rot.
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
 Ein Walzerstraum.

Residenz-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
 Letzte Spielzeit unter Direktion Richard Alexander.
Ein Walzer von Chopin.
 Schwanke in 3 Akten v. Róroul u. Barcé.
 Für die deutsche Bühne bearb. v. Volten-Bücher. — Morgen u. folgende Tage:
 Ein Walzer von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Donnerstag, den 21. Sept., 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
 Freitag, 8 Uhr: Kabale und Liebe.
 Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen.
 Abends 8 Uhr zum 1. Male: Wohlmauder.

Belle-Alliance-Theater.
 Heute und morgen, abends 8 1/2 Uhr:
 Helmat.
 Gastspiel Agnes Freund.
 Sonnabend, 23./9., s. 1. Male: Jaza.

ROSE-THEATER
 Große Französischer Str. 102.
Das Räthchen von Heilbronn.
 Anfang 8 Uhr.
 Freitag: Das Räthchen von Heilbronn.
 Sonnabend zum 1. Male: Die Festsche.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark
 Von abends 6 Uhr ab 50 Pf.

Quisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Das Wintermärchen.

Neue Volksbühne
 Die Kunst dem Volke!

Heute Donnerstag im Neuen Volks-Theater, Köpenicker Str. 68: In Behandlung. Komödie von Max Dreyer.

Jeden Sonntag Vorstellungen im Deutschen Theater

Kammerspielhaus
 Schiller-Theater O.
 Schiller-Th. Charlottenburg
 Kleinen Theater*

Neuen Volks-Theater
 Theater in der Königgrätzer Str.
 Metropol-Theater*

Neuen Operetten-Theater*
 Tranon-Theater
 Theater der Hochschule in Charlottenburg. 150/3

Konzerte, Kunst- und Lese-Abende
 Gesellige Veranstaltungen
 Gesellschaftsreisen.

Eintrittsgeld 1 Mark.
 Jede Vorstellung 1 Mark
 (in den mit * bezeichneten Theatern 1,30 Mark).

Man verlange Prospekte, die in den Zahlstellen des Vereins, in den Warenhäusern Tietz, Alexander-Platz, Frankfurter Allee, Leipziger Straße (an der Theaterkasse) und in der Geschäftsstelle des Vereins: Köpenicker Str. 68 unentgeltlich zu haben sind.

Telephonische Auskunft
 Amt IV 10292, 11498.

Apollo Theater
 Ab 8 Uhr:
 10 große Novitäten,
 u. a.

Die G'schamtige.
 Ein Dialog nach dem bekannten Bild von R. v. Reznicek.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Wiederauftreten v. Joseph Josephi.
 Joseph Giampietro. G. Thielscher.
 Will Bishop. Viktor Horbert.
 Debüt von Else Kupfer.
 Madge Lessing. Gussy Holl a. D.
 Lori Leux a. D. Ly Winter etc.

Anfang 8 Uhr. — Rauchen gestattet.

PASSAGE :: :: ANOPTIKUM
 Das größte Schauetablisement des Kontinents.
 Lebendiger eiserner Zunge.

Ein Fakir ohne Nerven.
 AGA die schwebende Jungfrau.
 Alles ohne Extra-Entree.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr:
Lessing-Theater
 Björnson:
Wenn der junge Wein blüht.

Thalia-Theater
 John Galsworthy:
Der Zigarettenkasten.

Abendabteilungen
 Montag, 25. September,
 Neues Schauspielhaus:
Nathan der Weise.

Neues Schauspielhaus
 Lessing:
Nathan der Weise.

Residenz-Theater
 Emil Augier:
Die arme Löwin.

Herrnsfeld-Theater
 Wied:
2 x 2 = 5.

Die Mitgliedskarten müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden, für die Nachmittags- und Abendabteilungen.
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule.
 Sonntag, den 24. September 1911, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelblaser 15 (großer Saal):
Lichtbilder-Vortrag
 des Genossen Otto Roth: „Die deutsche Revolution 1848 und 49“. — Mit 90 farbigen Lichtbildern.
 Eintritt 30 Pf. — Garderobe frei.
 Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Casino-Theater
 Lotzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Abendlich der neue Berliner Vossen-Schlager
Der selige Holschinsky.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Papa Ritsche.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Meisterlinge v. Dürberg
 Unter Solotitel.
Nr. 14.



Ausstellung Nordland

Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschuhbahn)
 Eröffnung: Sonnabend, den 23. September

125 Polarbewohner

bei Arbeit, Sport und Spiel
 Wissenschaftliche und lehrreiche Darstellungen.

Ausstellungshalle: 2200 qm groß * Vorführungshalle: 2800 qm groß

- Eskimo-Niederlassung mit Polarhunden und 20 Eisbären.
- Erzeugnisse nordischen Haus- und Gewerbfleißes.
- Samojeden-Truppe mit Sommer- und Winterhütten u. Renttiertgespannen.
- Vorführung von Sitten und Gebräuchen der Polarvölker.
- Lappländer-Kolonie, große Renttierherde mit Hundemeute.
- Jagdscenen, Sport u. Spiel, Skiläufer, Schlittenfahrten mit Renttieren.
- Schwedische Landschaft mit Schweden und Schwedinnen in Nationaltracht.
- Vorführung schwedischer Nationaltänze und Gesänge (Ringel-Reihen) nach dem Muster des Freiluft-Scanden.
- Große ethnographische u. zoologische Sammlung.
- Vorführung von 20 Polarbären ohne Käfig.

Eintrittspreis in die Ausstellungshalle 50 Pf.

Zirkus Busch.

Donnerstag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere!!

Auf vielseitiges Verlangen Wiederauführung der neucinstudierten Pantomime
Ein Jagdfest am Hofe Ludwigs XIV.
 Original-Ausstattungsstück des Zirkus Busch in 5 Akten.
 1. Akt: **Das Waldfest.** Der Ueberfall der Bären. Die große Treibjagd über die 60 Fuß hohen Kaskaden.
 2. Akt: **Im Park von Fontainebleau.** Schäferszene.
 3. Akt: **Die Hetzjagd der Bären u. Wölfe durch das Wasser.**
 4. Akt: In d. Pagenschule. **Waffenspiele u. Fechtballetts.**
 5. Akt: **Ludwig XIV. und sein Hof** (das nächtliche Prunkfest).
Die 300 spielenden Wasserkünste und die Riesen-Mittel-Fontaine.
 Wassersturz aus der Höhe der Zirkuskuppel.
 Vorher: Die letzte und größte Attraktion aus **Karl Hagenbecks** berühmtem Tierpark Stellingen.
Die beiden Menschen-Affen.
 Max u. Moritz (nur kurzes Gastspiel) und das glänzende Gala-Programm.

Concordia-Festsäle Andreasstr. 64

Inhaber H. Wendt und A. Schütze.
 Donnerstag, den 21. September 1911:
Eröffnungs-Soiree
 der allgemein bekannten und beliebten
Hoffmanns Sänger

Dir. Fr. Fanther
 mit vollständigem neuem Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Vorsangskarten 15 Pf.
 Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
 Diese Soireen finden jeden Donnerstag und Sonntag statt.



CLOU
BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
 !!! Heute !!!
Großes Doppel-Konzert!
 Reg.-Kap. d. Garde-Grenad.-Reg. Nr. 5,
 Dir. Oberm. Knäfel. — Reg.-Kap. des
 Garde-Hus.-R. Dir. Oberm. Maasberg.
 Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
 Auftreten sämtl. Attraktionen.
 9 1/2 Uhr zum 6. Male:

1000 JAHRE

MEERESGRUND

auf dem
 Nach Motiven aus 1001 Nacht in 5 Bildern, Entworfen und inszeniert vom Kommissionsrat Direktor A. Schumann.

Luna-Park.

Sensation. Attraktionen.
 Eintrittspreis bis 6 Uhr 30 Pf., nach 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.

Sonnabend, den 23. September:
Elitetag.
Riesen-Front-Feuwerk.
 In der „Straßen von Kairo“:
Großes Abschiedsfest.
 Große sudanesishe Tauffeier.
 — Prunk-Illumination des Parks. —
 3 Kapellen 3. Eintrittspreis 50 Pf.

Admiralspalast

Eis-Arena.
 Geöffnet v. 10 Uhr vorm.
 Nachmittag:
 Kunstlaufproduktionen,
 u. a.
 Apachenänze.
 Einöshofer-Konzert.
 Allabendlich:
 Das prunkvolle Eisballett

Montreal
 Die Stadt auf Schlittschuhen.

Neu: **Push-Ball-Spiel**
 Exquisite Restauration
 bis 1 Uhr nachts.
 Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
 abda.: halbe Kassenpreise.

Freireligiöse Gemeinde

Jugendweihe

der Kinder von Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde
am Sonntag, den 24. September, vormittags 10¹/₄ Uhr,
 bei Happoldt, Hasenheide 32-38, Eingang Gräfenstraße.
Festrede von Dr. B. Wille: „Das Recht der Jugend“.
 Eintrittspreis: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf. 57/7

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener
 Lacherfolg!

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den
 Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnt. 11-2 Uhr (Theaterkasse).

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
 Berlin N., Brunnenstraße 16.
Der Mann im Monde.
 Stoffe mit Graf. in 5 Akten v. Jacobson.
 Anf. 8¹/₂ Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 Mk.
 Ehren- und Vorzugsstellen gütig!
 Morgen 3. Sept. 19. Mann im Monde.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Marietta Oilly
 (Kleines Theater)
Guido Herzfeld
 (Deutsches Theater)
 in ihrem Skotch
„In einer Nacht!“
Soma Balogh
 4 Sänger m. d. doppelt Kohle
 und das große
Variété-Programm.

Volgt-Theater

Donnerstag, den 21. September:
 Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Schönhauser
Allee 148.
Der Prozeßhansl.
 Volksschauspiel in 4 Akten von
 Ludwig Gumboldt u. Hans Reuert.
 Sonntag 7 Uhr. Anfang 8¹/₂ Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
 Meysel, Britton, Seidel,
 Horst, Schröder, Schubert,
 Gröning A. u. R. Schrader.
 Anfang
 moentags
 8 Uhr.
 Sonntags
 7 Uhr.

SPORTPALAST

Potsdamer Str. 72
 Allabendlich: Hurra! Parade! Gr. militärische Revue in 6 Bildern. Sport-Attraktionen I. Ranges. Sololäufer u. -Läuferinnen, Schnelllauf-Konkurrenzen, Hockey-Spiele usw. Zirkus 200 Mitwirkende.
2 Musik-Kapellen. — Feenhafte Beleuchtung.
Sonntag erster Volkstag.
 Eintritt bis 5 Uhr 30 Pfg., abends 50 Pfg.
 Nachmittags und abends Vorstellungen.

Grösster Eispalast der Welt!

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
 :: (Am Hackeschen Markt) ::
 Empfehle den werthen Gemeindegliedern und Vereinen meine
Säle von 50 bis 1500 Personen
 fassend, zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art
 zu den billigsten Bedingungen.
 Großer Saal noch einige Sonnabende im November u. Dezember
 zu vergeben. Johann Heidrich, Galtruit.

Der Verkauf
der Abonnements-Garderobe
 des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung J. Stock & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstraße, Eingang Johannisstraße.
Anzüge u. Paletots von 10 Mark an.

Union-Theater

Direktion: Willy Cremer.

Moritzplatz

Asta Nielsen

die „Duse der Kino-Kunst“
„Im großen Augenblick!“
 Schauspiel in 3 Akten.
 Anfang der Vorstellung 5 Uhr.
 Ende 11 Uhr.

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
 Sonntag, 24./9.: **Der Stadtrombeter.** Gesangsposse in 4 Akten von Mannhardt. Anfang 7¹/₂ Uhr.
 Montag, 25./9.: **Die Wohltäter der Menschheit.** Schauspiel in 3 Akten von Philipp. Anfang 8¹/₂ Uhr.

Königstadt-Kasino.

Solzmannstr. 72, Ecke Alexanderstr.
 Täglich:
In lauschiger Nacht.
 Burleske mit Gesang in 1 Akt.
 Nante Pohlmann, Mony Solms, Mimi Neumann, Rudolfi, Präciosa, der weltl. „Sherlock Holmes“.
 Anf. moent. 8. Sonntags 6 Uhr.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ihr Alibi.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
 Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
 bei freiem Entree. C. NIBLE.



Gartenstadt Falkenhagen-West

direkt am Bahnhof Seefeld
 Fahrzeit ab Lehrter Hauptbahnhof 20 Min., ab Charlottenburg, Bahnhof Jungfernheide, 20 Min.
 Reizende landschaftliche Lage, weitenweite Laub- u. Nadelwäldchen. Ideale Wohnstätte für jedermann. Leichtester Erwerb eines Eigenheims.
 Herr Hochwald-, Villen- und Landgrundstücke, □ R. 15 Mark an! Kleinste Anzahlung, 10jähr. Amortisationshypothek. — Sommer-Ferienhäuser 300 M., Eigenhäuser 5000 M. an.

Auskunft u. Prosp. kostenlos im Verkaufspavillon links vom Bahnhofsausgang, in 1 Minute auf unserem Terrain.

Nieschalke & Nitsche
 Berlin, Neue Königstr. 16
 Fernspr.: Amt VII. 6376.

Ein neuer Zuschneide-Frei-Kursus

im Schnittzeichnen, Zuschneiden u. Nähen d. gesamt. Damen- u. Kind-Garderob. sowie Wäsche beginnt am Montag, d. 2. Oktober, Anmeldekarten, Prospekto grat. u. fr.
Berliner Zuschneide-Akademie
Dr. Krämer
 Oranienburger Str. 92, I., III. u. IV. Et.
 Eckhaus, am Hackeschen Markt, Nähe Bahnhof Börse u. Zirkus Busch.

Achtung!!

Java-Deckblatt
 hell, Vollblatt und sehr vorteilhaft deckend, per Pfund 3.— M.
Hamburger Rohrtabak-Haus
 Filiale: Berlin N., Brunnenstraße No. 25.
 295/12

Eröffnung am Sonnabend, den 23. d. Mts., eine 6995

Rind- und Schweineschlächterei.

Otto Moers, Greifenhagener Straße 54.

Weißensee!

Meinen werthen Freunden, Kollegen und Gästen mache hiermit bekannt, daß ich in Weißensee, Berliner Allee 60, das Lokal
„Alpenrose“
 übernommen habe und bitte um gütigen Zuspruch. Franz Spatz.

Gelegenheitskauf! Wollene

Schlafdecken
 St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!
 St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

für die Portieren alle Farben.
 Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.
 Abgeh. Friesmäntel 2,25—3,25.
 Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158.

Bekanntmachung!

In den letzten Tagen ist von verschiedenen Personen behauptet worden, daß in unseren Meiereibetrieben

Hermannstraße 53 und Hermannstraße 95-96

Fälschungen bei der Butterbereitung vorgekommen seien. Diese Behauptungen sind durchweg wider besseres Wissen aufgestellt, da in unseren Betrieben nach wie vor nur **Garantiert reine Naturbutter** aus süßer Sahne hergestellt und in unseren Geschäften verkauft wird. Wir verkaufen stets nur **Eigenes Fabrikat.**

Die Verbreiter dieser üblen Nachreden werden wir zur Rechenschaft ziehen und bitten unsere geehrte Kundschaft, uns solche Personen tunlichst bald namhaft zu machen. Wir sichern demjenigen, der uns in den sieben Jahren unseres Bestehens eine Fälschung nachweist, eine

Belohnung von 1000 Mark zu.

Meierei J. Schmidt Söhne

Hermannstraße 53 und Hermannstraße 95-96.

Reik in Rixdorf

Jede kluge Hausfrau

kauft in den Reik-Läden, weil sie dort die Lebensmittel am besten, am billigsten und mit dem höchsten Rabatt bekommt.

Für jede vollgeklebte Rabattmarke mit 50 Mark Reik-Rabattmarken werden in jedem Reik-Laden sofort 5 Mark Rabatt in bar zurückgezahlt.

Rabattkarten zum Einklophen der Reik-Rabattmarken gibt es in allen Reik-Läden umsonst.

Sehr gute Ware zu sehr billigen Preisen mit hohem Rabatt:

Nicht für Wiederverkäufer. — Nur soweit Vorrat.

Linsen, große	Pfund	16 Pf.
Gelbe Erbsen	"	16 "
Geschälte gelbe Erbsen hochfein	"	23 "
Kakao	"	50 "
Block-Schokolade	"	56 "
Kaisermehl	"	18 "
Weizenmehl	"	16 "
Feinstes Auszugmehl in 5 Pfund-Beuteln	5 Pfund	100 "
Feinstes Auszugmehl in 10 Pfund-Beuteln	10 Pfund	200 "
Eier, sehr schöne frische	"	7 ¹ / ₂ "
Brot schwarzes Gewicht	Stück	45 u. 55 "
Bratenschmalz, hochfein	Pfund	56 Pf. netto
Molkerei-Tafelbutter, die beste, die es gibt	"	136 Pf. netto

mit hohem Rabatt

Alle anderen Lebensmittel werden ebenfalls billig verkauft.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf-Galensee. Heute Donnerstag, den 21. September: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Aufstellung der Kandidaten. — Die fälligen Bibliotheksbücher sind zurückzugeben. Der Vorstand.

Steglitz. Am Sonnabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Virkelwäldchen“ ein Liedabend von Käthe Hyan, Sängerin zur Laute, statt. Eintrittskarten a 30 Pf. sind noch an der Kasse zu haben. Um zahlreichen Besuch erucht Der Bildungsausschuss.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr im Stadttheater: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag in Jena.

Jossen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unsere Wahlvereinsversammlung umständehalber erst am Donnerstag, den 28. September, stattfindet. Der Vorstand.

Dabendorf bei Jossen. Am Sonnabend, den 23. d. M., abends 9 Uhr, bei Wiese: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von Verbandsgeneralsversammlung Groß-Berlins. 2. Bericht vom Parteitage zu Jena. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Lebensmittelsteuer und die Gemeinden.

Die heutige Stadtverordnetenversammlung hat sich unter anderem mit Anträgen zu beschäftigen, die auf eine Verringerung der Lebensmittelsteuer hinauslaufen. Die Gemeinde Schöneberg hat das dieser Tage bereits getan. Der Wilmersdorfer Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Magistrat von Berlin sofort zu bitten, die Gemeinden Groß-Berlins schnellstens zu einer Konferenz nach dem Berliner Rathaus einzuladen, zwecks gemeinsamer Beratung über Maßnahmen, die zur Verringerung der Lebensmittelsteuer zu ergreifen sind.

Es wäre dringend am Platze, daß die Gemeinden endlich auch Positives auf diesem Gebiete leisten. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß in erster Linie die Reichsregierung Abhilfe zu schaffen hätte durch Beseitigung der Zölle.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in der letzten Fraktionsitzung beschlossen, folgenden Antrag einzubringen:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, angehts der eingetretenen und voraussichtlich in nächsten Jahre sich noch vermehrenden Steuerung der Lebensmittel in Erwägung zu ziehen, ob und bei welchen Kategorien der städtischen Beamten, Hilfskräfte und Arbeiter eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne einzutreten hat, und ob vor einer solchen Aufbesserung vorübergehende Steuererhöhungen zu gewähren seien. Die Versammlung sieht eventuellen Anträgen des Magistrats entgegen.“

Bei der Sparkasse der Stadt Berlin hatte nach einer Reihe von ungünstigen Jahren sich im vorletzten Geschäftsjahr zum erstenmal wieder eine Mehrung der Sparer und ein Uberschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen ergeben. Offenbar war der Aufschwung im wesentlichen daraus zu erklären, daß hauptsächlich die „feiteren“ Sparer, die seit langer Zeit der Berliner Sparkasse ihre Ersparnisse ferngehalten hatten, sich ihr jetzt wieder zuwandten. Sie konnten das, nachdem inzwischen durch die „Sparkassenreform“ die Höchstgrenze der Einzahlungssumme pro Buch von 1000 M. auf 3000 M. erhöht worden war. Im Geschäftsjahr 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911) ist nun der Aufschwung bereits wieder zum Stillstand gekommen. Die Summe aller Einzahlungen, im vorletzten Jahre 79 229 416 M., hat diesmal sich nur ganz wenig höher auf 80 052 786 M. gestellt. Dagegen ist im letzten Jahre die Summe der Rückzahlungen, die im vorletzten 66 641 091 M. betrug, mit 67 541 985 M. ermittelt worden. Hiernach berechnet sich das Einzahlungsmehr diesmal auf 12 510 801 M., während es im vorletzten Jahre 13 288 325 M. war. Aus Einzahlungsmehr und Zinszuschlag — der im vorletzten Jahre 9 124 507 M., im letzten 9 796 165 M. betrug — ergibt sich als Guthabenzuwachs für das vorletzte Jahr 22 412 832 M., für das letzte Jahr 23 306 966 M. Für diejenigen, die nichts gespart haben und bei geringem Einkommen und zunehmender Steuerung überhaupt nichts sparen können, wird es ein eigenartiger „Trost“ sein, zu hören, daß durch obigen Zuwachs das Gesamtguthaben der Sparer bis 31. März 1911 auf 361 788 844 M. sich erhöht hat. Diese Summe verteilt sich auf 792 592 Sparbücher. Die Gesamtzahl der Sparbücher war im vorletzten Jahre, nachdem sie einige Jahre hindurch sich vermindert hatte, um 5905 gestiegen; im letzten Jahre aber stieg sie nur um 4053. Es ist also auch hier schon wieder eine Verlangsamung eingetreten. In dem soeben erschienenen neuesten Jahresbericht der Sparkasse, dem wir diese Zahlenangaben entnehmen, fehlt zum ersten Male die Mitteilung, wie viel bei Verteilung des Gesamtguthabens der Sparer auf die Gesamtbevölkerung Berlins pro Kopf herauskommt. In den früheren Berichten wurde das jedesmal, wie wir alljährlich mit Vergnügen konstatieren konnten, gewissenhaft vorgerechnet. Man scheint im Sparassessorat jetzt endlich die Lächerlichkeit dieses Rechenzempels begriffen zu haben.

Ein städtisches Wohnungsamt

fordert ein sozialdemokratischer Antrag von der Stadtverordnetenversammlung, der in nächster Woche in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kommen dürfte. Er besagt: „Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, nach der ein städtisches Wohnungsamt mit Wohnungsaufsicht und unentgeltlichem Wohnungsnachweis für kleinere Wohnungen begründet wird.“

Der obige Antrag ist schon vor Jahren einmal gestellt, aber von der Mehrheit abgelehnt worden. Inzwischen haben eine ganze Reihe von Kommunen solche Wohnungsämter ins Leben gerufen, selbst Charlottenburg besitzt ein solches Amt. Da Berlin immer erst dann etwas tut und dann auch nur der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe, wenn andere Gemeinden vorangegangen sind, darf man diesmal auf die Stellung der kommunalfreimüthigen Mehrheit im Notenkause gespannt sein.

An unsere Abonnenten! Am Freitag, den 22. September, verlegen wir unsere Zeitungspedition von der Dycker Str. 123 nach der Breitenhagen Str. 27, im Laden.

Die Hauptexpedition.

Der Verein der Volkshilfsgärten in Berlin (E. V.) eröffnete in diesem Monat seinen achten Kindergarten in dem Hof von der Stadt Berlin hierzu überlassenen Räumen des Schulgebäudes Tegeler Weg 18/20. Das starke Bedürfnis für die Ausbreitung der Volkshilfsgärten erwies sich hierbei wiederum dadurch, daß die Zahl der für den neuen Kindergarten angemeldeten Kinder alsbald die für die Aufnahme zulässige Höchstzahl überschritt.

Die Besuchsordnung für die königlichen Museen ist im Winterhalbjahr folgendermaßen geregelt: Das Alte, Neue, Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerkunde sowie die Sammlung für deutsche Volkstümlichkeiten sind an den Sonntagen und am zweiten Weihnachtstage von 12 Uhr ab, im Oktober und März bis 5 Uhr, November und Februar bis 4 Uhr, Dezember und Januar bis 3 Uhr geöffnet. Montags bleiben die Museen wegen der Reinigung geschlossen; ausgenommen hiervon ist das Museum für Völkerkunde, das vom 1. Oktober 1911 ab Montags geöffnet und dafür Dienstags geschlossen wird, damit wochentags stets eines der Museen an der Königgräfer und Prinz-Albrecht-Strasse dem Publikum zugänglich ist. An den übrigen Wochentagen werden die Museen um 10 Uhr morgens geöffnet und um 3 Uhr geschlossen, nur im Kaiser-Friedrich-Museum erfolgt auch wochentags die Schließung zu denselben Zeiten wie an den Sonntagen. Am Bußtag sowie am ersten Weihnachtstage und am Neujahrstag bleiben die Museen geschlossen. Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums ist wochentags von 10 bis 10 Uhr geöffnet. Der Besuch der Museen ist unentgeltlich bis auf das Kaiser-Friedrich-Museum, in welchem Dienstags und Mittwochs 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben werden.

Die Verbreiterung der Prenzlauer Straße wollte der Magistrat auf 19 Meter vornehmen, obwohl der technische Sachverständige und die Tiefbaudeputation 24 Meter für notwendig erachteten. Der Magistrat hatte finanzielle Bedenken, den Vorschlägen der Tiefbaudeputation Rechnung zu tragen. In dem mit der Beratung der Materie beauftragten Ausschuss wurde dargelegt, daß die Prenzlauer Straße durch einen Ausbau der an Weihensee und Heinersdorf gelegenen Terrains später einen erheblichen Verkehrszuwachs zu bewältigen habe. Verbreiterte man die Straße, so solle man ganze Arbeit machen und von vornherein eine Breite von 24 Meter vorsehen und nicht von 19 Meter, wie der Magistrat das will. Der Ausschuss lehnte deswegen die Magistratsvorlage ab und ersuchte den Magistrat, eine neue Vorlage auf der Basis von 24 Meter Straßenbreite zu machen.

Keine Umzugs-Soldaten! Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, hat infolge der starken Stellunglosigkeit bei den Transportarbeiterberufen die königliche Kommandantur in Berlin wiederum einen Befehl in die einzelnen Regimenter ergehen lassen, daß für den Oktoberzug kein Militär hinzugezogen werden dürfe. Nur bei Offizieren und sonstigen Militärpersonen soll die Disziplinierung von Soldaten erlaubt sein. Jeder vorkommende Fall der Zuwiderhandlung soll sofort den einzelnen Regimentsbüros gemeldet werden.

Nach unserer Auffassung sollten Soldaten, die für ganz andere Zwecke da sind und von der Allgemeinheit erhalten werden, auch dann nicht beim Umzug Verwendung finden, wenn Offiziere oder sonstige Militärpersonen die Wohnung wechseln, namentlich wenn der Befehl nicht im dienstlichen Interesse, sondern aus Gründen rein privater Natur vorgenommen wird. Bei dienstlichen Umzügen erhalten die Offiziere wie jeder andere Staatsbedienstete die Umzugskosten aus der Staatskasse voll ersetzt. Es liegt also auch hier kein Grund vor, zur Ersparnis für den Staat die auf Verdienst angewiesenen gleichermäßigen Transportarbeiter zu benachteiligen und Soldaten ihrem eigentlichen Zweck zu entziehen.

Stetiges gilt für die Feuerweh, deren untere Chargen früher beim Umzug in recht erheblichem Maße verwendet wurden, so daß es deshalb sogar zu recht unerquicklichen Straßenaufritten gekommen ist. Ähnlicherseits ist dann auf unser Drängen zugefagt worden, daß diese Ausnutzung der Mannschaften unterbleiben soll.

Die Prüfung der Gemeindegewählerliste hat sich in diesem Jahr wieder für eine beträchtliche Zahl von Wahlberechtigten gelohnt. Wie wir bereits meldeten, war für 77 785 Personen die Liste eingesehen und für 3671 ein Einspruch erhoben worden. Der Magistrat verfügte ohne weiteres, daß die in 376 Fällen geforderte Verichtigung irriger Angaben über Personalien sowie die in 94 Fällen geforderte Uebersetzung nach der richtigen Wohnung auszuführen seien. Von den 3201 eingegangenen Anträgen auf nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste erledigten 194 sich dadurch, daß die betreffenden Personen tatsächlich bereits in der Liste standen. Aus den übrigen 3017 Personen fand der Magistrat nur 94 heraus, bei denen er nach Ausweis der in seinem Wahlbureau geführten Personenblätter der nachträglichen Aufnahme zustimmen zu sollen meinte. Die Stadtverordnetenversammlung hat durch den Ausschuss, dem sie die Vorlage des Magistrats überwies, eine gründlichere Prüfung vornehmen lassen. Dabei sind noch 479 Personen herausgefunden worden, deren Antrag auf Aufnahme in die Gemeindegewählerliste von dem Ausschuss als berechtigt anerkannt werden mußte. Im ganzen wird also für 573 Personen die nachträgliche Aufnahme empfohlen, abgesehen von denen, deren Aufnahmeanträge dem Magistrat zu nochmaliger Prüfung zurückgegeben worden sind und möglicherweise gleichfalls noch als begründet anerkannt werden müssen. In diesen 573 Reklamanten, denen das Gemeindegewahlrecht unberechtigtweise vorenthalten worden war, gehören z. B. 100, die irrtümlich als Schlafburgen angesehen wurden; 50, die fälschlich als Preußen nicht staatsangehörig galten; 68, die angeblich noch nicht ein Jahr in Berlin wohnen; oder bereits wieder aus Berlin verzogen sein sollten. Unter den sehr vielen wegen Steuerhinterziehung nicht in die Gemeindegewählerliste aufgenommenen Personen waren nur wenige, die inzwischen noch bezahlt hatten und daher nachträglich aufgenommen werden sollen. Die Wahlentziehung wegen Unterstutzung aus öffentlichen Mitteln erstreckt sich bei den Gemeindegewählern bekanntlich auch auf diejenigen Personen, die nur einmalige Beihilfe erhalten haben oder gar nur durch Krankenpflege „unterstützt“ worden sind. Im Ausschuss wurde von unseren Genossen beantragt, diese Personen sämtlich ohne weiteres in die Liste aufzunehmen, aber die Mehrheit lehnte ab. Bewilligt wurde die Aufnahme nur derjenigen, die überhaupt nicht zur Zahlung aufgefordert worden waren.

Ein Raubversuch auf dem Postamt. Gestern vormittag gegen 8 1/2 Uhr erschien auf dem Postamt 50 im Hause Rannburger Str. 12 in Charlottenburg ein etwa 30 Jahre alter Mann und forderte unter einer bestimmten Chiffre postlagernde Briefe. Als sich der Beamte umdrehte, griff der Mann durch das Schalterfenster hindurch und raubte 750 M. Papiergeld. Dann ergriff er die Flucht. Er wurde aber verfolgt und noch in der Rannburger Straße ergriffen. Auf der Polizeiwache stellte man ihn als den noch Otto Panzer, der Konstr. 129a wohnt, fest. Der Verhaftete machte während seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium den Versuch, aus dem Fenster zu springen. Er wurde jedoch daran verhindert, indem ihn die Beamten an den Füßen in das Zimmer zurückzogen. Das geraubte Geld wurde ihm natürlich sofort wieder abgenommen.

Eine längere Betriebsstörung auf der Hochbahn, die sich recht empfindlich bemerkbar machte, trat gestern morgen um 8 Uhr ein. Auf der Station Rößernbrücke war die Wodanlage defekt geworden, so daß die Signaleinrichtung nicht funktionierte. Infolgedessen mußten die Fahrmeldungen auf telephonischem Wege erfolgen resp. die Schaffner mit dem sogenannten Wodgettel versehen werden. Hierdurch erlitten bis kurz nach 9 Uhr die sämtlichen die Station Rößernstraße passierenden Züge Störungen bis zu 20 Minuten Dauer. Nach Beseitigung des Defektes konnte der Betrieb wieder regelmäßig aufgenommen werden.

Der „Jellerhausorden“. Jetzt fangen auch Wohltätigkeitsinstitute schon an, „Orden“ zu verleihen. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, ist am Sonntag namens des Kuratoriums und des Verwaltungsvorstandes des Jellerhauses dem Militär-Oberpfarrer, Konfessionalsrat Goens das Jellerkreuz ersten Grades überreicht worden.

Auch wir haben für die Veltreibungen des Jellerhauses, Kindern trunfächtiger Eltern eine gute Erziehung zu gewährleisten, manches übrig. Aber die Verwaltung sollte es mit ihren reklamehaften Maßnahmen doch wirklich halbwegs machen, wenn sie sich in der denkenden Bevölkerung nicht alle Sympathien verdienen will. Solche „Ordensverleihungen“ mögen in den hochstehenden Kreisen, welche das Jellerhaus während der letzten beiden Jahre an sich zu fesseln verstanden hat, Anklang finden. Volkstümlich werden über so etwas nur lächeln können. Dabei steht doch das Jellerhaus in seinem inneren Ausbau noch lange nicht so fest auf den Beinen, um in solcher aufwändigen Weise wieder mal von sich reden zu machen. Rettung von Trinkerkindern, Mütterkonferenzen, Säuglings-Prämierungen und nun noch Ordensdecorationen — mehr kann man von der geschäftlichen Vielseitigkeit, die jetzt wohl mit der Ordenswürde nach der goldenen Spedseite wirkt, nicht verlangen. Wo wirklich Gutes geleistet wird, verzichtet man getrost auf derartigen, an Karnevals-Vereinigungen erinnernden Fritzeleien.

Die Enders-Brauerei im Konkurs. Die Brauerei Weihensee, Inhaber Gustav Enders in Weihensee, Berliner Allee 211/215, hat den Konkurs anmelden müssen. Schon seit längerer Zeit hatte die Firma, eine der ältesten Brauereien Groß-Berlins, mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die lediglich infolge des Brausteuergesetzes eingetreten waren, durch das bekanntlich die kleineren und mittleren Brauereibetriebe in schwere Bedrängnis gerieten. Dazu kam die sich immer mehr steigende Verzögerung und Konkretisierung der Großbrauereien, gegen deren Machtentfaltung und Konkurrenz die kleineren Betriebe nicht ankämpfen konnten. Trotz aller Bemühungen, eine Sanierung herbeizuführen, mußte nunmehr der Konkurs über die Firma Gustav Enders angemeldet werden.

Von einem Privatautomobil überfahren und auf der Stelle getötet wurde, wie nachträglich aus Hohen-Schönhausen berichtet wird, am Montag der 34jährige Kutscher Gustav Wahn. Das Automobil gehörte einer hiesigen großen Firma, das auf einer Probefahrt begriffen war.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, Berlin SO. 16, Adalbertstraße 41, hat ihr Bücherverzeichnis nunmehr in dritter Auflage erscheinen lassen. Daß die von dem Genossen Hugo Heimann begründete Bibliothek, die das Muster einer wirklichen Volksbibliothek darstellt, bemüht gewesen ist, ihren Bücherschatz allen Anforderungen entsprechend zu vermehren, beweist schon der Umstand, daß diesmal der Umfang des Bücherverzeichnisses infolge der Neuanfassungen um 143 Seiten gewachsen ist und nunmehr 850 Seiten umfaßt. Die Neuanfassungen erstrecken sich auf alle Gebiete der wissenschaftlichen, technischen und belletristischen Literatur. Auch darauf sei hingewiesen, daß die in den Leserräumen dem Publikum zur Verfügung stehenden Zeitungen und Zeitschriften, die in dem Bücherverzeichnis nicht aufgeführt werden, 102 politische Zeitungen, darunter 34 Berliner Zeitungen, und 439 Zeitschriften jeder Art und Richtung umfassen. Die Benutzung der Bibliothek sowohl wie der Lesehalle kann daher den Arbeitern nur erneut dringend empfohlen werden.

Feuer in einer Fabrik. Gestern früh gegen 2 Uhr wurde die Feuerweh nach der Michaelkirchstraße 20 gerufen, wo in einer Nähennäbelfabrik ein größerer Brand ausgebrochen war. Die Feuerweh mußte längere Zeit Wasser geben, um die Flammen, die an Holzgeräten u. w. reiche Nahrung gefunden hatten, zu ersticken. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Delegiertenwahlen zum Zweckverband Groß-Berlin haben wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, was die Sozialdemokratie von den sogenannten entschiedenen Liberalen zu erwarten hat, sobald die Herren die Majorität haben. In der bürgerlichen Presse wird es so dargestellt, als seien die sozialdemokratischen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung schuld daran, daß denselben kein Mandat für die Vertretung im Zweckverband zugefallen sei. Demgegenüber sei folgendes betont: Der Oberbürgermeister Dominikus lehnte sich mit den einzelnen Fraktionen ins Ernemehmen, um die Wahlen möglichst einheitlich zu gestalten. Von den zu wählenden fünf Delegierten nebst fünf Stellvertretern sollten dem Magistrat drei Delegierte und zwei Stellvertreter überlassen bleiben und der Rest sollte von den Stadtverordneten besetzt werden. Die Sozialdemokraten stimmten dem zu und schlugen vor: die Liberalen stellen einen Delegierten und einen Stellvertreter, die Sozialdemokraten einen Delegierten, während die beiden schwächeren Fraktionen je einen Stellvertreter erhalten. Die Liberalen verlangten, mit Rücksicht darauf, daß sie von 66 Seiten 31 innehaben, zwei Delegierte und einen Stellvertreter, eine der kleinen Fraktionen sollte ausfallen. Gegen diese Annahme wandten sich unsere Genossen und wählten ihren in Aussicht genommenen Delegierten, der nunmehr durch das Vorgehen der Liberalen ausfiel. Allerdings wurden unsere Genossen vertrieben, daß wenn Schöneberg sich derartig verneht, daß es noch einen Delegierten erhält, derselbe aus den Reihen der Sozialdemokraten entnommen werden sollte. Unsere Parteigenossen verlangten eine ähnliche Verteilung wie bei der Vorstandswahl, wo sie bei demselben Stärkeverhältnis den zweiten Vorstehenden stellten. Es kam den Liberalen jedoch nur darauf an, eine homogene Besetzung zu erlangen, und das ist ihnen gelungen. Sonderbar mutet es aber an, wenn diese Leute sich jetzt, um ihre unschöne Handlungsweise zu bemanteln, in der Öffentlichkeit als die Unschuldigen hinstellen suchen.

Wilmersdorf.

Der Fall Lazarus vor dem Bezirksauschuss. Die Stadtverordnetenversammlung hatte bekanntlich durch Beschluß vom 15. Februar die am 3. Oktober v. J. erfolgte Wahl des Kaufmanns Emil Lazarus zum Stadtverordneten für ungültig erklärt, weil er nicht als Ortsansässiger zu betrachten sei. Lazarus erhob Klage beim Bezirksauschuss in Potsdam, der sie nach längerer Beratung abwies, indem er die Frage, ob der Sicherstellungsnießbrauch die Rechte des Ortsansässigen bei Kommunalwahlen gewähre, verneinte. Der Kläger will bei dem Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen.

Rixdorf.

Die hiesige Gewerkschaftskommission nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal 1911 entgegen. Einer Einnahme von 148,65 M. steht eine Ausgabe von 67,96 M.

gegenüber. Zu den hierauf folgenden Beratungsgegenständen: Stellungnahme zu dem im November stattfindenden Delegiertenwahlgang für die Ortskrankenkasse, die Wichtigkeit derselben. Den Delegierten wurde aufgegeben, rege hierfür zu agitieren und für geeignete Kandidaten zu sorgen. Bei dieser Gelegenheit wurde zur Sprache gebracht, daß das Vorstandsmitglied der Kasse Herr Reumeyer sowie der Kassendirektor Wagner mit den Innungsmitgliedern konspiriert und den Feinden der Selbstverwaltung Schriftsätze der Ortskasse zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt hätten. Unentschuldig fehlten die Wälder.

Ober-Schöneweide.

Der von den Volksschulen bisher innegehabte Spielplatz an der Kalkenau- und Waldowstraße ist denselben durch die übertriebene Entschädigungsforderung der Terraingesellschaft als Eigentümerin verloren gegangen. Es wird nunmehr beabsichtigt, das Terrain an der Mathausstraße, auf welchem später das Rathaus entstehen soll, allmählich für Spielweide herzurichten, da an den Bau des Rathauses vorläufig nicht gedacht wird.

Die Frage der Abgrenzung des Amtsbezirks ist durch die Umwandlung eines Teiles des Gutsbezirks Köpenick-Först in den Gutsbezirk Wuhlheide wieder akut geworden. Augenblicklich ist der alte Zustand, wonach ein kleiner Bruchteil dieses Bezirks dem Amtsbezirk Ober-Schöneweide unterstand, infolge der Besitzergreifung der Wuhlheide durch die Stadt Berlin außer Kraft gesetzt. Es wird nun zu prüfen sein, ob aus neue eine Zusammenlegung stattfinden soll; bekanntlich gab bislang dieser Zustand den Anlaß, daß die Gemeindevertretung von der Bestimmung über Polizeisachen ausgeschlossen wurde, indem ein sogenannter Amtsausschuß diese Geschäfte besorgte. Es ist nach wie vor dringend zu wünschen, daß diesem Zustand ein Ende gemacht wird; in dieser Angelegenheit scheinen jedoch die Räder äußerst langsam zu mahlen.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Wie's gemacht wird. Das Bedürfnis nach neuen Schulbauten sollte eigentlich bei den Bemittelten Einwohnern Zehlendorfs jetzt mehr als befriedigt sein. Hat doch die Gemeindevertretung vor nicht so langer Zeit zu dem Bau einer Oberrealschule und eines Reform-Realgymnasiums endgültig und in übereinstimmender Weise Stellung genommen. Aber der Drang nach recht großer Bequemlichkeit lenkt in diesen Kreisen keine Grenzen, und ist denn schon seit längerer Zeit bei dem Schichtenverein Dröberstein und dem Verein Zehlendorf-West das Bestreben vorhanden, für Zehlendorf-West neue Schulgelegenheiten zu schaffen. In einer kürzlich erschienenen Notiz im „Zehlendorfer Anzeiger“ wird aufgefordert, Anmeldungen für eine zu Ostern 1912 in Schlachtensee zu errichtende Vorschule schon jetzt an den Vorsitzenden des Ortsvereins zu richten. Wer die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, kann auf den Gedanken kommen, daß es sich um eine zu errichtende Privatanstalt handelt. In der Tat ist das aber der Weg, durch den von jenen Kreisen der entsprechende Druck auf die Gemeindevertretung ausgeübt wird. Hat man erst einmal die Anzahl Meldungen — wie sie zustande gekommen sind, wird in unserem Gemeindeparlament kaum erörtert, dann ist man gewöhnlich schon der Zustimmung der Vertretung sicher. Sie erkennt ein Bedürfnis in jenen Kreisen sehr leicht an, wenn sie auch vor einem längst vorhandenen Bedürfnis, für einen Volksschulhausneubau im Süden, beide Augen und Ohren verschließt. Das wird auch nicht anders werden, bis es endlich der Arbeiterschaft Zehlendorfs möglich geworden ist, durch Vertreter aus ihren Reihen im Dorparlament entsprechend zu wirken. Das für die nächste Gemeindevahl anzustreben, müssen unsere Genossen aus dem geschilderten Vorkommnis als ihre Aufgabe betrachten.

Zossen.

Mit der Errichtung einer Badeanstalt hatte sich die letzte Gemeindevertretung zu beschäftigen. Da der Magistrat jedoch eine geeignete Vorlage nicht herbeigeführt hatte, wurde ein Beschluß noch nicht herbeigeführt. In der Diskussion hierüber brachte Herr Wege zum Ausdruck, daß eine solche Anstalt auch Heilluft, elektrische und ruffisch-römische Wälder haben müsse. Am vorteilhaftesten für die Stadt sei es, wenn die Anstalt von privater Seite errichtet würde. Daß der Magistrat sowie die Stadtverordnetenversammlung dem Wunsche des Herrn Wege Rechnung tragen wird, ist nicht anzunehmen, da Zossen gerade mit Privatinitiativen nicht die besten Erfahrungen gemacht hat. Von der Notwendigkeit einer Badeanstalt ist auch der Magistrat überzeugt.

Herr Wege verlangte des weiteren die Anlegung von Promenadenwegen. Hieron nahm die Versammlung Abstand, da der Ausführung eines solchen Projektes noch mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Ueberdies will Herr Wege die Promenaden nur deshalb angelegt wissen, um wohlhabende Steuerzahler heranzuziehen. Der Antragsteller hätte nicht notwendig gehabt, neue Promenadenwege zu verlangen, sondern hätte fordern sollen, daß die bereits bestehenden z. B. an der Kotte entlang, in einen besseren Zustand versetzt würden.

Auf dem Friedhof werden die schadhafte Brücken durch Wasserleitungen ersetzt, wodurch einem schon längst empfundenen Bedürfnis abgeholfen wird.

Cossenbatt (Kreis Voerskov).

Eine von etwa 100 Personen besuchte Versammlung unter freiem Himmel hörte ein Referat des Genossen A. Sörmer über: „Kotstand, Kriegshetze und Steuerlast.“ Die eingehende und leicht verständliche Rede, in welcher der Referent die schwere wirtschaftliche Lage einer kritischen Erörterung unterzog und auch die nicht-würdige Kriegshetze der Panzerplattenpatrioten und ihrer Replikantenpresse brandmarkte, wurde von den versammelten Landeuten mit großem Interesse verfolgt. Unter dem Hinweis, schon jetzt sich auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu richten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Wendisch-Buchholz.

Nach jahrelanger, immer wieder neu einsetzender Arbeit ist es endlich am Sonntag den Königs-Wusterhausener Genossen gelungen, hier eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Etwa 800 Männer und Frauen, darunter auch Bürgerliche, hörten mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Genossen Thielde über unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. An der Diskussion beteiligten sich der Forster Neuhaus aus dem Orte sowie ein Tischlermeister. Der Gottesmann suchte nachzuweisen, wie notwendig unsere gegenwärtige Steuerpolitik sowie das Einmischen Deutschlands in Marokko sei. Herr A., der von einer Arbeiterfamilie zu stammen scheint, auch selbst in Afrika die Kolonialabenteuer aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, verriet in seinen Ausführungen einen wahren Kolonialenthusiasmus. Der zweite Diskussionsredner entrollte der Versammlung unter allgemeiner Heiterkeit seine Familienverhältnisse.

Beide Herren schienen bei den Zuhörern indes wenig Anklang zu finden. Hierauf besprach Genosse Kaiser aus Königs-Wusterhausen die allgemeinen Steuerungsverhältnisse, die die arbeitende Bevölkerung immer schwerer bedrücken und eine große Kindersterblichkeit im Gefolge haben. Diese Darlegungen zündeten bei den Anwesenden weit mehr als die ihres Seeligeren. Zum Schluß brachte der Königs-Wusterhausener Arbeitergenosse noch einige stimmungsvolle Nieder zum Vortrag. Die Versammlung legte Zeugnis dafür ab, daß es nunmehr auch in dieser bisherigen Junikerdemokratie vorwärts geht auf dem Wege zum Sozialismus.

Kallberge-Rüdersdorf.

Von der organisierten Arbeiterschaft Kallberges und Umgegend ist die Gründung eines Gewerkschaftskartells in die Wege geleitet. Am vorigen Sonntag fand bereits ein großes imposant besuchtes Volksfest statt, das von den Berliner, Wittenberger und Strausberger Arbeiterabteilungen zahlreich besucht war. Auch Strausberger Sänger und Herzfelder Turner nahmen an dem Fest teil und halfen es verschönern. Die Festrede hielt Genosse Stimming, der die Arbeiter-

schaft ersuchte, das in den nächsten Tagen in Wirksamkeit tretende Gewerkschaftskartell nach besten Kräften zu unterstützen.

Petershagen bei Fredersdorf.

Die letzte Gemeindevertretung dürfte für die Entwicklung des Ortes von besonderer Wichtigkeit sein. Die Vorlage, die Grundsteuer betreffend, wurde einstimmig angenommen. Danach wird von allen unbebauten Grundstücken, hierzu gehören auch diejenigen, auf denen sich Lauben, Schuppen usw. befinden, eine Steuer von drei pro Tausend erhoben; von allen bebauten einmündelhaft. Die Zustimmung erfolgte unter der Bedingung, daß, wenn die Steuer genehmigt wird, die Grund- und Gebäudesteuer in Fortfall kommt. Ferner wurde einer Vorlage zugestimmt, wonach bei Verkäufen die Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke von ein auf einmündelhaft pro Hundert erhöht wird; für bebauten Grundstücke soll die Umsatzsteuer mit ein Prozent bestehen bleiben. Für den Schulbau, wie auch für den Beitrag zur Fertigstellung des Bruchmühlener Weges, erhält die Gemeinde von der Kreisparasse für Niederbarnim ein Darlehen von 30 000 M., welches mit vier Prozent verzinst und drei Prozent der Summe jährlich amortisiert werden muß. Für die Tischler-, Tischler- und Schlosserarbeiten beim Schulbau sollen die am Orte befindlichen selbständigen Handwerker aufgefordert werden, Angebote einzureichen.

Nieder-Schönhäusen.

Der hiesige Bildungsausschuß hält am Sonnabend, den 23. September, im Etablissement „Sandsouci“ seinen zweiten Theaterabend ab. Zur Aufführung gelangt: „Jugendfreunde“, Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Fulda. Eintritt 50 Pf., Anfang 8 1/2 Uhr. Am Dienstag, den 19. September, ist bei dem Frauenvortrag ein goldenes Vincenz liegen geblieben. Dasselbe kann bei Herrsch, Waldowstr. 28 b, abgeholt werden.

Zegel.

Der ersten Gemeindevertretung nach den Ferien lag der Bericht über den Gemeindefasendbetrieb für 1910 (drittes Betriebsjahr) vor. Infolge größerer Bekanntheit war die Frequenz des Hafens eine stärkere. Es liefen vom April 1910 bis Ende März 1911 705 Schiffe gegen 576 im Vorjahre ein. Hauptsächlich wurden Baumaterialien und Eisen ausgeladen. Die Einnahmen betrugen 18 887,10 M. (1909: 15 104,40 M.). Es konnten 13 000 M. Ueber- schuß an die Gemeindeverwaltung abgeführt werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zinsen für die aufgewendeten Hafenausbaukosten bis zum 1. April 1913 aus Anleihemitteln aufgebracht werden. Eine annehmbare Verzinsung ist also vorläufig noch ausgeschlossen. — Die Einweihung der Humboldt-Oberrealschule soll im Oktober stattfinden. Gegen eine starke Minorität wurde dem Gemeindevorstande das Arrangement des obligaten Festessens überlassen, wobei natürlich auch wieder in Patriotismus gemacht werden soll. Daß dabei auch auf die Fällung der gähnenden Knopflocher spekuliert wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Hierauf wurde die Errichtung der Unterprima an der Humboldt-Oberrealschule beschlossen. Wie die Regierung über das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden denkt, ist aus den Bedingungen ersichtlich, die der Unterrichtsminister gestellt hat, unter denen die hiesige Realschule die Anerkennung zu einer höheren Lehranstalt gefunden hat. Danach hat die Gemeinde wohl die Unterhaltungspflicht dieser Schule gegenüber, aber die Humboldt-Oberrealschule ist als Eigentümerin des Grund und Bodens nebst den darauf errichteten oder noch zu errichtenden Gebäuden im Grundbuche eingetragen. Demzufolge wurde auch gegen die Stimme unseres Vertreters beschlossen. — Die teils zum Gutsbezirk Schloß Zegel, teils zur Gemeinde Zegel gehörende Humboldtmühle soll an die Kanalisation angeschlossen werden. — Auf dem Poststoppegrundstück wird eine Desinfektionsanlage errichtet werden. — Für das erweiterte Elektrizitätswert wird eine Anleihe von 13 500 M. für die Hafens- und Kreisbahnverwaltung 350 000 M. unter den üblichen Bedingungen aufgenommen. Von letzterer Summe werden 274 061,74 M. für laufende Zins- und Tilgungsbeträge gebraucht. — Für die Erweiterung des Wasserwerks wurde die beantragte Summe von 24 000 M. genehmigt. — In letzter Zeit sind von dem Behindertenheim in Reinfeldorf verschiedene Mißstände an die Öffentlichkeit gebrungen und in der Reinfeldorfer Gemeindevertretung erörtert worden. Es wurde daraufhin die Einsetzung eines Verwaltungsrates beschlossen. Die dem Krankenhauseverbanne angeschlossene Gemeinde Zegel erklärte sich ebenfalls im Prinzip für die Einsetzung eines solchen und erwartet von der Gemeinde Reinfeldorf weitere Vorschläge über die Art der Zusammenlegung des Verwaltungsrates. — In das Auditorium der gewerblichen Fortbildungsschule wurden die Herren v. Vorjig, Malermeister Klabe und Schloffer A. Sturm gewählt.

Aus aller Welt.

Der Eulenburg.

Wohl noch nie ist ein Mensch so tief gefallen, als Fürst Phil von Eulenburg. Einst der Rotgeber und Freund Wilhelms II., der gefeierte Liebling der Gesellschaft, jetzt ein wegen seiner pervertierten Neigungen Geächteter, des Meinelides bringend verdächtigter Angeklagter. Und unsere Justiz, die die geringste Hebertretung polizeilicher Vorschriften zu ahnden weiß, würde auch gern den eigentlich dem Justizhaus verfallenen Eulenburg aburteilen, aber sie kann es nicht! Denn Fürst Phil ist ein todkranker Mann. Zwar ist er erfreulicherweise noch imstande, in Liebenberg dann und wann mal auf die Fasanenjagd zu gehen oder ländliche Feste im Kreise seiner Getreuen zu feiern, auch ermöglichte es sein schwer leidender Zustand, daß er auf seinen umfangreichen Ländereien, die sich bis nach Löwenberg und Gränitz erstrecken, ausgedehnte Spaziergänge und Spazierfahrten unternahm.

Aber er ist doch ein todkranker Mann! Denn als das bisher unbefängelte Gericht der Wiederaufnahme des schwebenden Meinelidprozesses nach Liebenberg drang, wurde plötzlich der Gesundheitszustand des ewig kranken Fürsten so bedenklich, daß der hohe Patient das Bett hüten muß und nur die getreuesten seiner Diener Zutritt zu seiner Durchlaucht haben. Da schon das bloße Geräusch zu solch lebensbedrohenden Komplikationen führte, ist es der Justiz auf absehbare Zeit leider nicht möglich, das Verfahren gegen den Eulenburg weiterzuführen. Und jeder Einseitigkeit wird dem zustimmen. Prozesse mit der damit verbundenen seelischen und körperlichen Aufregung lassen sich wohl gegen so robuste Naturen, wie beispielsweise gegen die aus dem Moabitler Prozeß bekannte Frau Reinhardt weiterführen, nicht aber gegen so zart besetzte, des Meinelides verdächtige Homosexuelle. Denn wer wollte die Garantie dafür übernehmen, daß Fürst Phil an den Folgen des Prozesses nicht sein armes Leben aufhändelt?

Nur ausschließliche aus diesem Grunde kann sich der alte Wohl- spruch nicht erfüllen: Fiat justitia, pereat mundus! Was an deutsch heißt: Der Gerechtigkeit ihren Lauf, und sollte auch die Welt darüber untergehen!

3000 Menschen in Lebensgefahr.

In großer Gefahr schwebten gestern die Passagiere des neuen englischen Riefendampfers „Olympic“, der auf seiner Fahrt von Southampton nach New York 3000 Menschen an Bord hatte. Rahe der Insel Wight stieß der britische Kreuzer „Hawke“, der mit der „Olympic“ in der gleichen Fahrtrichtung dampfte, mit dem Passagierdampfer zusammen. Der „Olympic“ wurde unterhalb der Wasseroberfläche ein großes Loch gerissen, durch das die Wassermengen eindrangen. Durch die wasserdrichten Schotten wurde aber das Vollaufen des Dampfers verhindert, so

daß der beschädigte Dampfer mit seinen äußerst erregten Insassen langsam nach Southampton zurückdampfen konnte. Auch der Kreuzer wurde bei dem Zusammenstoß am Bug stark beschädigt.

Eine schwere Auflage.

Wie aus New York gemeldet wird, beschuldigt das Bundesgesundheitsamt die Fleischexportfirma Schwarz Brothers Company in New Jersey, ekelerregende Zustände in ihrem Schlachthaus gebildet zu haben. Zahlreiche nicht geschlachtete, sondern verwendete Pferdekadaver seien für den Export nach Holland verwendet und dort für den menschlichen Konsum verarbeitet worden.

Kleine Notizen.

Zugzusammenstoß auf der Kleinbahn. Am Mittwochvormittag stießen auf der neu eröffneten Zweiglinie Ohligs-Opladen zwei Züge zusammen. Acht Personen wurden verletzt, darunter einige schwer.

Ein Todesflug. Auf einem Flugfelde nahe Chicago stürzte bei einem Fluge der Aviatiker Rosenbaum ab; er war sofort tot.

Die Cholera in Rumänien. Wie amtlich gemeldet wird, sind in Rumänien bisher 18 Erkrankungen und 15 Todesfälle an Cholera vorgekommen, von denen die meisten auf die Umgebung von Traia entfallen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 24. d. M.: Wanderung von Lehm über Friedrichshagen, Liebenwalde, Wehberg nach Löwenberg. Abfahrt früh 5.50 Uhr Stationer Vorortbahnhof nach Lehm. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 24. September 1911: I. Spandau—Hennigsdorf—Stolpe. Abfahrt: Lehm Bahnhof 6.34 Uhr früh. II. Zegel—Stolpe. Treffpunkt: Endstation der Straßenbahn in Zegel 8 1/2 Uhr vorm. III. Wühlheide—Birkenwerder—Stolpe. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 7.25 Uhr vorm. (Reinfeldorfer-Hofenthal umsteigen). IV. Hermsdorf—Stolpe. Abfahrt: Stettiner Vorortbahnhof 1.40 Uhr nachm. Gäste willkommen.

Zentralverband der Hausbauhilfen und Gehilfen Deutschlands. Bezirk Groß-Berlin. Die Mitgliederversammlung findet nicht heute, sondern Mittwoch, den 27. September, in den „Arminshäusern“, Romanbantenstr. 58, statt. Vortrag von Dr. Leopold Hirschberg über: „Das deutsche Volkslied“ mit Erläuterungen am Klavier und durch Gesang. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vom 11. bis 12. Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Antwortschein und eine Zahl als Merkschein beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

M. S. 53. Die Eintragung der Erbhoheit hat auf die Erbhoheit keinen Einfluß. Diese ist ein Ausfluß der Unterhaltspflicht. — Prüfer, Gerichtsrat. Auch geschlechtlich, sofern keine Einkommens- und Vermögensverhältnisse das gestatten. — M. S. 26. 1. Rein. 2 bis 4. Der Pfand- leiber kann das Pfand veräußern und den etwaigen Rindererlös von Jähren erlegt verlangen. — S. 2. 100. Wittenberg. 1. Wenden Sie sich an Paul Kupfer, Landberger Allee 38. 2. Testament ist zulässig. Geschwister und Vater können aber ihren gesetzlichen Pflichtteil fordern. Die gesetzliche Erbfolge läßt sich erst beurteilen nach Kenntnis des Ortes, an dem der erste Ehegatte Ihrer Eltern gewohnt ist. — S. 7. 100. Die Kürzung des Lohnes ist nur so weit zulässig, als er 28,85 M. wöchentlich übersteigt. — D. 2. 88. 1. Raum, da die Mängel als „erheblich“ im Sinne des Gesetzes wohl nicht anzusehen sind. 2. Ja. — S. 2. Die Kündigung ist rechtmäßig. — G. S. 50. Die Straftat verjährt in drei Monaten. Der Staatsanwalt würde wahrscheinlich das Vorliegen eines öffentlichen Interesses verneinen. Das Strafmaß läßt sich vorher nicht sagen, darüber befindet der Richter. — S. 6. 1. Ja. — S. 6. 10. 2. 50 M. monatlich. Ihr Vater soll die Versicherungskasse der Erwerbsfähigkeit un- entgeltlich gegenstände unterliegen nicht der Pfändung. Die fertige Ware kann gepfändet werden. — M. S. 119. 1. Geburtsurkunde, Militär- buch, 2. Geburtsurkunde, für den Fall der Minderjährigkeit Einmündlungs- erklärung des gesetzlichen Vertreters. 3. Die Zeugen müssen großjährig sein — das 21. Lebensjahr vollendet haben — und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sein. — Wahltag 1912. 1. 2 u. 3. Die Geschwister und Geschwisterkinder haben Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses, ausgenommen die Haushaltungsgegenstände, die dem Ehegatten gehören. — R. Schulfrage. Wenn bewiesen werden kann, daß die Bedingung gestellt ist, so brauchen Sie die teuer berechnete Ware nicht abzunehmen. — S. C. 17. Sie haben u. E. Anspruch auf Erbe. — S. 64. 1. u. 2. Ja. Gewerbeabteilung des Magistrats. — Frau E. Gubener Strahe. Nicht versicherungspflichtig. — M. 1. 1. Wenn Ihre Angaben bereinigt werden können, ja. 2. Gerichtskosten etwa 3 M., Anwaltskosten 10 M., ausgenommen die etwaigen Zeugen- und Sachverständigengebühren. 3. Nein. Die Verjährungsfrist läuft mit Ende des Kalenderjahres. — S. 20. 111. Das Pfandrecht des Birtes steht vor, wenn der Vertrag erst geschlossen ist nach Einbringung der Sachen in die Pfandschuld. — S. 2. 27. 1. Die Pfändung ist möglich. Ihre künftige Frau kann aber Freigabe fordern, wenn sie ihr Eigentum durch dargutun umstände ist. 2. Auch bei dem letzten Standesamt. 3. Ja, innerhalb 6 Tagen. 4. Das Recht ist durch die Rechtsveränderungsordnung beseitigt. — S. 7. 91. 1. Ja. 2. und 3. Nein. — Spandau, Kurfrage. Leider nicht. — R. S., Mündelhaftigkeit. Die Fragen lassen sich nur am Rand der Rechts- statuten beantworten.

Marktpreise von Berlin am 19. Septbr. 1911, nach Ermittelung des höchsten Volksgeldpreises. Marktpreise (Reinhandel). 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Roden 34,00—36,00. Speiseobstweizen, 35,00—36,00. Weizen 34,00—36,00. Roggen 30,00—32,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,40—3,20. 60 Stück Eier 3,20—6,00. 1 Kilogramm Kartoffeln 1,20—2,40. Kalle 1,00—2,80. Bamber 1,50—3,60. Getreide 1,20 bis 2,80. Barische 1,00—2,00. Schale 1,40—3,00. Mele 0,50—1,80. 60 Stück Rindvieh 2,50—30,00.

Witterungsbericht vom 20. September 1911.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stettin	759,5	SB	1 mollig	14	Magdeburg	756,5	SB	2 bedeckt	7
Darmstadt	768,5	SD	2 mollig	11	Wittenberg	760,0	SB	1 bedeckt	8
Berlin	760,0	SB	1 bedeckt	11	Stollz	750,0	SB	5 halb bd.	14
Frankfurt a. M.	760,0	SB	1 Dunst	13	Berzen	743,0	SB	2 bedeckt	12
Hannover	762,0	SB	4 bedeckt	13	Wurz	708,0	SB	2 bedeckt	15
Wien	763,0	SB	1 bedeckt	8					

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. September 1911. Nennlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.	Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
Remel, Mühl	48	0	Saale, Großhly	40	+10
Regel, Wusterburg	49	+5	Obel, Spandau	—	+6
Beisele, Thon	24	0	Nauenberg	—	+8
Ober, Rathbor	88	—	Spree, Spremberg	70	0
Kroffen	3	+8	Weslow	86	0
Brandenburg	12	+2	Weser, Wenden	75	+10
Wartze, Schirmin	45	+5	Weser, Wenden	138	+8
Landberg	72	+2	Rhein, Rheinfelden	314	0
Reze, Borsam	40	+4	Rhein, Rheinfelden	102	0
Edel, Leimberg	94	+2	Rhein, Rheinfelden	59	0
Dresden	219	+7	Neckar, Weibheim	15	+15
Bardz	19	+8	Rhein, Weibheim	80	0
Magdeburg	7	+2	Neckar, Weibheim	19	+4

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. September 1911. Nennlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.	Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
Remel, Mühl	48	0	Saale, Großhly	40	+10
Regel, Wusterburg	49	+5	Obel, Spandau	—	+6
Beisele, Thon	24	0	Nauenberg	—	+8
Ober, Rathbor	88	—	Spree, Spremberg	70	0
Kroffen	3	+8	Weslow	86	0
Brandenburg	12	+2	Weser, Wenden	75	+10
Wartze, Schirmin	45	+5	Weser, Wenden	138	+8
Landberg	72	+2	Rhein, Rheinfelden	314	0
Reze, Borsam	40	+4	Rhein, Rheinfelden	102	0
Edel, Leimberg	94	+2	Rhein, Rheinfelden	59	0
Dresden	219	+7	Neckar, Weibheim	15	+15
Bardz	19	+8	Rhein, Weibheim	80	0
Magdeburg	7	+2	Neckar, Weibheim	19	+4

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. September 1911. Nennlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.	Wasserstand	am 19. 9.	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
	am	19. 9.		am	19. 9.
Remel, Mühl	48	0	Saale, Großhly	40	+10
Regel, Wusterburg	49	+5	Obel, Spandau	—	+6
Beisele, Thon	24	0	Nauenberg	—	+8
Ober, Rathbor	88	—	Spree, Spremberg	70	0
Kroffen	3	+8	Weslow	86	0
Brandenburg	12	+2	Weser, Wenden	75	+10
Wartze, Schirmin	45	+5	Weser, Wenden	138	+8
Landberg	72	+2	Rhein, Rheinfelden	314	0
Reze, Borsam	40	+4	Rhein, Rheinfelden	102	0
Edel, Leimberg	94	+2	Rhein, Rheinfelden	59	0
Dresden	219	+7	Neckar, Weibheim	15	+15
Bardz	19	+8	Rhein, Weibheim	80	0
Magdeburg	7	+2	Neckar, Weibheim	19	+4

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. September 1911. Nennlich mild, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.